

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00

Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenz-friedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)5 05 40 97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Jørn Buch

Der Begriff „Sønderjylland“ früher und heute.....107

Manfred Jessen-Klingenberg / Jörn-Peter Leppien

Die Schlacht bei Idstedt 1850

Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins
in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre
des 20. Jahrhunderts.....120*Gerret Liebing Schlaber*Die Grenze in den Köpfen Beobachtungen, Er-
fahrungen und Gedanken
eines Grenzgängers.....155

Rj p` e^r □_□Pbf□ 45

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6, 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 ■ E-mail: cicero-mc@t-online.de
Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Der Begriff „Sønderjylland“ früher und heute

von JØRN BUCH

„Nun sollen wir uns nicht mehr Sønderjyder nennen, jetzt sind wir alle Dänen“. Dies brachte Graf Schack auf dem ersten nationalen Volksfest auf Düppel am 11. Juli 1920 zum Ausdruck.¹ Graf Schack glaubte damals, dass die Sicht auf die *Sønderjyder* als etwas Besonderes innerhalb Dänemarks von da an nur noch Geschichte sein sollte. Nach 1920 sollten demnach keine gesonderten Vorstellungen über *Sønderjyder* und *Sønderjylland* vorherrschen. Die Integration nach Dänemark sollte so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Dies äußerte sich unter anderem darin, dass das neu geschaffene Bistum Hadersleben bewusst auch auf Landesteile nördlich der Königsau ausgedehnt wurde.

Heute erkennen wir, dass die Vision des Grafen Schack ziemlich naiv war und der Wirklichkeit nicht stand hält. Noch immer besteht eine mentale Grenze zwischen Christiansfeld und Kolding, und zwar in beiden Richtungen. Noch immer halten sich viele *Stiftiderjyder* für etwas Besonderes, und im übrigen Dänemark werden sie von vielen weiterhin als anders empfunden. Unter anderem deshalb zog die Redaktion der Zeitung „Jydske Tidende“ in den 1980er Jahren von Kolding nach Apenrade.

Doch ist diese Herausstellung des Landesteils als etwas Besonderes in historischer Sicht eine noch recht junge Erscheinung. Natürlich hatte das Land als Grenzgebiet mit besonderem staatsrechtlichen Status die dänischen Könige als schleswigsche (und holsteinische) Herzoge beschäftigt. Doch erst mit dem Aufkommen der nationalen und liberalen und demokratischen Bewegungen begann die Region - mit ihren eigenen staatsrechtlichen, erbrechtlichen, sprachlichen, verwaltungstechnischen, kirchlichen u.v.m. Verhältnissen - im dänischen Bewusstsein eine zentrale Rolle zu spielen. Damit wurde *Schleswig/Sønderjylland* das Thema, um das sich ein großer Teil der dänischen Politik drehte und für das sich ein großer Teil der Dänischen Bevölkerung engagierte. Die Region wurde zum

Katalysator für den Werdegang der dänischen nationalen Identität - im Guten wie im Schlechten.

Sønderjylland oder Schleswig?

Noch in den 1830er Jahren war es üblich, das Land offiziell sowohl *Schleswig* als auch *Sønderjylland* zu nennen. In Dänemark hat man beide Bezeichnungen seit dem Mittelalter gebraucht, seitdem sich das Gebiet zu einem Territorialherzogtum entwickelte. Vielleicht ist der auf Jütland hinweisende Begriff sogar der ältere. Aber in den 1830er Jahren war es genau so üblich, dass die Einwohner sich selbst als *Schleswiger* bezeichneten, und oft mit deutlichem regionalen Bewusstsein. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist das Tagebuch des Spitzenhändlers Jens Wulff aus Brede:² „Wir wünschen das zu bleiben, was wir sind, nämlich Schleswiger!“³ Erst mit dem Erscheinen der Zeitung „Dannevirke“⁴ ab 1838 wurde die Bevölkerung darauf gestoßen, sich darüber bewusst zu werden, ob sie nun deutsch oder dänisch sei. Doch selbst die erste dänischsprachige Zeitung südlich der Königsau nannte sich im Untertitel „Eine Wochenzeitung für das Herzogtum Schleswig“. Ja, auch der erste dänische Nationalverein der Region nannte sich ab seiner Gründung 1843 „Der Schleswigsche Verein“.

Nach Auffassung des Historikers P. Lauridsen 1898 war das erwachende dänische *sønderjyske* Bewusstsein ein Teil des langsam erwachenden dänischen Bewusstseins.³ Parallel dazu und untrennbar mit dem nationalen „Erwachen“ verbunden war das verstärkte politische Bewusstsein, das sich in der Forderung nach einer dänischen Verfassung ausdrückte. Und diese sollte auch in Sønderjylland/ Schleswig gültig sein, das von Dänen bewohnt und seit uralten Zeiten dänisch gewesen war.

Im Königreich - und das heißt: in Kopenhagen - wurde 1839 der „Dänische Historische Verein“ gegründet. Die Jubiläumsschrift von 1889 leitete der konservative Historiker Johannes Steenstrup folgendermaßen ein: „Das 19. Jahrhundert beginnt mit einer Ruhezeit“, um wesentlich weiter unten fortzufahren, dass man „nun an einen Punkt gelangt war, an dem sich die politischen Bewegungen, die auf vielfältige Weise unsere Gesellschaft beschäftigen, in ho-

hem Maße in der Geschichtsschreibung widerspiegeln und viele Werke erzeugt haben“. Es waren „die Bewegungen in den Herzogtümern“, schrieb er, die „alle, die dänisch fühlten, zur Aufmerksamkeit auf unsere politischen, staatsrechtlichen und nationalen Verhältnisse an der Südgrenze“ mahnten.⁶

Im gleichen Jahr erschien die erste Auflage von C. F. Aliens „Haandbog i Faedre- landets Historie“ (Handbuch der vaterländischen Geschichte), herausgegeben von der „Selskabet for Efterslaegten“ („Gesellschaft für die Nachfahren“). Dieses Buch wurde ein Bestseller, der mehrfach neu aufgelegt wurde. Es war wie eine besonders volksnahe Ausgabe der späteren Gesamtwerte zur dänischen Geschichte - und so populär wie heutige Fernsehserien. Dieses Handbuch machte die dänische Geschichte für das Volk verständlich und zu einem Allgemeingut. Gerade der dänische *sønderjyske* Blickwinkel trat viel mehr in den Vordergrund als jemals zuvor - aber jetzt natürlich aus nationalgeschichtlicher Position. Doch benutzte Allen immer noch den Begriff Slesvig, obwohl er hin und wieder *Nørre Jylland* (Jütland nord von der Königsau) als Gegenstück zu Schleswig setzte. Allerdings benutzte er oftmals dänische Ausdrücke für Begebenheiten, die für die nationale Entwicklung Folgen hatten, so etwa: „Von Abels Regierungszeit an begann ein verderblicher Streit zwischen den Herzogen von Sønderjylland (!) und den Königen von Dänemark Wenn C. F. Allen dänische Angelegenheiten besprach, sprach er von *Sønderjylland*, doch in Zusammenhang mit deutschen Verhältnissen hieß das Land bei ihm *Schleswig*. So schrieb er von der „Schleswiger Geistlichkeit“ und von dem „Sønderjylland dänischer Zunge“. Die Tendenz, dass er häufiger *Sønderjylland* benutzte, verstärkte sich deutlich ab der Darstellung des ersten *schleswigschen* (!) Krieges und des Grundgesetzes von 1849.

Der Erfolg des Handbuchs führte dazu, dass C. F. Allen 1857 das Buch „Det danske Sprogs Historie i Hertugdømmet Slesvig eher Sønderjylland“ (Die Geschichte der dänischen Sprache im Herzogtum Schleswig oder Sønderjylland) herausgab. Vor allem der Krieg 1848/50 bedingte, dass man im Dänischen immer häufiger *Sønderjylland* sagte, denn *Slesvig* erschien nun als zu deutsch. Genau so stand es für die deutsche Seite fest, dass nur Schleswig der einzi-

ge Name des Landes sein konnte. Denn der Begriff *Sønderjylland* war zu dänisch und lässt sich schwer übersetzen - *Süderjütland*, *Südliches Jütland* oder gar *Sønderjütland* würden immer zu künstlich wirken.

Das Schicksal des Landes zwischen Eider und Königsau, der Sprachenkonflikt und das Grundgesetz schufen in Dänemark einen „Geist von 1848“ und machten viele Dänen ihres Dänentums bewusst. Einer davon war der junge A. D. Jørgensen aus Gravenstein, der sich fortan statt mit dem deutschen „ü“ mit dem dänischen „o“ im Nachnamen schrieb.

1864: „Die geraubte Tochter“

Adolf Ditlev Jørgensen wurde 1840 in Gravenstein geboren und erinnerte sich daran, dass der Vater 1848 bestimmte, dass von nun an im Hause dänisch gesprochen werden sollte. Auch erinnerte er sich, dass ihn der Krieg von 1864 zum Historiker gemacht hatte. In seiner bekannten „Redegjærelse“, d. h. Darstellung seines Lebens und seiner persönlichen Entwicklung schrieb er u.a.: „Wie ich da Historiker geworden bin ... weil ich 1864 miterlebte“.⁸

Im Königreich herrschte bei den meisten kein Zweifel daran, dass Bismarcks und Preußens Machtpolitik das Schicksal *Sønderjyllands* verschuldet hatte. Doch A. D. Jørgensen sah die Geschichte etwas differenzierter: „Die Darstellung aus dänischer Sicht ist oftmals gefärbt und ein bedeutendes Glied in unseren Enttäuschungen und Leiden.“⁹

In einer Polemik gegen den nationalen Historiker Frederik Barfod, der geschrieben hatte, dass Dänemarks Grenze da verlaufen sollte, „wo Uffe gefochten und gesiegt hatte“, also an der Eider, nannte A. D. Jørgensen es als seine Aufgabe, „die Grenze des Reiches da festzusetzen, wo die Grenze des Volkes war,... unsere historische Grenze ... ist gesetzlich aufgegeben ... denn sie würde das Recht eines anderen Volkes kränken.“¹⁰

Damit hatte A. D. Jørgensen die Grundlage für eine Teilung der Region nach dem Nationalitätsprinzip vorgegeben, und wie es Troels Fink später schrieb, dass es „das relative Recht des Gegenübers war, das hier erschien.“¹¹ A.D. Jørgensen bezweifelte nicht,

dass es in *Sønderjylland* einen Unterschied zwischen Staats- und Nationengrenze gab, denn hier gab es „historische Zusammenstöße zweier Völker“, wie er es ausdrückte. Ende des 19. Jahrhunderts war es nicht immer gleich beliebt, wenn sich jemand auf diese Weise über das Land südlich der Königsau äußerte. Die Niederlage von 1864 saß noch tief, und der Durchbruch der Heimvolkshochschulbewegung hatte das Fach Geschichte zu einer tragenden Säule der Identitätsstiftung gemacht.

Im berühmten dänischen Schulgesetz von 1814, das die Unterrichtspflicht (aber nicht den Schulzwang) für alle einfühlte, war das Ziel alleine die Ausbildung „nützlicher Bürger“ - also keiner selbständigen Bürger, die sich eigene Gedanken über gesellschaftliche Angelegenheiten machten. Und nach 1864 legte man immer mehr Wert auf das Fach Geschichte und darin vor allem auf die Geschichte *Sønderjyllands*. Besonders deutlich wird dies in dem markanten Rundschreiben des Ministerialrats Styhr vom 6.4.1900, wonach das Fach Geschichte obligatorisch war und folgenden Zielen diente: „Ein gesundes und kräftiges Vorstellungsvermögen in Verbindung mit einem warmen und lebendigen Gefühl besonders für unser Volk und Land zu fördern, das ist die Aufgabe des Geschichtsunterrichts.“¹² Nach 1864 entstand auch die regionale volkstümliche Dichtung in der lokalen Mundart über *Sønderjylland* als dänisches Land, das immer mehr verdeutscht wurde. Sprachlich war es demnach durch den Unverstand dänischer Könige der Vergangenheit verdeutscht worden, und seit 1864 versuchten die preußisch-deutschen Behörden eine Zwangsgermanisierung durchzusetzen. Karsten Thomsen aus Frøslee gehörte zu denjenigen, die sich auf diese Weise für die dänische Sprache und Identität einsetzten. Dazu gehörte sein Lied „Skai Sønderjylland skilies“ (Soll *Sønderjylland/Schleswig* geteilt werden), das kurz darauf von den deutschen Behörden verboten wurde, weil man es als anstachelnd empfand.¹³ *Sønderjylland* war nun ein Symbol für das Schicksal des dänischen Volkes geworden und bekam für die Bildung der nationalen Identität entscheidende Bedeutung. „En røvet datter, dybt begrædt“ (Eine geraubte Tochter, zutiefst beweint) schrieb Henrik Pontoppidan in seinem bekannten Lied „Det lyder som et eventyr“ (Es klingt wie ein Märchen) von 1918.

Die 1864 „geraubte Tochter“ *Sønderjylland* stand auch Pate für die vielen *sønderjyske* Vereine im Königreich, die den Kontakt zwischen den Dänen nördlich und südlich der Königsau aufrecht erhielten; diese volkstümliche Verbindung hält sich damals wie heute außerhalb der offiziellen Politik. Auch gründete man in Dänemark zahlreiche Schützen vereine, u.a. um „ein Danewerk in Jedermanns Brust zu schaffen“, wie es damals hieß.

Nordschleswig

Auch in *Sønderjylland/Schleswig* selbst wurden nach 1864 viele Nationalvereine gegründet. Anlass war die Aufhebung des bekannten § 5 des Prager Friedens von 1866 im Jahre 1878. In diesem war den dänischgesinnten *Sønderjyder* eine Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit in den nördlichen Distrikten versprochen worden. Den Dänen war klar, dass es bis zu einer eventuellen Vereinigung mit Dänemark noch sehr lange dauern könnte. So gründete man 1880 „Foreningen til det danske Sprogs Bevarelse i Nordslesvig“ (Verein zum Erhalt der dänischen Sprache in Nordschleswig), der später den einfacheren und noch heute gültigen Namen „Sprogforeningen“ (Sprachverein) erhielt. Zu den vielen nationalen Vereinen kamen außerdem „Vælgerforeningen for Nordslesvig“ (Wählerverein für Nordschleswig), „Den nordslesvigske Skoleforening“ (Nordschleswigscher Schulverein), „Nordslesvigske Frelles-Idraetsforening“ (Nordschleswigs gemeinsame Sportvereinigung) u.v.m. Bemerkenswert ist, dass die dänisch gesinnten *Sønderjyder* den Begriff *Nordslesvig* gebrauchten und *Nordschleswig* für etwas selbstverständlich Dänisches anwendeten, um dessen Erhalt für das Dänentum sich der Kampf nun drehte.

Sønderjylland umfasste das ganze Land zwischen Eider und Königsau, *Nordslesvig* hingegen nur den nördlichen Teil desselben. Und es hätte etwas seltsam geklungen, wenn man von *Nord-Sønderjylland* gesprochen hätte. Denn es war dieser Nordteil, um den sich der Konflikt im nationalen Kampf nach 1864 drehte, nachdem man Mittel- und Südschleswig praktisch aufgegeben hatte. Der Begriff *Sydslesvig* taucht tatsächlich erst 1920 auf.

Die 1894er Ausgabe des Almanachs des Sprachvereins, deren

Titelblatt das Bild der „Mutter Dänemark“ über einer regionalen Landkarte mit der Bezeichnung *Sønderjylland* zeigte, wurde von den deutschen Behörden verboten. Die folgenden Jahrgänge bis 1914 zeigten deshalb zwei *sønderjyske* Mädchen mit der Karte, auf der der Name *Sønderjylland* ausgestrichen worden war.¹⁴ Der Chefredakteur von Flensburg Avis, Jens Jessen, verbrachte insgesamt ungefähr vier Jahre im Gefängnis - nicht zuletzt weil er grundsätzlich den Begriff *Sønderjylland* gebrauchte.

Als Kopenhagen in den 1890er Jahren befestigt werden sollte, war die Ursache dafür die Angst vor einem deutschen Angriff. Der dänische Kampf in *Sønderjylland* für Sprache und Identität wurde somit als Kampf des dänischen Volkes für Unabhängigkeit und Selbständigkeit hochstilisiert. Am besten kam dies in einem Lied über den Ausfall von Fredericia, 6. Juli 1849,¹⁵ zum Ausdruck: „Brat af slaget rammet“ (Jäh vom Schlag getroffen). Das Lied schließt mit den Worten „ ... Slesvigs land genvundet! Det er kampens mål!“ (Schleswigsches Land wiedergewonnen! Das ist das Ziel des Kampfes!).¹⁶

1896 bis 1907 wurde zum ersten Mal eine dänische Gesamtgeschichte herausgegeben, nämlich „Danmarks Riges Historie“, in der die *sønderjysk/schleswigsche* Frage und das Verhältnis zu Deutschland eine dominierende Rolle spielen. Kein anderer als A.D. Jørgensen schrieb den letzten Band über die Zeit von 1808 bis 1864. Doch wer wollte in Dänemark noch ernsthaft daran glauben, *Sønderjylland* wiederzugewinnen, wenn Deutschland immer größer und mächtiger wurde? Und anlässlich des 50. Jahrestages des Sieges von 1864 drückte die Anwesenheit des Prinzen Heinrich, des Bruders des deutschen Kaisers, in Sonderburg unmissverständlich aus, dass Deutschland *Sønderjylland* nicht ohne weiteres ergeben würde.

Deshalb blieb nichts anderes übrig als eben „die geraubte Tochter zu beweinen“, sich mit der Geschichte Dänemarks und *Sønderjyllands* zu beschäftigen und die persönlichen Kontakte mit den dänischgesinnten *Sønderjyder* zu pflegen, die viele in Dänemark gerade deshalb als etwas Besonderes betrachteten, weil sie ausharrten und trotz aller preußischen Unterdrückung an ihrem Dänentum festhielten. Viele jütische Dienstmädchen berichteten zu Hause

von ihren eindrucksvollen Erlebnissen in *Sønderjylland*, und für sie gab es keinen Zweifel, dass „die Sønderjyder etwas Besonderes waren“!

„Es klingt wie ein Märchen“

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte die *Sønderjyder* wieder in den Mittelpunkt des Geschehens. Die Vereinigung des Landes mit Dänemark sollte zu einem der größten Ereignisse der dänischen Geschichte werden: Zum einen ist es die Freude über die Vereinigung selbst, zum anderen für manch einen ein Ereignis, das das Volk spaltete, was das Schicksal der Stadt Flensburg anging.

Henrik Pontoppidan schrieb das hübsche Gedicht „Det lyder som et eventyr“ (Es klingt wie ein Märchen), kurz nachdem feststand, dass die schleswigsche Grenzfrage Gegenstand der künftigen Friedensverhandlungen in Versailles werden sollte. Es war hierin, wo der Begriff „en rovet datter, dybt begraedt“ (eine geraubte Tochter, zutiefst beweint) gebraucht wurde, und Pontoppidan hob außerdem die „sekstu- sind ungesonnens liv“ (das Leben von 6000 jungen Söhnen) hervor, die als „Lösegeld“¹ gegeben werden mussten. Es waren also die *Sønderjyder*, die den Preis für ihr Dänentum mit einem kostbaren und teuren Opfer bezahlt hatten.¹⁷ Das durch die Vereinigung neu erwachte Interesse für *Sønderjylland* führte zu einem regen Zuzug von Arbeitskräften von Norden, von denen viele am Neuaufbau des Landes mitwirken wollten. Wohl mag es einzelne Glücksritter darunter gegeben haben, doch so wie der bekannte dänische Schriftsteller Palle Lauring es mir in einer Radiosendung gesagt hatte, dass „es die schlechtesten Schüler waren, die nach *Sønderjylland* zogen“, war es bestimmt nicht. Viele waren tüchtig und von dem Wunsch ergriffen, den *Sønderjyden* zu helfen. Ein Lehrer erzählte, wie seine Freizeit „von der Arbeit mit den Jungen erfüllt war. Drei Tage in der Woche hatte ich Jugendschule von 16 bis 19 Uhr... Zwei Abende in der Woche hatte ich die jungen Burschen zum Sportunterricht und an zwei Abenden die Mädchen. Jeden Freitag hatte ich eine Gruppe junger Männer in der Abend-schule ... Jeden Mittwoch dirigierte ich einen Sängerkhor ... Meine

Zeit war also gut ausgelastet“, schlussfolgerte er mit Recht.¹⁸ Die Vereinigung brachte auch hohe Investitionen des dänischen Staates in *Nordschleswig* bzw. in die *sønderjyske landsdele*, wie es offiziell hieß, mit sich. Dazu gehörten u.a. Straßen, Telefon, Telegrafien, aber auch Schulen wie der Gymnasialzweig der Tønderischen Realschule (Tønder Statsskole). Zweifelsohne wurde Nord-schleswig in vielerlei Hinsicht begünstigt, wenn der Staat investieren und öffentliche Einrichtungen an einen neuen Standort setzen sollte.

Und die Vereinigung hatte zur Folge, dass eine Menge Literatur über *Sønderjylland* herausgegeben wurde. Höhepunkt dieser Entwicklung war „*Sønderjyllands Historie*“ (Die Geschichte Schlesiens), die 1930 bis 1943 in fünf dicken Bänden erschien. Dieses Werk vertritt zum einen die traditionelle nationalliberale Sichtweise auf *Sønderjylland* und Dänemarks Geschichte, doch wird hierin auch die zentrale Rolle aufgezeigt, die die Region in der dänischen Geschichte gespielt hat. Kurz zuvor war eine neue dänische Gesamtgeschichte herausgegeben worden, nämlich „*Det danske Folks Historie*“ (Die Geschichte des dänischen Volkes) in sechs Bänden (1926-1929), die schnell ausverkauft war und 1941 -43 durch Schultz' „*Danmarkshistorie*“ (Geschichte Dänemarks) ersetzt wurde, die weitgehend auf dem Vorgänger aufbaut. Im Vergleich zu früheren Werken dominierte nun das mehr Volkstümliche hinsichtlich der Sprache und Nationalität, ja im Ganzen ein stärker demokratischer Blickwinkel. *Sønderjylland* wurde als integrierter Teil des dänischen Reichs betrachtet, der im Mittelalter unter holsteinisch-deutscher Kontrolle geraten war, „als sich das dänische Reich als Folge des Sieges der Partei des (erst später so genannten) Adels in voller Auflösung befand.“¹⁹ Es war also nicht die Schuld des Königs oder gar des Volkes, sondern des Adels. Den Abschnitt über *Sønderjylland* nach 1864 hat im übrigen die zentrale Figur der dänischen Bewegung im Landesteil, H. P. Hanssen, verfasst.

Der Grenzkampf

Die 1930er Jahre und die Zeit der Besetzung 1940-45 brachten einen neuen Interessenschub für die Geschichte, und im Besonde-

ren die Geschichte *Sønderjyllands*. So dokumentierte ein Historiker wie Holger Hjelholt 1937 und 1945 Dänemarks staatsrechtlichen Anspruch auf ganz *Sønderjylland* mit der Erbhuldigung von 1721. Im scharfen Kontrast dazu stand die Kritik der deutschen Minderheit an den ihrer Meinung nach ungerechten Bestimmungen des Vertrages von Versailles, etwa „frei von dem Zwang der en-bloc-Abstimmung, frei von dem Zwang des Vertrages“, wie es Pastor Johannes Schmidt-Wodder ausdrückte.²⁰ Als die politische Organisation der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 20. Juli 1920 gegründet wurde, hieß es im Programm kurz und knapp in § 1: „Die Grenze muss revidiert werden.“²¹ Die Grenzfrage und der „nationale Kampf“ sollten deshalb die Menschen im Grenzland bis nach 1945, ja bis zu den Bonn- Kopenhagener Erklärungen von 1955 prägen.

Doch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vertauschten sich die Rollen. Jetzt waren es die Dänen, die eine Grenzverschiebung forderten. Die frühere Führung der deutschen Minderheit war im Faarhus-Lager interniert, und die neue Leitung drückte ihre Loyalität aus, nachdem diese Gruppe mit der Hadersiebener Erklärung vom November 1943 bereits ihre demokratische Gesinnung und ihr Bekenntnis zur bestehenden Grenze festgelegt hatte.²²

Dagegen drückte der dänische Regierungschef Knud Kristensen beim Fest zum Grundgesetz am 5. Juni 1946 in Toftlund aus, dass „Sydslesvigs land genvundet ... det er kampens mal“ (Südschleswigs Land wieder gewonnen - das ist das Ziel des Kampfes). Eine Unterschriftensammlung, vom neu gegründeten Südschleswigschen Ausschuss arrangiert, brachte etwa eine halbe Million Unterschriften für eine Volksabstimmung in Südschleswig zusammen. Wahrscheinlich war dies die größte Unterschriftensammlung der dänischen Geschichte. Eine Untersuchung von Gallup kam zu dem Ergebnis, dass über 70 Prozent der Dänen eine Grenzverschiebung nach Süden befürworteten.

Südschleswig

Doch die Erregung an der Grenze wurde jäh beendet, als die britische Besatzungsmacht im September 1946 der dänischen Regie-

rung ganz Südschleswig anbot und eine Verzichtserklärung erhielt: „Grænsen ligger fast“ (Die Grenze liegt fest) blieb der Grundsatz der dänischen Regierung und des Parlaments. Die Zeit der Besetzung, die Loyalitätserklärung der deutschen Minderheit und das starke Anwachsen der dänischen Bewegung in Südschleswig leiteten das Interesse in diesem Zeitraum von Nordschleswig nach Südschleswig.

Doch noch immer erscheint viel Literatur über *Sønderjylland*. Und dafür scheint auch nach wie vor Bedarf zu bestehen, wenn etwa ein Werk wie die neueste „Danmarks Historie“ in 16 Bänden sich in vielen Bereichen entweder nur mit Nordschleswig oder überhaupt nur dem Königreich bis zur Königsau beschäftigt. *Sønderjylland* scheint ohnehin nur in begrenztem Umfang zu existieren. Man muss sich schon darüber wundern, wenn z.B. der Verlag „Gammelt” in Hadersleben 1991 ein Buch namens „Oldtidsminder i Sønderjylland“ (Frühgeschichtliche Zeugnisse in Sønderjylland) herausgibt, in dem aber nur Stätten in Nordschleswig vorgestellt werden - als ob *Sønderjylland* schon in vorgeschichtlicher Zeit geteilt gewesen wäre. Die Erklärung dafür ist ganz einfach darin zu suchen, dass die Bezeichnung *Sønderjylland* inzwischen die allgemein übliche Bezeichnung für das dänische *Nord-Schleswig* geworden ist. Hingegen nennt man den südlichen Teil des alten Herzogtums *Sydslesvig*, während er auf deutscher Seite Landesteil *Schleswig* heißt. Immerhin erschienen im Zuge der „Danmarkshistorie“ des Verlages „Politiken“ 1982 zwei Bände über „Slesvig og Holsten“.²³ Zum ersten Mal stellten dänische Historiker die Geschichte *Sønderjyllands* im direkten Zusammenhang mit der Geschichte Holsteins dar, wodurch viele der komplizierten Verhältnisse für den Leser logischer und leichter verständlich erschienen als je zuvor.

Wenn auch die meisten *Sønderjyder* Dänen sind und es auch bleiben werden, sind die Verhältnisse in *Sønderjylland* in vielfacher Hinsicht immer noch von der engen Nachbarschaft mit Deutschland geprägt. Das betrifft z. B. natürlich den plattdänischen (*sønderjysk*) Dialekt, aber auch die Tradition des Ringreitens, die amtliche Registrierung der Geburten usw. Erst 1999 wurde das noch in preußischer Zeit so organisierte Landmesserwesen privatisiert, wie es im

übrigen Dänemark seit langem üblich ist.

Generell kann man sagen, dass man sich sehr lange Zeit vor allem für die Unterschiede zwischen Deutsch und Dänisch interessiert hat, während man sich heute verstärkt den Gemeinsamkeiten zuwendet.

Zum Schluss noch einmal Graf Schack

Auch wenn *Sønderjyllands* Amt heute vollständig in Dänemark integriert ist, trägt der Name wie überhaupt der Landesteil noch immer den Ruch der Geschichte. Das bedeutet nun nicht, dass die Dänen in *Sønderjylland* heute anders wären als die sonstigen Dänen. Und wer ist heutzutage eigentlich *Sønderjyder*? Viele Einwohner des gleichnamigen Kreisdistriktes sind aus anderen Teilen Dänemarks zugezogen, wie auch viele Menschen aus der Region nach Norden und Osten verzogen sind. Die *Sønderjyder* sind weder besser noch schlechter, weder mehr noch weniger dänisch als andere Dänen.

Doch vielleicht sind sie sich etwas bewusster wegen ihrer besonderen Geschichte und ihrer Grenzlage. Die Volksabstimmung über Dänemarks Teilnahme an der gemeinsamen europäischen Währung am 28. September 2000 hat gezeigt, dass die *Sønderjyder* nicht anders denken und abstimmen als das übrige Dänemark. Wenn auch Graf Schack 1920 darin Unrecht hatte, dass die *Sønderjyder* nicht mehr diesen Namen tragen sollten, weil sie nun alle Dänen wären, so lag er doch darin richtig, dass „sie dänisch sind, nicht nur in der Gesinnung, sondern auch dem Namen nach.“²⁴

Anmerkungen

- 1 Otto Didrik Schack: Graensesind. Kopenhagen 1970, S. 180.
- 2 Das Kirchdorf Brede liegt westlich von Lügumkloster und gehörte bis 1864 zum Teil sogar zu den Enklaven des Königreichs.
- 3 Peter Kristian Iversen, in: *Sønderjyske Årbøger* 1954, S. 78.
- 4 Die Zeitung wurde in Hadersleben herausgegeben.

- 5 P. Lauridsen: Da Sønderjylland vaagnede. 1 bd. Kopenhagen, 2. Aufl. 1919.
- 6 Johannes Steenstrup: Historieskrivningen i Danmark i det 19de Aarhundrede. Kopenhagen 1889, S. 1.
- 7 C.F. Allen: Haandbog i Faerdelandets Historie. Kopenhagen, 8. Aufl 1881, S. 156.
- 8 Jörn Buch: Dolor patriae, in: A.D. Jørgensen og Grasten, hrsg.v. HistoriskForeningfor Graasten by og omegn. Gravenstein 1997, S. 15
- 9 EbendaS. 17.
- 10 EbendaS. 19 f.
- 11 Troels Fink: Den nationale linje i dansk historieskrivning, in: Linjer i dansk historie- skrivning i nyere tid. Kopenhagen 1976, S. 82.
- 12 Kvalitet i uddannelse og undervisning: HISTORIE, hrsg.v. Undervisningsministeriet. Kopenhagen 1994, S. 19.
- 13 M. Andresen: Dansk Sangbog. Apenrade 1912, S. 118.
- 14 Jørgen Slettebo: Æ Almanak. Apenrade 1992. S. 19 ff.
- 15 Die Schlacht von Fredericia am 6.7.1849, bei der die über See verstärkte dänische Armee den Belagerungsring der Schleswig-Holsteiner um die Festungsstadt durchbrechen konnte, zählt zu den wichtigsten dänischen Siegen im dreijährigen Krieg. Kurz danach endete die zweite Phase des Krieges.
- 16 Folkehøjskolens Sangbog. Odense, 15. Aufl. 1965, S. 578.
- 17 Folkehøjskolens Sangbog. Odense, 17. Aufl. 1995, S. 424.
- 18 Nordslesvigs aandelige Genforening med Danmark. Kopenhagen [ohne Jahresangabe], S. 134.
- 19 Schultz: Danmarkshistorie bd II. Kopenhagen 1941.
- 20 Materialien zur Geschichte Schleswigs. Apenrade 1976, S. 66.
- 21 Ebenda.
- 22 EbendaS. 116 f.
- 23 H. V. Gregersen: Slesvig og Holsten indtil 1830. Lorenz Rerup: Slesvig og Holsten efter 1830. Beide Bände Kopenhagen 1982.
- 24 Schack: Grænsesind, S. 180.

Der Beitrag von Jörn Buch erschien zuvor in: Sønderjysk Månedsskrift 12/2000, S. 323-331. Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber.

Die Schlacht bei Idstedt

Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in
Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des
20. Jahrhunderts

von *MANFRED JESSEN-KLINGENBERG* und *JÖRN-PETER
LEPPIEN*

I

Im Juli 2000 wurde der 150. Jahrestag der Schlacht bei Idstedt begangen jener Schlacht vom 25. Juli 1850, die als das militärische Hauptereignis des dreijährigen Krieges zwischen Deutschen und Dänen 1848-1851 galt und immer noch gilt. Im öffentlichen Geschichtsbewusstsein haben sich hier die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts gleichsam symbolhaft verdichtet. An den mehrtägigen Feierlichkeiten in Idstedt selbst nahmen zum ersten Male auch offizielle dänische Vertreter teil, so Generalmajor Gunnar Lange, der Vorsitzende des Sydslesvigsk Forening, Heinrich Schultz, sowie der dänische Generalkonsul in Flensburg, Prof. Dr. Becker-Christensen, der in seiner Gedenkrede „Von der Front zur Brücke“ u. a. sagte: „Ich hoffe, dass der Gedenktag uns dazu anspornen wird, weiter dem Weg zu folgen, dem wir bereits viele Jahre zum Nutzen der guten Nachbarschaft und Kooperation in unserem Grenzland gefolgt sind.“²

Die freundschaftliche deutsch-dänische Nachbarschaft bedarf also auch weiterhin der sorgsamen, weitsichtigen und phantasievollen Pflege. Dies wurde am selben Tag auch in Kopenhagen deutlich. Hier hielt die Kulturministerin Elsebeth Gerner Nielsen eine beachtenswerte Rede beim Idstedt-Löwen, der anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht einen neuen Sockel und auf dem neugestalteten Platz zwischen dem Zeughausmuseum und der erweiterten Königlichen Bibliothek einen würdigeren Standort erhalten hat. Die Ministerin sagte, der neue Standort dieser vom Bildhauer H. W. Bissen 1862 für den Alten Friedhof in Flensburg geschaffenen Plastik sei weiterhin provisorischer Natur: „Wenn die dänische

Minderheit und die deutsche Mehrheit südlich der Grenze es wünschen, wird der Löwe hoffentlich zum letzten Mal umziehen. Erst in Flensburg kann der Löwe seine volle symbolische Bedeutung erlangen. Hier können seine vielen Bedeutungen zu einer werden. In Flensburg kann sich der Löwe mit unserer und seiner Geschichte vereinen und dabei mitwirken, eine neue Geschichte zu symbolisieren, eine Geschichte, in der der Nationalismus gezähmt ist. Wo es nicht darauf ankommt, ob man Deutscher oder Däne ist, sondern dass wir alle Menschen sind, die geboren werden, leben, lieben, träumen, trauern und sterben. Ich hoffe, dass der Löwe sich zu einem Symbol der Stärke des gemeinsamen Menschlichen entwickeln wird als Ausgangspunkt einer friedlichen Koexistenz der verschiedenen Kulturen.“³ Diese Sätze sind gewiss des Nachdenkens wert.

Bei dem volksfestartigen Charakter der 150-Jahrfeier in Idstedt wurde weniger deutlich, dass sich die Verantwortlichen schon seit geraumer Zeit veranlasst sehen, die museale Darstellung des historischen Geschehens von 1850 in der Idstedt-Gedächtnishalle einer Revision zu unterziehen.⁴ Diese ist seit langem fällig. Noch bevor die jetzt zur Disposition stehende Ausstellung 1978 im Rahmen des ersten Schleswig-Holstein-Tages eröffnet wurde, wurde ihre Konzeption entschieden in Frage gestellt. Diesen Vorgängen und ihren Folgen soll in diesem Beitrag anhand zum Teil unbekannter und unbenutzter Quellen nachgegangen werden. Es geht dabei um ein noch junges Kapitel schleswig-holsteinischer Historiographie, das exemplarisch den Wandel, aber auch das Beharrungsvermögen des deutsch geprägten Geschichtsbewusstseins in unserem Lande beleuchtet.⁵

II

Die Idstedt-Gedächtnishalle geht auf eine „Waffenkammer“ zurück, die schleswig-holsteinische „Kampfgenossen“ in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bei dem 1869 eingeweihten Denkmal auf dem ehemaligen Schlachtfeld von Istedt errichteten.⁶ Die „Waffenkammer“ diente vor allem der Aufbewahrung und Zurschaustellung von „Reliquien“⁷ aus dem Dreijahreskrieg. 1930 wurde unter

Einbeziehung der „Waffenkammer“ die heutige Idstedt-Halle feierlich eröffnet. In dem mit öffentlichen Mitteln finanzierten Gebäude waren vorwiegend militärhistorische Exponate zu besichtigen.

Vor dem Hintergrund des 125. Jahrestages der Schlacht von Idstedt 1975 nahm sich der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB) mit seinem „Idstedt-Ausschuss“ des inzwischen auffällig gewordenen Objekts an. Vor allem der ebenso rührige wie einflussreiche SHHB-Vorsitzende Dr. Werner Schmidt (1911-1990), ehemaliger Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Innenministerium, betrieb das Vorhaben, der maroden Gedächtnishalle neues Leben einzuhauchen. Er konnte sich der aktiven Mitarbeit von Gerd Stolz versichern. Für die Dauer seiner Tätigkeit in und für Idstedt wurde Stolz von seinem Dienst im Kieler Innenministerium freigestellt.

1978 wurde auf die Initiative Dr. Schmidts und des SHHB als Trägervereins die Idstedt-Stiftung ins Leben gerufen, der neben dem SHHB, dem Kreis Schleswig- Flensburg, der Stadt Schleswig und einigen Landgemeinden auch der Deutsche Soldatenbund Kyffhäuser/Verband deutscher Soldaten beiträgt. Dem Vorstand der Stiftung sollte satzungsgemäß der Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg angehören, die Stiftung selbst der Aufsicht des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein unterliegen.

Der Text eines „von namhaften Persönlichkeiten des Landes“ Unterzeichneten Aufrufs „Rettet die Idstedt-Halle“ und weitere bekannt gewordene Vorstellungen der Initiatoren machten bereits 1977 deutlich, dass man in Idstedt ohne Berücksichtigung der neueren Landesgeschichtsforschung⁸ und ohne ein tragfähiges didaktisches Konzept ans Werk gegangen war. In dieser Situation erhoben drei damals als „jünger“ geltende Historiker⁹ - entschieden Einspruch gegen die Konzeption des Heimatbundes zur Neugestaltung der Idstedt-Ausstellung. Unter dem Titel „Idstedt-Mythos und moderne Landesgeschichte“ legten sie ihre Argumente in einem 23 Seiten langen Manuskript nieder.¹⁰

Die Verfasser führten den Nachweis, dass das von Dr. W. Schmidt und seinen Helfern propagierte Idstedt-Gedenken in wesentlichen Bereichen nicht dem Forschungsstand entsprach, vielmehr dem traditionellen Idstedt-Mythos verhaftet blieb, der sich seit 1850 den

wechselnden Zeitläuften und (national)politischen Richtungen angepasst hatte. Diesem Mythos setzten die Autoren eigene Vorschläge für ein angemessenes Gedenken entgegen. Dabei vertraten sie folgende hier in zusammengefasster Form wiedergegebene Thesen:

- Die Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark, und mit ihr die Schlacht bei Idstedt, ist ein Teil Vorgang der deutschen und europäischen Revolutionsbewegung von 1848. Dies hat eine Ausstellung zu berücksichtigen, die den sinnvollen Anspruch stellt, nicht allein das Schlachtgeschehen zu dokumentieren, sondern „die Kenntnis von den Vorgängen vor über 125 Jahren in unserem Lande (zu) verbreiten.“¹¹
- Die Verbindung der Vorgänge in Schleswig-Holstein mit der allgemeinen Revolutionsbewegung ist nicht zuletzt in der Forderung der Revolutionäre nach persönlicher und politischer Freiheit und nach sozialer Gerechtigkeit zu sehen. Die in der Erhebungszeit begründete liberale und demokratische Tradition unseres Landes wird in der geplanten Idstedt-Ausstellung nicht hinreichend verdeutlicht.
- Im Kampf gegen den Absolutismus waren sich deutsche und dänische Nationalliberale im Prinzip einig. Was sie trennte, waren ihre nationalen Ziele. Streitobjekt war das im Norden überwiegend dänisch, im Süden überwiegend deutsch geprägte Herzogtum Schleswig. Die dänischen Nationalliberalen wollten einen dänischen Nationalstaat bis zur Eider erzwingen, die deutschnationalen Schleswig-Holsteiner kämpften für den Anschluss ganz Schleswig-Holsteins an einen erhofften deutschen Nationalstaat. Beide Seiten machten sich einen territorial gebundenen und historisch-rechtlich argumentierenden Nationalstaatsgedanken zu eigen; beide Seiten glaubten sich im Recht, und sie bestritten der jeweils anderen Nationalität im Herzogtum das Recht auf nationale Selbstbestimmung, auch wenn sie sich gelegentlich aus eher taktischen Gründen mit einer Volksabstimmung einverstanden erklärten oder eine solche selbst vorschlugen. Ihr Nationalismus erwies sich letztlich als „illiberal force“¹².

- Es ist sachlich falsch und in einem demokratischen Staat nicht akzeptabel, wenn die Planer der Idstedt-Ausstellung von der traditionellen Auffassung ausgehen, unsere deutschen Landsleute hätten sich in der Erhebungszeit lediglich gegen drohende dänische Übergriffe zur Wehr gesetzt und mit ihrem nationalen Streben einer unstreitig hehren Sache gedient.
- Eine derartig einseitige Position lässt die Ankündigung der Idstedt-Konzeptoren, auch Dänen einen „Blick auf die gemeinsame Geschichte ohne Bitternis“ zu ermöglichen,¹³ wenig überzeugend erscheinen. Der Vorsatz, bei der Neueröffnung der Idstedt-Halle im September 1978 „selbstverständlich“ auch den Danebrog aufzuziehen,¹⁴ vermag eine sachgerechte Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte keinesfalls zu ersetzen.
- Eine distanzierte Darstellung der Erhebungszeit muss neben den politischen Zielen auch die kulturellen Anliegen der Landsleute angemessen würdigen, die sich in freier Gewissensentscheidung der dänischen Seite angeschlossen hatten. Überdies gilt es zu berücksichtigen, dass es neben deutschen und dänischen „Patrioten“ in der Erhebungszeit auch zahlreiche gesamtstaatlich orientierte und national indifferente Schleswig-Holsteiner oder solche gab, die sich in erster Linie als Schleswiger verstanden.
- Nicht allein die dänischen, auch die deutschen „Patrioten“ versuchten, ihre letztlich aggressiven nationalen Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen. Die Schlacht bei Idstedt zählt mit fast 6500 Toten zu den blutigsten Kämpfen, die je auf schleswig-holsteinischem Boden ausgetragen wurden. Die Provisorische Regierung proklamierte 1848 „ein Prinzip totaler Kriegführung“, das die „überkommenen und anerkannten Staats- und Rechtsordnungen“ missachtete.¹⁵ Die Statthalterschaft riskierte im Juli 1850, als die Erhebung bereits erkennbar gescheitert war, die große militärische Auseinandersetzung und setzte auch nach der Niederlage bei Idstedt das Blutvergießen fort, etwa beim Angriff auf das von dänischen Soldaten besetzte Friedrichstadt -

ein sinnloses und verantwortungsloses Unternehmen, das auch die Zivilbevölkerung aufs härteste traf.

- Die deutschen Schleswig-Holsteiner, und namentlich die Statthaltertschaft sowie Abgeordnete der Landesversammlung, schätzten ihre Situation fälsch ein und waren nicht bereit die Tatsache anzuerkennen, dass sich die europäischen Großmächte längst für die Wiederherstellung des übernationalen Gesamtstaates entschieden hatten, den sie im Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 dann gleichsam festschrieben, ohne ihn freilich zu garantieren. Ihr militärischer Erfolg bei Istedt brachte also den Dänen keinen Nationalstaat bis zur Eider, und ebenso wenig hätten die deutschen Schleswig-Holsteiner damit rechnen können. durch einen Sieg die Erfüllung ihrer nationalen Ziele zu erreichen.
- Im Dreijahreskrieg wurden Menschenleben für Ziele geopfert, die mit den Menschen- und Bürgerechten schwerlich vereinbar und zudem politisch nicht durchzusetzen waren. Der Krieg kann im Rückblick nur sinn- und verantwortungslos genannt werden. Wer hingegen distanzlos verkündet, der deutsche Einheitsgedanke habe „sich in dem Tag von Istedt symbolisch verkörpert“ und sei „in der Schleswig-Holsteinischen Armee und Marine zum Ausdruck“ gekommen¹⁶, der sanktioniert im Nachhinein nicht nur die damaligen nationalen Ziele, sondern auch die zu ihrer Erreichung angewendete Gewalt.
- Auch wenn der einen oder anderen Seite gelungen wäre, ihre Ziele durchzusetzen, hätte dies nicht zu einer Befriedung im Lande geführt. Die Bismarck'sche „Lösung“ der Schleswig-Frage zeigte es: Nach dem Krieg Preußens und Österreich gegen Dänemark (1864) und nach dem Deutschen Krieg (1866) wurden unter nunmehr veränderten internationalen Bedingungen Holstein und ganz Schleswig 1867 in den preußischen Staat inkorporiert und somit 1871 Teil des Deutschen Reichs. Die nationalen Auseinandersetzungen in Schleswig aber dauerten fort; das deutsch-dänische Verhältnis blieb aufs schwerste belastet. Bismarck ging es keineswegs um den schleswig-

holsteinischen „Traum einer deutschen Einheit“, als er „dies Land in den Bund der deutschen Einheit“ führte,¹⁷ sondern allein um die Machterweiterung des preußischen Staates. Auch wenn sich die Schleswig-Holsteiner nach 1871 größtenteils damit abfanden, gegen ihren Willen Preußen geworden zu sein, ist es unzutreffend, Bismarck gleichsam als Vollender der schleswig-holsteinischen Erhebung hinzustellen. Man sanktioniert dabei auch den Krieg von 1864 und verkennt, auf den Einheitsgedanken fixiert, dass bei Bismarcks Reichseinigung ‚von oben‘ der Freiheitsgedanke der achtundvierziger Revolutionäre weitgehend auf der Strecke blieb - mit verhängnisvollen Folgen für die weitere Entwicklung in Deutschland.

- Fast noch abwegiger ist es, dass der SHHB-Vorsitzende Werner Schmidt - wie andere vor ihm - die bei Idstedt enttäuschten Hoffnungen der deutschen Schleswig-Holsteiner und die Bismarck'sche Gewaltentscheidung mit dem Ziel der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands in Verbindung bringt: „Das trotziges Ausharren in fast aussichtsloser Lage“, das Beharren „im ungebrochenen Bewusstsein des historischen Rechts“ zählt Schmidt zu den wichtigsten Lehren, die die Geschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung für die Gegenwart und Zukunft bereithalte. Heute nun gelte „diese Lehre von Idstedt“ „nicht mehr für die Menschen dieses Landes allein, sondern „für unser ganzes deutsches Volk“, das - wie die deutschen Schleswig-Holsteiner im 19. Jahrhundert - auf die Stunde seiner „befriedeten Einheit“ warten müsse.¹⁸ Diese „Lehre“ beruht auf historisch falschen Voraussetzungen, wie gezeigt wurde, und sie ist überdies in politischer Hinsicht höchst bedenklich.
- Schmidts „Lehre“ fügt sich nahtlos in den Tugendkatalog ein, den der Idstedt- Mythos seit 1850 bereithält: Idstedt als Vorbild für Vertrauen auf das eigene Recht und auf Gottes Fügung, für Selbsthilfe, Opfermut und tapferes Ausharren im Unglück. Dieser Tugendkatalog wurde bedenkenlos auf die unterschiedlichsten aktuellen Situationen angewendet. In der Kaiserzeit galt die Schlacht bei Idstedt als „heiliger Krieg“, der durch Gottes

Ratschluss - und durch Bismarck-von einer Niederlage in einen Sieg verwandelt wurde.¹⁹ Nach 1920 galt das „Ausharren selbst in dunkelsten Zeiten“ als Rezept für eine Revision des Versailler Vertrages sowie für die Rückgewinnung Nordschleswigs, das aufgrund der Volksabstimmungen des Jahres 1920 seitdem zu Dänemark gehörte.²⁰ Nach 1945 wurde Idstedt im Kampf gegen die enorm wachsende dänische Minderheit und ihre politischen Forderungen nunmehr als Symbol für die Rechtmäßigkeit der 1920 festgelegten Grenze bemüht.²¹ Seit den fünfziger Jahren schließlich wurde Idstedt angesichts der deutschen Teilung eine gesamtdeutsche Bedeutung beigelegt.²²

- Es liegt auf der Hand, dass sich heute an das traditionelle Idstedt-Gedenken nicht mehr sinnvoll anknüpfen lässt. Man müsste sonst fortfahren, die Geschichte jeweils aktuellen Zielen anzupassen und nutzbar zu machen, also die Geschichte zu verfälschen. Lehren aus der Geschichte müssen jedoch wissenschaftlich begründet und ethisch wie politisch vertretbar sein.
- In einer Situation, in der alles davon abhängt, dass Spannungen gemindert und ein Krieg weltpolitischen Ausmaßes verhindert wird, kann Idstedt nicht mehr als Gedenkstätte für einen „glücklichen Sieg“ oder eine „unglückliche Niederlage“ gelten, sondern vielmehr als Mahnmal, das den Besuchern zu der Erkenntnis verhilft, dass der Krieg ein untaugliches Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ist. Eine kritiklose Darstellung der in der Erhebungszeit und danach verfolgten Ziele sowie der im 19. Jahrhundert geführten deutsch-dänischen Kriege, ein Raritätenkabinett von Waffen und Uniformen vermögen die einer demokratischen Gesellschaft angehörenden Besucher nicht zu problemorientiertem Denken anzuregen und können ihnen keine handlungsorientierenden Einsichten vermitteln.
- Neue Wege würde eine Idstedt-Ausstellung beschreiten, die die Kriegsbegeisterung, mit der mancher „Patriot“ zu den Waffen eilte, mit der ganzen Brutalität des Dreijahreskrieges konfrontiert, über die uns zahlreiche Zeugnisse vorliegen.²³ Auch die Auswir-

kung des Krieges auf die Zivilbevölkerung muss schonungslos gezeigt werden.

- Für eine solche Ausstellung wäre das Idstedt-Signet, das „die Grundgedanken der Neukonzeption für die Idstedt-Halle aufgreift,“²⁴ allerdings ungeeignet.
- Neue Wege würde eine Ausstellungskonzeption gehen, die das Wort Gustav Heinemanns bedenkt: „Unendlicher Fleiß ist seit erdenklichen Zeiten von Geschichtsschreibern darauf verwandt worden, den Verlauf von Schlachten und Kriegen darzustellen. Auch den vordergründigen Ursachen von Kriegen wurde nachgespürt. Aber nur wenig Kraft, Energie und Mühe wurde in aller Regel darauf verwandt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie hätte vermeiden können.“²⁵ Der intolerante, inhumane, emotionsgeladene Nationalismus, die Gewaltbereitschaft der meisten damaligen Politiker und Militärs sind als tiefere Ursachen des Dreijahreskrieges in einer erneuerten Idstedt-Ausstellung sichtbar zu machen. Wer hingegen das „trotzige Ausharren in fast aussichtsloser Lage“, das Warten gar auf günstigere Konjunkturen für eine Machtentscheidung als historische Lehre aus Idstedt empfiehlt, verstellt den Blick für Toleranz und lähmt den Willen zur Verständigung, zum Kompromiss - Grundhaltungen, derer wir heute mehr denn je bedürfen.
- Eine wirklich erneuerte Idstedt-Ausstellung sollte daher auch die historisch vorfindliche Alternative zur Auseinandersetzung mit Waffengewalt zeigen. Die Zivilcourage, die in der damals national aufgeheizten Atmosphäre dazu gehörte, sich für das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker, also eine Teilung Schlesiens, einzusetzen,²⁶ der Mut, den man aufbringen musste, um sich dem sinnlosen Krieg zu entziehen, verdienen eher eine Würdigung als die minutiöse Wiedergabe von militärischen Aufmarsch- und Schlachtplänen.
- Die Ereignisse von Idstedt 1850 sind geeignet, uns zu kritischen Fragen und zum Nachdenken anzuregen. Die Gräber der Gefallenen, das 1869 errichtete Denkmal in Idstedt, die Kirche von

1903 und die 1930 fertiggestellte Idstedt- Gedächtnishalle sind wertvolle historische Zeugnisse unserer Landesgeschichte. Das Anliegen der Idstedt-Stiftung, diese Denkmäler zu erhalten und die Bevölkerung in einer Ausstellung über die Erhebungszeit zu informieren, ist insoweit begrüßenswert. Man sollte die Chancen einer erneuerten Ausstellung nutzen, um die Geschichte des Idstedt-Gedenkens mit zum Ausstellungsthema zu machen und dabei ins Bewusstsein der Besucher heben, dass die Idstedt-Halle wie die übrigen Denkmäler in bestimmten historischen Situationen entstanden sind, die sich in vieler Hinsicht von der Gegenwart unterscheiden, deren Traditionen aber bis heute fortwirken.

- Eine von überkommenen Vorurteilen beherrschte Idstedt-Ausstellung vermag den Zielen einer demokratisch orientierten historisch-politischen Bildung eher zu schaden als zu nützen. Nur eine dem aktuellen Stand der Forschung und der Didaktik entsprechende, nach modernen museumspädagogischen Gesichtspunkten gestaltete, von qualifizierten Fachleuten konzipierte Ausstellung ist schließlich geeignet, eine verantwortungsvolle Nutzung der aufgebotenen öffentlichen Mittel und privaten Spenden sicherzustellen.

III

Die Idstedt-Initiative der drei Historiker, deren Überlegungen und Thesen soeben zusammengefasst wurden, ist nur vor dem Hintergrund des demokratischen Aufbruchs zu verstehen, der in den ausgehenden sechziger und in den siebziger Jahren zunächst die Universitäten, dann auch weitere Teile der deutschen und europäischen Öffentlichkeit erfasste. Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 gab Bundeskanzler Willi Brandt am 28. Oktober seine Regierungserklärung vor dem Bundestag ab: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Dieser Satz ist von vielen nicht nur mit Zustimmung, sondern meist mit befreiendem Enthusiasmus aufgenommen worden, und er hat das demokratische En-

agement Ungezählter ebenso entfacht oder ermuntert wie die Schlussworte Brandts: „In den letzten Jahren haben manche in diesem Lande befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je. Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.“²⁷ Das hieß in aller Kürze: Ausbau der Demokratie in Staat und Gesellschaft sowie Friedenspolitik.

Angesichts des durch die bald abgeschlossenen Ostverträge zwar gemilderten, aber nach wie vor virulenten Ost-West-Konflikts etablierte sich in diesen Jahren, gefördert von dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann, in der Bundesrepublik eine Friedensforschung, die auch der Geschichtswissenschaft neue Anregungen verlieh.

Gerade jüngere Historiker erkannten die Bildungschancen und zugleich die Verpflichtung der Geschichtswissenschaft, die sich aus einer durch Forschungsarbeit gesicherten, politisch reflektierten und also verantwortlichen Vermittlung von Geschichte für die Fortentwicklung einer demokratischen, an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft ergaben. In Schleswig-Holstein war es zunächst nur eine kleine Schar meist jüngerer Historiker, die in den siebziger Jahren derartige Überlegungen in die landesgeschichtliche Debatte warfen - und nicht nur auf Zustimmung, sondern auch auf erhebliche Widerstände stießen.

Ehe dies am Beispiel der Idstedt-Initiative der drei Historiker weiter verfolgt wird, sei zur Vervollständigung des Bildes vermerkt, dass zwei dieser Historiker, Jörn-Peter Leppien und Hans Friedrich Rothert, parallel zur Arbeit am Idstedt-Problem mit den Kieler Kollegen Jürgen Jensen und Ingwer Momsen in der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte eine Initiative „für eine aktivere, effektivere und transparente Arbeit“ der traditionsreichen Honorariervereinigung entwickelten.²⁸ Ergebnis dieses konfliktreichen, aber von zahlreichen Landeshistorikern unterstützten Prozesses war u. a. die Herausgabe der als Kommunikationsorgan gedachten „Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“, die Gründung des „Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins“ und nicht zuletzt eine Ver-

doppelung der Mitgliederzahl der Geschichtsgesellschaft.

Der Idstedt-Vorstoß der drei Historiker ist vor dem Hintergrund eines landesgeschichtlichen Aufbruchs zu verstehen, der um 1980 zur „Entdeckung“ des Nationalsozialismus als Forschungsgegenstand und zur Gründung des „Arbeitskreises Asche-Prozess“ (1980), des „Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ (1983) und des „Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein“ (1984) führte.

In ihrem Idstedt-Beitrag gingen die drei Historiker von der damals hiezulande noch wenig verbreiteten erkenntnistheoretischen Tatsache aus, dass objektive Erkenntnis, absolute Wahrheit, weder erreichbar noch erstrebenswert ist, wohl aber ein Erkenntnisfortschritt als Ergebnis eines Forschungsprozesses und eines Diskurses, an dem eine breite Öffentlichkeit möglichst zu beteiligen ist. Was die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts betrifft, konnten sich die Autoren auf einen in den wesentlichen Fragen als gesichert geltenden Forschungsstand berufen; sie setzten jedoch, ihren erkenntnisleitenden Interessen entsprechend, neue Akzente, etwa bei der Gewichtung der Rechtsprobleme und der Darstellung der Kriegführung der schleswig-holsteinischen Armee. Und sie griffen mit dem Idstedt-Mythos ein ganz neues Thema auf.

Da die drei Historiker in der Idstedt-Frage eine tiefe Diskrepanz zwischen Forschung und landläufigem Geschichtsbewusstsein erkannten und da sie zugleich von der aufklärenden Funktion ihrer Wissenschaft zutiefst überzeugt waren, kam für die Publikation des Idstedt-Manuskripts keine wissenschaftliche Zeitschrift wie die Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte in Frage, sondern in erster Linie ein landesweit erscheinendes heimatkundliches, sich an einen breit gefächerten Leserkreis wendendes Publikationsorgan, vor allem die vom SHHB herausgegebene Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ oder die gleichnamige Zeitschrift des Vereins „Die Heimat“. Man wollte sich also absichtlich gleichsam in die Höhle des Löwen begeben.

IV

„Sehr geehrter Herr Rotherth! Vielen Dank Ihnen, Herrn Leppien und Herrn Jessen-Klingenberg für den Idstedt-Text. Er stellt in meiner Sicht die angemessene Würdigung der Zusammenhänge dar. Ich bedaure deshalb die Entwicklung, die zur Verhinderung der Publikation in der HEIMAT geführt hat.“ So lauten die Eingangssätze des Briefes vom 21. Juni 1978²⁹, den Christian Radtke, der damalige Schriftleiter der ‚Heimat¹, an Dr. Hans F. Rotherth schrieb. Radtke hatte das Manuskript der drei Autoren gern in seiner Zeitschrift veröffentlichen wollen, zumal die Wiedereröffnung der Idstedt-Halle kurz bevorstand und auch ihm eine Diskussion über die neugestaltete Ausstellung nötig und nützlich schien. Aber der Vorstand des Vereins, und hier in erster Linie der Vorsitzende, der Leitende Museumsdirektor Dr. Karl Wilhelm Struve (1917-1988), lehnte eine Publikation des Manuskripts in der ‚Heimat¹ ab, weil er, wie Radtke mitteilte, „bei einer Veröffentlichung des Textes Pressionen der unterschiedlichen Ebenen“ befürchtete. Das war in der Tat eine sehr rätselhafte Begründung. Mündlich erfuhren die drei Autoren später, Dr. Struve sei der Auffassung, dass die ‚Heimat¹, wenn sie den Aufsatz veröffentliche, um die weitere staatliche Förderung und damit um ihre Fortexistenz fürchten müsse.³⁰ Ob diese Befürchtung auch nur halbwegs realistisch war, lässt sich ebenso wenig beantworten wie die Frage, von welchen anderen „Ebenen“ Struve „Pressionen“ erwartete.

Christian Radtke ließ sich indessen nicht so leicht einschüchtern und entmutigen; er wünschte eine öffentliche Diskussion über die Idstedt-Problematik. Er bat nun mehr auch Gerd Stolz, der die neue Ausstellung in Idstedt wesentlich mit konzipiert und gestaltet hatte, um einen Aufsatz, in dem er die Ausstellung vorstellte und erläuterte. Stolz lieferte seinen Beitrag prompt¹¹, den Radtke zusammen mit dem Manuskript der drei Autoren im nächsten Heft der ‚Heimat¹ veröffentlichen wollte. Da er auf diese Weise „eine Art Ausgewogenheit“³² hergestellt hatte, hoffte er, die Bedenken Struves und des Vorstandes zerstreuen zu können. Er sandte Struve auch seinen Entwurf einer Redaktionsnotiz, die beiden Aufsätzen vorangestellt werden sollte: Es gehe darum, „den interessierten Leser in

den vielschichtigen historischen Fragen zu informieren und ihn mit den historischen Wertmaßstäben und Zielvorstellungen der Museumsgestalter und von Vertretern der historischen Landesforschung vertraut zu machen.“ Die ‚Heimat‘ verstehe sich dabei als ein Medium der Diskussion, deren Fazit letztlich erst die Ausstellung selbst ergeben werde.³³ Die drei Autoren konnten mit dieser Lösung sehr zufrieden sein; sie bot zunächst den Lesern der ‚Heimat‘ die Möglichkeit, sich ein eigenes Urteil über die Ausstellung und die mit ihr zusammenhängenden Fragen zu bilden, und sie war auch geeignet, eine öffentliche Diskussion in Gang zu setzen.

Am 13. Juli 1978 sandte Radtke die Manuskripte und den Entwurf seines Vorworts an Dr. Struve, in der Hoffnung, „dass auf diese Weise sowohl die Gefahr einer (Selbst-)Zensur als auch diejenige von möglichen Sanktionen abgewendet ist.“³⁴ Struve freilich entschied sich für die Selbstzensur. Radtke notierte am 21. Juli auf dem Durchschlag seines Briefes vom 13. Juli: „Dr. Struve Veröffentlichung Text Rothert u. a. tel. untersagt.“ Radtke hatte das ihm Mögliche getan, und es blieb ihm nur noch übrig, das Manuskript an Dr. Rothert zurückzusenden.³⁵ In seinem Begleitbrief teilte er mit, die Veröffentlichung sei vor allem deswegen von Dr. Struve abgelehnt worden, weil die drei Autoren ihren Text nicht, „wie vorgeschlagen“ überarbeitet, und das konnte nur heißen: in einer Art von Selbstzensur revidiert hätten. Schließlich empfahl Radtke, „sich mit Rückfragen, die die Position der ‚Heimat‘ verdeutlichen könnten, an Herrn Dr. Struve selbst zu wenden.“ So geschah es. In ihrem an Struve gerichteten Schreiben vom 16. August³⁶ begründeten die Autoren zunächst ihre Initiative: „Wir halten uns für berechtigt und zugleich in mancher Hinsicht für verpflichtet, zum Thema Idstedt Tatsachen zu veröffentlichen, die aufgrund älterer und jüngerer Forschungen unstrittig sind. Das zu tun, haben wir versucht. Wir haben des weiteren dargelegt, was man hierzulande im Laufe der Jahrzehnte mit diesen Tatsachen gemacht hat. wie man sie zu nutzen und auszunutzen gesucht hat. Schließlich haben wir unsere Gedanken zur Frage vorgetragen, was man heute aus dem Thema Idstedt machen darf (und nicht machen sollte). Eben darüber lässt sich freilich diskutieren. Auf eine Diskussion über Grundfragen der Erhebung und insbesondere über die Probleme

der Idstedter Schlacht hatten wir allerdings gehofft. Sie wäre unserer Überzeugung nach der Förderung eines historisch fundierten und reflektierten Landesbewusstseins in hohem Maße dienlich gewesen.“ Der letzte Satz war in erster Linie als *captatio benevolentiae* des - wie es den Anschein hatte - „regierungsfremden“ Dr. Struve gedacht. Denn damals und in den folgenden Jahren waren die von der CDU geführte Landesregierung und der SHHB gemeinsam bestrebt, das „Landesbewußtsein“ der Schleswig-Holsteiner zu stärken. Schließlich baten die Autoren den Vorsitzenden der ‚Heimat‘ darum, ihnen schriftlich die Gründe mitzuteilen, die ihn bewogen hätten, die Veröffentlichung ihres Manuskripts abzulehnen, insbesondere war ihnen daran gelegen zu erfahren, welche Einwände er gegen ihre wissenschaftlichen Prämissen und Deduktionen erhebe. Eine Antwort haben sie indessen nicht erhalten, auch nicht, nachdem sie in einem zweiten Schreiben vom 19. Oktober 1978,³⁷ dem sie ihren Brief vom August in Kopie beigefügt hatten, Dr. Struve noch einmal darum gebeten hatten, seine Bedenken mitzuteilen. Für Struve waren die Argumente und Thesen der Verfasser offenbar nicht diskutabel. Seine Haltung mag ein wenig verständlich werden, wenn man bedenkt, dass ihm als Prähistoriker der älteren Generation eine wie auch immer geartete Verknüpfung von Geschichtswissenschaft mit didaktischen und politischen Problemen und Aufgaben wahrscheinlich fremd war. Gleichwohl war sein beharrliches Schweigen, gemessen an dem Umgang, den Herausgeber mit Autoren üblicherweise pflegen, einigermassen befremdlich.

Gleichfalls am 16. August 1978³⁸ wandten sich die drei Autoren an den Vorsitzenden des SHHB, Dr. Werner Schmidt, um durch ihn eine Veröffentlichung ihres Manuskripts in der Monatszeitschrift ‚Schleswig-Holstein‘ zu erreichen. Dies war schon einmal versucht worden, aber der Schriftleiter Ingwer Paulsen hatte Bedenken geäußert, die Zeitschrift, wie es hieß, zu sehr mit dem Problem Idstedt zu befrachten. Auch in dem Brief an Schmidt fehlte eine *captatio benevolentiae* nicht: „Wir kennen Sie in erster Linie als Wissenschaftler (Lorenz von Stein), der weiß, dass jegliche wissenschaftliche Tätigkeit der Diskussion und der Kritik bedarf. Wir wissen auch, dass Ihr öffentliches Ansehen nicht zuletzt auf der

liberalen Grundüberzeugung beruht, die Sie vertreten.³⁹ Daher gehen wir davon aus, dass Sie andere Auffassungen zum Thema Ildstedt nicht nur tolerieren, sondern im Prinzip sogar begrüßen.“ Schmidt war allerdings nicht der Mann, der sich von solchen allzu schmeichelhaften Komplimenten beeindrucken ließ. Jedenfalls vermochten ihn die Autoren nicht dazu zu bewegen, die Rolle des großzügigen, der wissenschaftlichen Diskussion aufgeschlossenen Liberalen anzunehmen, obgleich er in seinem Antwortschreiben⁴¹¹ eingangs versicherte, er werde sich um die Möglichkeiten der Veröffentlichung bemühen. Einstweilen bitte er um die Zustimmung der drei Autoren, ihre Arbeit „vervielfältigen zu lassen, um sie jedenfalls den besonders Interessierten zugänglich zu machen.“ Eben das ist geschehen. Aber zu einem Gespräch mit Dr. Schmidt, zu dem sich die Autoren bereit erklärten,⁴¹ kam es nicht, und auf die Drucklegung warteten sie vergebens.

In wie vielen Exemplaren und an wen Schmidt das kopierte Manuskript der drei Autoren sandte, muss vorerst ungeklärt bleiben. Andeutungen, die hier und da zu vernehmen waren, legten die Vermutung nahe, dass in erster Linie Personen bedacht worden waren, die die Ausführungen der Autoren missbilligten; von einer möglichen Ausnahme wird noch kurz die Rede sein.

Am 9. und 10. September 1978 fand dann der erste Schleswig-Holstein-Tag statt, während dessen die Ildstedt-Halle wiedereröffnet wurde. Sie wurde, wie es kaum anders zu erwarten war, nun als „ein Symbol für das deutsche Einheitsbewusstsein“⁴² bezeichnet. So formulierte es, dem traditionellen Ildstedt-Mythos entsprechend, Ministerpräsident Dr. Stoltenberg in seinem Grußwort im Programmheft. Dr. Schmidt ging noch weiter, indem er nicht nur Ildstedt, sondern der gesamten Grenzregion eine sinnbildliche Funktion zuschrieb: „Das Schleswiger Grenzland, eine der bedeutendsten europäischen Geschichtslandschaften, ist heute ein Symbol sowohl deutscher Einheit als fruchtbaren Miteinanders in unserem Erdteil geworden“⁴³ Daher würden die Schleswig-Holsteiner „auch in Zukunft immer wieder dahin blicken, wo wir unseren ersten Schleswig-Holstein-Tag feiern.“ Dieser Optimismus freilich trog, wie wir längst wissen. Aber auch damals hätte man wohl erkennen können, dass eine Gedenkstätte einer im Prinzip permanenten

fachlich fundierten und didaktisch überzeugenden Gestaltung bedarf, wenn sie nicht ihre Substanz und damit ihre Attraktivität verlieren soll. Die Geschichte der Idstedt-Halle hätte diese Erkenntnis in anschaulicher Weise liefern können.

Indessen gab es doch eine kritische öffentliche Stellungnahme zum Schleswig- Holstein-Tag und besonders zur Ausstellung. Die Schleswiger Nachrichten veröffentlichten eine Woche nach den Festlichkeiten einen langen Artikel des Volks-kundlers Jörn Christiansen. Seine Bedenken und Einwände waren zum Teil identisch mit dem, was die drei Autoren zu Papier gebracht hatten. An einigen Stellen waren auch wörtliche „Anklänge“ unverkennbar. Es spricht also einiges für die Annahme, dass Christiansen das Manuskript gekannt hat. Wie dem auch sei, seine Urteile waren treffend. Zur Ausstellung schrieb er: „Die behauptete ‚Entstaubung‘ der Idstedt-Halle ‚von vaterländischen Nationalgefühlen‘... und ihre Konzipierung als Ort der Begegnung zwischen Dänen und Deutschen ‚ohne Bitternis‘ ... hat nicht stattgefunden. Mit der Neugestaltung der Idstedt-Halle wurde eine Chance vertan, ein historisches Museum zu schaffen. Stattdessen wurde ein nationales Denkmal renoviert. Bei der Gestaltung haben maßgeblich keine kompetenten Historiker oder Museumsfachleute mitgewirkt ... Nicht ohne Genugtuung vermerkten ältere Besucher, dass sich Wesentliches nicht geändert habe.“⁴⁴

V

Es war alles andere als erfreulich, dass das Manuskript nur wenigen Auserwählten bekannt war, von denen die meisten die Idstedt-Interpretation des SHHB- Vorsitzenden teilten und dies auch unter Gleichgesinnten bekräftigten, aber ein Gespräch mit den Autoren und erst recht eine öffentliche Diskussion scheuten. Dafür verstand man sich darauf, gleichsam hinter vorgehaltener Hand mancherlei unzutreffende Mitteilungen über den Inhalt zu verbreiten.

Es gab jedoch noch die Möglichkeit, das Manuskript in einer Zeitschrift zu publizieren, in deren Programm der Aufsatz sich vorzüglich einfügte und die einen größeren Leserkreis erreichte. Jörn-Peter Leppien hatte seit langem ein gutes Verhältnis zu Ernst

Beier, dem Redakteur der Grenzfriedenshefte. Der Sozialdemokrat Beier gehörte zu den Gründern des Grenzfriedensbundes⁴⁵, und er genoss aufgrund seiner intellektuellen Redlichkeit, seiner persönlichen Liberalität, seiner gründlichen Kenntnis der historischen und gegenwärtigen Zustände im Grenzland und nicht zuletzt dank seiner gewinnenden Freundlichkeit ein hohes Ansehen. Beier war sofort bereit, das Manuskript der Autoren zu veröffentlichen; es musste allerdings in seinem Umfang dem damals üblichen Maß in den Grenzfriedensheften angeglichen, also gekürzt werden. Freilich waren es nicht nur und nicht einmal in erster Linie die persönlichen Beziehungen zum Redakteur, die eine Publikation in den GFH nahelegten. Entscheidend war - außer der relativ weiten Verbreitung dieser vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift - die Tatsache, dass in ihr auch Beiträge erscheinen konnten, die traditionellen historisch-politischen Auffassungen zuwiderliefen.⁴⁶ So war 1972/73 in den GFH eine kritische Auseinandersetzung Jörn-Peter Leppiens mit dem damals noch populären, national einseitig ausgerichteten Handbuch zur schleswig-holsteinischen Geschichte von Otto Brandt, herausgegeben von W. Klüver, erschienen.⁴⁷ Bereits 1971 hatten die Grenzfriedenshefte ihre Leser in einem Schwerpunktheft über die moderne Friedensforschung informiert.⁴⁸ Im Herbst 1979 erschien schließlich der nunmehr gekürzte, aber in der Substanz nicht veränderte Aufsatz der drei Autoren.⁴⁹ Sie widmeten ihn dem Kieler Landeshistoriker Prof. Dr. Alexander Scharff (1904-1985) zu seinem 75. Geburtstag. Damit wollten sie die Verdienste würdigen, die Scharff sich nach 1945 in Forschung und Lehre um die Entwicklung einer vorurteilsfreien Sicht des deutsch-dänischen Nationalkonflikts erworben hatte.⁵⁰ Er war auf deutscher Seite der Wegbereiter einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Historikern. Mit ihrer Widmung wollten die Verfasser des Ildstedt-Beitrags dokumentieren, dass sie sich in der Tradition Scharffs sahen, auch wenn sie diese fortentwickelt hatten.

Unmittelbar nach Erscheinen des Aufsatzes versandten die Autoren Sonderdrucke an einen großen Kreis von Fachkolleginnen und Kollegen sowie an Interessierte, auch wenn anzunehmen war, dass ihnen der Inhalt nicht zusagte. Denn das war geboten, wenn den

Gerüchten, Mutmaßungen und Unterstellungen ein Ende bereitet werden sollte. Der weitaus größte Teil der so Informierten reagierte zustimmend. Bemerkenswert sind einige der schriftlichen Stellungnahmen. So schrieb Prof. Dr. Christian Degn, der Nachfolger Prof. Scharffs auf dem Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische Geschichte, an Hans F. Rothert⁵¹: „Ich stimme Ihnen in allen Grundgedanken völlig zu und bedaure mit Ihnen, dass der Heimatbund und die Monatszeitschrift SH unter der Ägide von Dr. Schmidt in alte Verkrampfung zurückfällt und die Historia zur ancilla degradiert.“ In dem Brief Dr. Nis R. Nissens (1925-2000), des Direktors des Dithmarscher Landesmuseums, an Jörn-Peter Leppien⁵² heißt es: „Ich kann mich kaum erinnern, in letzter Zeit mit so viel Genugtuung einen Beitrag gelesen zu haben. Endlich ein klares, fundiertes Wort. Seit Jahren sehe ich von hier aus mit Unbehagen, was uns an schleswig-holsteinischem Patriotismus, an Heimat- und Hurragefühl geboten wird. Speziell natürlich vom SHHB-Vorsitzenden.“ Dr. Arnold Lühning, Hauptkustos am Landesmuseum in Schleswig, schrieb u. a. an M. Jessen-Klingenberg⁵³, er habe sich über den Sonderdruck „wirklich gefreut“, da „er das in klarer, nüchterner und überzeugen der Weise zur Sprache bringt, was mir, der ich die Wiederbelebung der Idstedt- Gedächtnishalle mit sehr gemischten Gefühlen ansehen musste, bisher immer als ungeklärtes Problem vorgekommen war. Nun zeigen Sie sehr viel deutlicher, als ich es bisher wusste,, wie es eigentlich gewesen ist¹ ...“⁵⁴ In einer relativ langen Besprechung stellte Bjørn Svensson den Aufsatz in der dänischen Zeitschrift Sønderjysk Månedsskrift⁵⁵ vor: „... die drei deutschen Historiker haben eine wichtige Aufgabe übernommen mit diesem Gang durch die deutschen Klischees, die allzu lange den kritischen Blicken entzogen waren. Auf diese Weise kann man einander näherkommen.“

Sowohl die Mehrzahl der schriftlichen als auch etliche mündliche Stellungnahmen zum Idstedt-Aufsatz machten deutlich, dass die Vorgänge um die Wiedereröffnung der Gedächtnis-Halle und die dortige Ausstellung bei nicht wenigen historisch Engagierten ein Unbehagen hinterlassen hatten. Unverkennbar war das Bedürfnis nach einer dem historischen Forschungsstand entsprechenden Darstellung der Geschehnisse vor, in und nach der Schlacht bei

Idstedt; vor allem aber wünschte man eine Diskussion darüber, wie man in der Gegenwart mit diesen Geschehnissen umzugehen habe, Björn Svenssons Besprechung war-gewiss nicht der erste - Hinweis darauf, dass es nicht genüge, wenn man Dänen für ein Mitwirken in Idstedt gewinnen wollte, in allgemeinen Wendungen den guten Willen zu bekunden, auf die nationale Entspannung im Grenzland zu verweisen und im Übrigen den Idstedt-Mythos unbekümmert zu kultivieren. Eine kritische Überprüfung der deutschen Idstedt-Tradition erschien unabweisbar.

Eine öffentliche Diskussion hatte der Aufsatz nicht zur Folge. Aber er hat ohne Zweifel Fachhistorikern und Interessierten das Problem Idstedt und seine Implikationen bewusst gemacht. Über „Idstedt“ zu reden und zu schreiben, ohne die Ausführungen der drei Autoren zur Kenntnis zu nehmen, war jetzt kaum noch vertretbar; vorgekommen ist es gleichwohl.

VI

Am 25. Juli 1980 beging die Idstedt-Stiftung den 130. Jahrestag der Schlacht; den historischen Vortrag hielt Prof. Dr. Oswald Hauser (1910-1987): „Idstedt 1850- 1980“⁵⁶. Hauser kannte den Aufsatz der drei Autoren und stellte am Anfang seiner Ausführungen fest, dass „unserer nüchternen und realistischen jüngeren Generation“⁵⁷ ... das Ereignis Idstedt insgesamt zum Problem geworden“ sei. Er setzte sich mit den Thesen der Autoren nicht im einzelnen, wohl aber im allgemeinen durchaus auseinander. Doch zunächst sei gesagt, dass Hauser aufgrund intensiver Quellenstudien in der Sache manches bis dahin Unbekanntes und Unerkanntes zu berichten wusste. Er wies z.B. nach, dass die Statthalterschaft von preußischer Seite mit stichhaltigen Argumenten davor gewarnt wurde, den Krieg aufs neue zu riskieren. Gleichwohl zeigte Hauser, den drei Autoren widersprechend, Verständnis für die Kriegsbereitschaft der führenden Schleswig-Holsteiner: Sie hätten damals geglaubt, „um ihre Lebensgrundlage, die Aufrechterhaltung ihrer 500jährigen Verbindung mit Schleswig zu kämpfen. Ein Kampf ums Leben aber rechtfertigt zu allen Zeiten höchsten Einsatz. ... Sie waren davon überzeugt, dass ihr Recht stärker sei als die Gewalt

und dass, wenn sie für das Recht kämpften, sie für ein Grundelement menschlichen Zusammenlebens eintraten.“ Zwar sei der Kampf verloren gegangen, aber „es blieb vor aller Welt die Demonstration der Zusammengehörigkeit Schleswigs und Holsteins und des Willens der Schleswiger zur Unabhängigkeit von Dänemark.“ Diese Demonstration habe Bismarck 14 Jahre später die Möglichkeit an die Hand gegeben, „unter Hinweis auf diesen Rechtsanspruch den Widerstand der Mächte auszuschalten und den endgültigen Anschluss an Deutschland durchzuführen.“ Somit habe der Kampf schließlich doch seine Rechtfertigung erhalten. Mit dieser Darstellung und Wertung bewegte sich Hauser ganz und gar in den traditionellen deutsch-schleswig-holsteinischen Bahnen. Kein Wort verlor er darüber, dass es damals auch anders, also nicht deutsch empfindende Schleswig-Holsteiner gab, wie die konservativen Gesamtstaatler und vor allem die dänischen Nord-schleswiger, die ja auch davon überzeugt waren, im Recht zu sein. Es ist im übrigen auch kaum vorstellbar, dass die Insten auf den Gütern und die Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande, bereit waren, ihr Leben für nationale, historisch-rechtlich legitimierte Ziele aufs Spiel zu setzen. Die These, dass die deutschen Schleswig-Holsteiner insgesamt glaubten, um ihr Leben zu kämpfen, entbehrt jeglicher Quellengrundlage. Das gilt auch für die Behauptung, Bismarck habe unter Hinweis auf das im Krieg demonstrierte Rechtsbewusstsein der Schleswig-Holsteiner die Großmächte aus dem Konflikt von 1863-1864 heraushalten können. Es waren also keine historisch gesicherten Tatsachen, die Hauser in den zitierten Sätzen - aber auch an anderen Stellen seines Vortrags - mitteilte, sondern längst geläufige Vor- und Werturteile, eine Art Sinngebung des Sinnlosen.

Den drei Historikern gab der gedruckte Vortrag Hausers Anlass, nach den Aufgaben und nach der Verantwortung des Landeshistorikers in der demokratischen Gesellschaft und damaligen konfliktträchtigen Gegenwart zu fragen und darauf Antworten zu suchen. Sie taten das in einem in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte veröffentlichten Aufsatz.⁵⁸ Probleme der Urteilsbildung, der Wertung und der gesellschaftlichen Verantwortung des Historikers werden hier in Auseinander-

setzung mit Hausers Vortrag erörtert. Wenigstens das Fazit sei hier zitiert: „Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, dass jeder Historiker, der seine Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich macht, historisch-politische Bildung betreibt; mag dies vielleicht auch von einigen Landeshistorikern bestritten werden. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob man vorgibt, rein deskriptiv zu arbeiten, oder ob man zu offenen Wertungen greift. Die Frage ist nur, ob der Historiker bereit ist, seine Verantwortung zu sehen und danach zu handeln. Der Historiker Reimer Hansen hat daher mit Recht festgestellt, dass die immer wieder neue Rechenschaftslegung und kritische Selbstverständigung der Historiker über ihr Tun ... eine unerläßliche Bedingung historischen Unterrichts und historischer Wissenschaft' ist.⁵⁹... Ist es wirklich ein ‚kardinaler Fehler des Historikers ... mit Erfahrungen und Maßstäben einer späteren, völlig veränderten Zeit, an die Beurteilung der Vergangenheit heranzugehen?‘⁶⁰ ... Bestimmt aber ist es mehr als problematisch, vor diesem vermeintlichen Fehler zu warnen, um dann anschließend gleichwohl aus seiner gegenwärtigen Sicht Werturteile zu fällen.“⁶¹ Und eben dies hatte Hauser getan. - Zum Schluss bemerkten die Verfasser: „Es ist dem Historiker nicht ‚nur‘ um der wissenschaftlichen Genauigkeit und Redlichkeit willen, sondern auch aus politischen Gründen geboten, gegen überholte Geschichtsauffassungen Front zu machen. Was die alten Vorstellungen über Krieg und Frieden betrifft, so könnte es sogar äußerst verhängnisvoll sein, wollte man sich damit abfinden, dass sie - etwa im Zusammenhang mit Idstedt - weiter verbreitet werden.“⁶²

Dieser Aufsatz provozierte eine lange, sich insgesamt zwei Jahre hinziehende und auch heute wohl noch lesenswerte Diskussion.⁶³ Besondere Beachtung verdienen die Aufsätze von Prof. Dr. Reimer Hansen.⁶⁴ Bei ihnen handelt es sich um anregende und weiterführende Abhandlungen zu Grundfragen der Geschichtstheorie; diese hier zu referieren und zu kommentieren, würde in diesem Zusammenhang allzu weit führen.

Auch Oswald Hauser beteiligte sich in fairer Weise an der Diskussion; er wich den Fragen nach Objektivität, Gegenwartsbezug und Wertung keineswegs aus, revidierte dabei allerdings nicht seine bekannten Positionen.⁶⁵ Den Gang der Debatte im einzelnen nach-

zuzeichnen und ihre Ergebnisse auszubreiten, könnte nur eine besondere Abhandlung leisten. Dr. Fritz Graf traf wohl das Richtige, wenn er in einem Offenen Brief an den Vorstand und die Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte schrieb: „Es sind erkenntnisreiche Theorien und hohe Anforderungen der Historiker dargestellt worden, hier am Problem Idstedt.“⁶⁶

VII

Es bleibt noch zu fragen, ob die Veröffentlichungen der drei Autoren und die durch sie angeregte Diskussion ihren Niederschlag gefunden haben in historischen Darstellungen und damit möglicherweise auch im Geschichtsbewusstsein der Schleswig-Holsteiner, das präzise zu erfassen freilich recht schwierig und hier nur ansatzweise zu leisten ist.

In seiner 1985 erschienenen Dissertation,⁶⁷ in der er die Haltung Theodor Storms und Klaus Groths zur Schleswig-Holstein Problematik im 19. Jahrhundert analysiert, hat Frithjof Löding den 1979 erschienen Aufsatz der drei Autoren sowie die in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte publizierten Diskussionsbeiträge herangezogen und sich dabei weitgehend den von den Autoren vertretenen Urteilen, soweit sie für seine Fragestellung relevant waren, angeschlossen. So gelangt auch Löding zu der Auffassung, dass die deutsch gesinnten Schleswig-Holsteiner 1850 die internationale Dimension der schleswig-holsteinischen Frage ignoriert und gleichwohl den Krieg riskiert haben.⁶⁸ Auch er nennt den Sturm auf Friedrichstadt, die drei Autoren zitierend,⁶⁶ ein „verzweifelt, sinnloses und verantwortungsloses Unternehmen, an dessen Ende nur Tod und Zerstörung stehen konnten.“⁷⁰ Man erfährt hier übrigens auch, dass schon Klaus Groth im Prinzip so urteilte: „Dat dar nix ut warn kun as en Minschenslachterie, wussen sogar de, de't anfungen.“⁷¹

Aber auch in Darstellungen, die sich an ein breiteres Publikum wenden, scheint der pathetisch verbrämte Idstedt-Mythos allmählich einer nüchtern-distanzierten Betrachtung Platz zu machen. Zu nennen wäre hier eine von Gerd Stolz 1996 publizierte Monogra-

phie über die schleswig-holsteinische Erhebung⁷². Zwar ist hier in tautologischer Weise die Rede davon, dass die Schlacht bei Ildstedt „zum flammenden Fanal der Erhebung“ geworden sei und „zu einem schmerzlichen Meilenstein in der schleswig-holsteinischen Geschichte“, aber es wird dann hinzugefügt, dass diese - und gemeint sind wohl die Nachlebenden - „dieses große Ereignis über viele Jahre und Jahrzehnte“ nicht - soll wohl heißen: nicht richtig habe einordnen können.⁷³ Später wird Stolz deutlicher, wenn er schreibt, die Nachwelt habe versucht, einzelnen kriegerischen Ereignissen einen zweifelhaften Symbolwert beizumessen.⁷⁴ Er verweist auch auf den Ildstedt-Mythos. Zur Bilanz, die Stolz zieht, gehört auch der Hinweis, dass „ein selbsterfleischender Bruderkrieg mit den tiefen Wunden, die er auf beiden Seiten reißt,“ Narben hinterlasse, „die nicht sogleich heilen und bei Witterungswechsel heftig schmerzen können.“⁷⁵ Am Schluss der Monographie findet sich ein Beitrag der dänischen Museumsinspektorin Dr. Inge Adriansen, die die Auswirkungen des Dreijahreskrieges aus der Perspektive ihres Landes und für ihr Land skizziert, und sie stellt fest: „Die Abneigung gegen die Deutschen, die während des Dreijährigen Krieges gefestigt wurde, sollte sich in den folgenden hundert Jahren zu einem traurigen, jedoch wahrhaftigen Bestandteil dänischer Identität entwickeln.“⁷⁶

Eine weitere von Stolz im Juli 2000 publizierte Monographie, die den Kampf um Friedrichstadt zum Gegenstand hat,⁷⁷ ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Ergebnisse der historischen Forschung sind hier berücksichtigt worden, und es ist ein Buch entstanden, das nicht nur die Beachtung eines breiten Leserkreises verdient, sondern auch von Fachhistorikern mit Gewinn zu Rate gezogen werden kann. Inge Adriansen liefert in ihrem Beitrag Beobachtungen und Gedanken „über Wesen und Wirkung des Krieges“, dargestellt anhand „der Belagerung und Bombardierung der westschleswigschen Stadt“.⁷⁸ Zu Recht schreibt die Verfasserin, ihre zum Teil scheinbar paradoxen Thesen könnten auch eine gewisse Gültigkeit für spätere Kriege haben. Einige dieser Thesen seien hier wiedergegeben:

- Der Beschluss zu militärischen Aktionen geschieht oft aus politi-

schen Überlegungen ohne strategische Rücksichten.

- Für die Zivilbevölkerung können Freund und Feind gleich schlimm sein.
- In der Wirklichkeit des Krieges liegt die Barbarei direkt unter der Oberfläche.
- Missglückte Angriffe und Niederlagen können leicht als Ruhmes-taten umgedeutet werden.
- Frieden wächst selten aus Kanonen.

Diese originelle Abhandlung ist nunmehr auch in den Grenzfriedensheften⁷⁹ veröffentlicht, wo sie zutreffend als eine „pädagogisch orientierte Geschichtsbetrachtung“ vorgestellt wird, die „auf friedorientiertes Handeln in Gegenwart und Zukunft“ zielt. Aus ihr lässt sich gewiss auch manche Anregung für eine didaktisch neu anzulegende Ausstellung in der Idstedt-Halle gewinnen.

Einer deutsch-dänischen Kooperation, die diese Bezeichnung wirklich verdient, verdankt das in beiden Sprachen erschienene Begleitbuch zur 1993/1994 in Sonderburg und Flensburg gezeigten Ausstellung „Der Idstedt-Löwe“ seine Entstehung.⁸⁰ Wie das Buch war auch die Ausstellung selbst ein grenzüberschreitendes Projekt, an dem drei nordschleswigsche Museen und das Städtische Museum in Flensburg mitwirkten. Es wäre zu überlegen, ob nicht auch die Idstedt-Halle von einer dänisch-deutschen Zusammenarbeit „profitieren“ könnte.

Schließlich ist ein gedruckt vorliegender Vortrag vom Ltd. Archivdirektor Prof. Dr. Reimer Witt zu nennen: „Idstedt - ein Mythos im Wandel“⁸¹. Wir erhalten hier zunächst einen präzisen, gut belegten Überblick über die zeitbedingten Variationen des Idstedt-Mythos. Sodann gibt Witt „Anstoß zu neuer Nachdenklichkeit“, wie es im Vorwort der Redaktion heißt, und legt dazu einen Katalog bedenkenswerter Fragen vor. Das hortative Fazit lautet: „Idstedt bedeutet mehr als die Dominanz von Krieg und Frieden, von Nationalgedanke und Ausharren. Es verlangt auch die Einbindung in liberale und demokratische Traditionen, die in Zeiten nationaler Auseinandersetzungen immer wieder überlagert wurden und es heute auch noch schwer haben, im Zusammenhang mit Idstedt angemessen gewürdigt zu werden.“⁸² Dieser Vortrag von 1999 - so schließt sich der Kreis - stellt eine gründlich reflektierte Bestätigung und Fort-

schreibung der Überlegungen dar, mit denen die drei Autoren zwanzig Jahre zuvor in ihrem Aufsatz „Das Problem Idstedt“ die Idstedt-Diskussion eröffnet hatten.

VIII

Wie die Idstedt-Ausstellung künftig aussehen wird, ist noch offen. Dazu seien nunmehr - nach einem kurzen Rückblick - einige Überlegungen und Hinweise vorgetragen.

Die Ausstellung konnte sich nach ihrer Neueröffnung im Jahre 1978 zunächst eines regen Zulaufs erfreuen. Nach einigen Jahren aber ließ die Akzeptanz der Ausstellung merklich nach. So besuchten 1980 noch 7000 Personen die Stätte⁸³, während die Zahl 1997 bei lediglich 2000 lag und trotz der 150-Jahrfeier und intensiver Werbung im Jahre 2000 nur auf 2600 gesteigert werden konnte.⁸⁴ Diese Entwicklung wird wohl auch dadurch zu erklären sein, dass man es hier allzu lange beim Alten beließ. So konnten Neuerwerbungen der Idstedt-Stiftung den Eindruck erwecken, dass sie nicht bereit war, die militärische Orientierung ihrer Ausstellung zu überdenken. Man bereicherte die militärische Raritätensammlung beispielsweise 1979 durch ein „12-pfündiges Kanonenrohr aus Kopenhagen“.⁸⁵ 1981 und 1983 wurden Schaukästen aufgestellt, in denen mittels Zinnfiguren der Übergang der schleswig-holsteinischen Truppen über den Langsee und das Gefecht bei Oberstolk demonstriert werden.⁸⁶ Noch 1997 wurde die Idstedt-Sammlung u. a. durch den Ankauf einer „Original-Blankwaffe (Pioniersäbel)“ ergänzt.⁸⁷ Vor Jahresfrist hat der Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stiftungsrates der Idstedt-Stiftung mitgeteilt, dass die Gedächtnishalle in Idstedt „nach neuesten museumspädagogischen Erkenntnissen“ neu gestaltet werden solle.⁸⁸ Man wolle das Projekt „unter fachkundiger Begleitung“ in den nächsten Jahren realisieren. Dafür seien bereits für das Jahr 2001 über 500.000 DM vorgesehen. Wie eine neues museumspädagogisches Konzept für Idstedt allerdings aussehen soll und an welche fachkundige Begleitung gedacht wird, wurde bislang nicht bekannt. Es wäre indessen höchst bedauerlich, wenn man - wie im Jahre 1978 - ohne eine

tragfähige Konzeption ans Werk ginge. Eine museale Modernisierung der Gedächtnishalle ist zweifellos seit ihrer Eröffnung 1978 vonnöten. Sie liefe aber ins Leere, wenn sie nicht mit einer grundlegenden fachhistorischen und fachdidaktischen Revision verbunden wäre.

Fatal wäre es auch, wenn in Idstedt „neueste museumspädagogische Erkenntnisse“ zum Zuge kämen, die auf einen vordergründigen Erlebnischarakter der Präsentation setzen, „In den letzten Jahren erleben Gedenkstätten und Gedenktage eine ständig zunehmende ‚Tivolisierung‘“, bemerkt Berlingske Tidende in einem Kommentar anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht von Idstedt.⁸⁹ „Es ist Unfug zu glauben“, so schreibt der Kommentator, „Kanonenschüsse auf der Idstedter Heide könnten einen Beitrag zum Geschichtsverständnis leisten. Und es ist geradezu geschmacklos, eine nationale Gedenkstätte wie Düppel mit Erlebniszentren und künstlichen Schanzen vollzupflastern.“

Das Scheitern einer derartigen Konzeption für die Neugestaltung des unter Besucherschwund leidenden Historiecenter in Düppel kann geradezu als Lehrstück für konzeptionelle Überlegungen auch bei uns gelten. Der „Dänische Sturm auf Düppel“,⁹⁰ in dessen Strudel auch der Amtsbürgermeister von Sønderjylland Kresten Philipson als Vorsitzender des Fonds für das Historiecenter Dybbøl Banke geriet, dokumentiert eindrucksvoll, dass sich ein Konzept für eine wichtige Gedenkstätte heute nicht mehr diskussionslos von einem kleinen Kreis mehr oder weniger kompetenter Planer durchsetzen lässt, selbst wenn sie einflussreiche Politiker oder leitende Verwaltungsbeamte auf ihrer Seite haben. Dies war im Schleswig-Holstein der siebziger Jahre in Idstedt noch möglich, ist aber nunmehr auch hier schwerlich denkbar und liegt sicher nicht in der Absicht der Idstedt-Planer.

In Idstedt und in Düppel geht es um die gleiche sensible Thematik: Wie lassen sich die nationalen Gegensätze, wie lassen sich kriegsereise Auseinandersetzungen wirkungsvoll und zugleich verantwortungsvoll jungen und älteren Besuchern vermitteln? Die Argumente, die beim „Dänischen Sturm auf Düppel“ von kundigen Fachleuten - unter ihnen als Gutachter der Historiker und Generalkonsul Prof. Dr. Becker-Christensen - gegen eine „Tivolisierung“ des Historie-

center und gegen eine national einseitige Ausstellung ins Feld geführt werden, lassen sich daher, ins Positive gewendet, als Anregungen für eine moderne und zugleich sachgerechte Neugestaltung des Idstedt-Gedenkens am historischen Ort nutzen.

Es wäre deshalb naheliegend, wenn die Idstedt-Planer auf die dänischen Erfahrungen von Düppel auch unmittelbar zurückgriffen, indem sie dänische Fachleute in ihre konzeptionelle Arbeit einbeziehen. Die gemeinsame Arbeit auch an sensiblen Themen gemeinsamer Geschichte ist unter Historikern und Museumsfachleuten seit Jahren üblich; man denke nur an das oben erwähnte durchaus erfolgreiche Ausstellungs- und Publikationsprojekt des Städtischen Museums Flensburg und dreier nordschleswigscher Museen, unter diesen das Museum auf Schloss Sonderburg, zur Geschichte des Idstedt-Löwen.⁹¹ Der SHHB-Vorsitzende Schmidt hatte 1978 gegenüber dem SSV/Sydslesvigsk Forening noch darauf bestanden, dass in der Idstedt-Halle die Geschichte „mit deutschen Augen“ gesehen werde.⁹² Die seitdem vollzogene Entwicklung, die in der als Markstein gelobten gemeinsamen Veranstaltung zum 150. Jahrestag der Schlacht bei Idstedt kulminierte, sollte es der Idstedt-Stiftung heute als selbstverständlich erscheinen lassen, dänische Experten zur Mitwirkung an einer zweisprachigen Präsentation gemeinsamer Geschichte einzuladen⁹³

Eine neu gestaltete Ausstellung in der Region Schleswig/Sønderjylland sollte möglichst in eine übergreifende Konzeption von „Museen entlang der Grenze“⁹⁴ eingebunden werden. Die heute mobilen Besucher könnten sich in Idstedt primär über die Erhebungszeit und in Sonderburg/Düppel primär über die Vorgänge von 1864 informieren, um so zu einem hinreichend klaren und differenzierten Gesamtbild zu gelangen.⁹⁵ Ein solches zwischen den Gedächtnisstätten abgestimmtes grenzüberschreitendes Museumskonzept würde in der Tat neue Perspektiven eröffnen und wohl auch für längere Zeit tragfähig sein. Es würde im Übrigen dem viel zitierten „Modellcharakter“ der Grenzregion konkret Rechnung tragen, indem es zeigt, dass mit der Überwindung eines nationalen Konflikts die vorurteilsfreie Sicht der Vergangenheit untrennbar verbunden ist. Das Interesse bei der Erforschung und Darstellung

historischer Auseinandersetzungen wie der Schlacht bei Idstedt ist dann nicht mehr primär bestimmt durch die jeweilige nationale Position. Stattdessen kann sich nunmehr ein inter-nationales Interesse an den Menschenrechten und an der Fortentwicklung demokratischer Strukturen entwickeln - ein Anliegen, das heute konsensfähiger sein dürfte als noch in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts. - Videant consules!

Dieser Beitrag wurde, mit freundlichem Einverständnis der Herausgeber, der Festschrift zum 65. Geburtstag des Kieler Historikers und Bibliothekars Hans F. Rothert entnommen (Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens, Heide 2001).

Anmerkungen

- 1 Einen Überblick vermitteln die Grenzfriedenshefte (GFH) 3/2000 in ihrer Umschau, S. 257-262.
- 2 Flensburger Tageblatt, 26. 7. 2000.
- 3 Zitiert nach GFH 3/2000, S. 258-259, in der Übersetzung von Dieter Brandt.- Der Streit um den Idstedt-Löwen, der bis in unsere Tage andauert, hat seine eigene aufschlussreiche Geschichte, der im Rahmen dieses Beitrags nicht nachgegangen werden kann.
- 4 Hinweise u.a. bei Reimer Witt. Idstedt - ein Mythos im Wandel, in: GFH 2/2000, S. 115-126.
- 5 Ein entsprechender Beitrag über das dänische Geschichtsbewusstsein wäre sicherlich lohnend, kann in diesem Rahmen aber nicht geleistet werden.
- 6 Zur Chronologie des Idstedt-Gedenkens: Gerd Stolz, Geschichte der Idstedt-Halle. Sonderdruck aus dem Jahrbuch des Heimatvereins Schleswigsche Geest, 1979.
- 7 So in: Verzeichnis der Gegenstände der Idstedter Waffenkammer, Kiel 1890, S. 5.
- 8 Damals dokumentiert u.a in folgenden Monographien: Alexander Schärft', Schleswig- Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze, Stuttgart 1969; Volker Weimar, Der Malmöer Waffenstillstand von 1848, Neumünster 1959; Eberhardt Schwalm, Volksbewaffnung 1848-1850 in Schleswig-Holstein. Vorarbeiten zu einer Psychologie und Soziologie der Schleswig-Holsteinischen Erhebung, Neumünster 1961; Heinz Volkmar Regling,

- Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965.
- 9 Dies waren Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien und Hans Friedrich Rothert.
 - 10 Das Manuskript befindet sich in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, und zwar in einer von Dr. H. F. Rothert angelegten Sammlung (Manuskripte, Briefe Zeitungsberichte, Aufzeichnungen); zitiert im Folgenden als Sammlung Idstedt.
 - 11 So der Aufruf „Rettet die Idstedt-Halle“ von 1977.
 - 12 W. Carr, Schleswig-Holstein 1815-48. A study in national conflict, Manchester 1963 Vorwort.
 - 13 Aufruf „Rettet die Idstedt-Halle, 1977.
 - 14 Nach Flensburg Avis, 30.3.1978.
 - 15 So das begründete Urteil von Eberhard Schwalm, Volksbewaffnung, S. 219.
 - 16 So der Aufruf „Rettet die Idstedt-Halle“.
 - 17 Werner Schmidt, Idstedt 1850-1975. In: Ders., Denkpausen, Kiel 1976, S. 162.
 - 18 Schmidt, Denkpausen, S. 162-163.
 - 19 Zum Beispiel: Friedrich Andersen. Kämpfe den guten Kampf des Glaubens. Predigt an 25. Juli 1910..., Schleswig 1910, S. 9; Hans Harder, Festrede zur Einweihung de: Denkmals ... zum Gedächtnis der bei Friedrichstadt ... gefallenen Krieger, Gardinj 1893, S. 17.
 - 20 Zum Beispiel: Otto Brandt, Die Schlacht von Idstedt. In: Deutsche Blätter 1925, Nr. 5 S. 36.
 - 21 Zum Beispiel; der SHHB-Vorsitzende Richard Schenk bei der Idstedt-Gedenkfeier 1950: Schleswiger Nachrichten, 24.7.1950; Hanno Schmidt, Bekenntnis auf den Schlachtfeld von Idstedt. In: Schleswig-Holstein 1954, S. 227.
 - 22 Zum Beispiel: Martin Steinhäuser. Idstedt. Zum 25. Juli 1956. In: Schlesw.-Holst Heimatkalender 19(1957), S. 30; Paul Koopmann, Was Idstedt uns heute noch zu saget hat. In: Schleswig-Holstein 1957, S. 314; Schmidt, Denkpausen, S. 163.
 - 23 Zum Beispiel: Hans Schümann, Erinnerungen eines alten Schleswig-Holsteiners. In Die Heimat 10(1910), S. 161.
 - 24 So Gerd Stolz, Geschichte der Idstedt-Halle, S. 10. Siehe auch: Ders.: Führer durch di« Idstedt-Halle, hrsg. v. d. Idstedt-Stiftung, Schleswig 1981, S. 4.
 - 25 Gustav Heinemann, Aufgaben und Bedeutung der Friedensforschung. Ansprache be der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens-

- und Konfliktforschung, Bonn 28. Oktober 1970. In: Ders., Reden u. Interviews 2, Bonn 1971, S. 35.
- 26 Knud Fabricius, Tidsrummet 1805-1864. In: Sønderjyllands Historie, Bd. 4, København o. J., S. 374 ff.
- 27 Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 13 u. S. 30.
- 28 Jürgen Jensen, Jörn-Peter Leppien, Ingwer Ernst Momsen. Hans Friedrich Rothert Vorschläge für eine aktivere, effektivere und transparente Arbeit der Gesellschaft in Schleswig-Holsteinische Geschichte, Mskr., 6 Seiten, Kiel, 20. 7. 1977.
- 29 Sammlung Idstedt, 21. 6. 1978.
- 30 Während eines Telefongesprächs sagte Struve einem der Autoren (J-K), dieser werde im Falle der Veröffentlichung des Manuskripts auf seinem beruflichen Weg als Landesbeamter mit Benachteiligungen zu rechnen haben.
- 31 Kopie in der Sammlung Idstedt. „Die Schleswig-Holsteiner“, so heißt es hier (S. I) „mußten an diesem Tage [25. Juli 1850] von den Vorstellungen einer Loslösung der Herzogtümer von Dänemark und einer Bindung an ein geeintes, freies Deutschland Abschied nehmen.“ Geblieben sei „dennoch das Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit und einer Einheit, die sich in dem Tag von Idstedt symbolisch verkörperte...“
- 32 Sammlung Idstedt, Radtke an Struve, Kopie, 13. 7. 78.
- 33 Durchschlag der Notiz in der Sammlung Idstedt.
- 34 Ebenda.
- 35 Sammlung Idstedt, Radtke an Rothert, 25. 7. 1978.
- 36 Sammlung Idstedt, MJ-K, J-PL, HFR an Struve, 16. 8. 1978, Durchschlag.
- 37 Sammlung Idstedt, MJ-K, J-PL, HFR an Dr. Struve, 19.10. 1978, Durchschlag.
- 38 Ebenda, MJ-K, J-PL, HFR an Dr. Schmidt, 16. 8. 1978, Durchschlag
- 39 Tatsächlich war Schmidt 1971, einem Ausschluss zuvorkommend, aus der FDP ausgetreten. Der Hauptgrund seines Zerwürfnisses mit seiner Partei ist darin zu sehen, dass diese sich für eine Koalition mit der SPD Jochen Steffens, des ‚roten‘ Jochen, entschieden hatte. Während des Wahlkampfes trat Schmidt als Gegner seiner eigenen Partei auf.
- 40 Sammlung Idstedt, 31.8. 1978.
- 41 Sammlung Idstedt, MJ-K, J-PL, HFR an Dr. Schmidt, 13. 9. 1978, Durchschlag.
- 42 Schleswig-Holstein-Tag 1978, Programmheft, S. 1.

- 43 Ebenda, S. 2.
- 44 Schleswiger Nachrichten, 16.9. 1978.
- 45 Tilmann Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1990.
- 46 Zur Position der seit 1953 erscheinenden Grenzfriedenshefte: Eysholdt, Im Spannungsfeld, S. 123-133. Siehe auch die Beiträge von Siegfried Matlokund Ulrich Küsel sowie von Lars N. Henningsen. In: GFH 1/2000, S. 35 ff. u. S. 39 ff. anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Grenzfriedensbundes.
- 47 Jörn-Peter Leppien, Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866. Eine kritische Bestandsaufnahme „traditioneller“ Geschichtsauffassungen am Beispiel Wilhelm Klüver. In: GFH 4/1972, S. 195-203 u. 1/1973, S. 24-34.
- 48 GFH 4/1971, mit Beiträgen auch zur historischen Friedensforschung, u. a. von Reimer Hansen; der Aufsatz von Gerhard Beier, Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande ist erneut abgedruckt. In: GFH 1/2001, S. 59-66.
- 49 M. Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, HansF. Rothert, Das Problem Idstedt. In: GFH 3/1979, S. 140-152; Wiederabdruck: M. Jessen-Klingenberg, Standpunkte zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. v. Reimer Hansen u. Jörn-Peter Leppien, Malente 1998, S. 205-216.
- 50 Klaus-J. Lorenzen-Schmidt verkennt die weitreichende wissenschaftliche und politische Relevanz der Forschungsleistung Alexander Scharffs zur nationalen Problematik, wenn er in dem Artikel über „Geschichtsschreibung“ im neuen Schleswig-Holstein Lexikon, S. 171, mit dem Blick auf andere Forschungsgebiete bemerkt, von Scharff und den übrigen Inhabern des Lehrstuhls seien nach 1945 „wenig neue Impulse“ ausgegangen.
- 51 Sammlung Idstedt, 29. 10. 1979.
- 52 Sammlung Idstedt, 30. 10. 1979.
- 53 Sammlung Idstedt, 25. 10. 1979.
- 54 Zum Teil recht ausführliche schriftliche Stellungnahmen sandten außerdem: Prof. Dr. H. Boockmann, R. Borzikowski, Prof. Dr. Friedland, Dr. A. Graßmann, Prof. Dr. R. Hansen, Dr. K.-J. Lorenzen-Schmidt.
- 55 Sønderjysk Månedsskrift 5/1980, S. 136-137.
- 56 Gedruckt in: Schleswig-Holstein 7/1981, S. 4-8. Hauser hielt diesen Vortrag an mehreren Orten, so auch am 2. 6. 1981 bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte in

- Rendsburg. Nachruf auf Prof. Hauser von Kai Detlev Sievers. In: Zeitschr. d. Ges. f. Schl.-Holst. Gesch. 114 (1989), S. 9-1 1.
- 57 Damit waren in erster Linie die drei Autoren gemeint, die gewiss nicht mehr jung oder jünger waren, aber von längst pensionierten Kontrahenten gern so eingestuft wurden, sicherlich nicht in schlechter Absicht.
- 58 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Hans F. Rothert, Gedanken zu Aufgaben und Verantwortung des Landeshistorikers, In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (MSHG) 12 (1982), S. 34-38.
- 59 Reimer Hansen, Ein Vortrag über Heinrich Rantzau als Politiker, In: Schleswig- Holstein 1971, S. 8.
- 60 O. Hauser, Idstedt, S. 8. Eben diesen vermeintlichen Fehler hatte Hauser den drei Autoren vorgehalten.
- 61 Wie Anm. 58, S. 37-39.
- 62 Ebenda, S. 38.
- 63 MSHG, Hefte 13-17, erschienen in der Zeit vom August 1982 bis zum Dezember 1983. - Wenig ergiebig war indessen die erste Reaktion, ein Offener Brief von Hubertus Neuschäffer (MSHG 13, 1982, S. 22-23), der den Autoren vorwarf, sie hätten Prof. Hauser diffamiert. Da N. zur Sache nichts beigetragen hatte, konnten sich die Autoren mit einer sehr knappen Erwiderung (ebenda, S. 24) begnügen.
- 64 Reimer Hansen, Objektivität und Gegenwartsbezug historischer Erkenntnis. Grundsätzliche Anmerkungen zur Diskussion über das Problem Idstedt. In: MSHG 14(1982), S. 20-27; ders., Das „Problem Idstedt“ in der historischen Urteilsbildung, In: MSHG 16 (1983), S. 29-35.
- 65 Oswald Hauser, Noch einmal zum Problem Idstedt. Eine Erwiderung, In: MSHG 16 (1983), S. 24-27.
- 66 MSHG 15 (1983), S. 4L
- 67 Fridtjof Löding, Theodor Storni und Klaus Groth in ihrem Verhältnis zur schleswig-holsteinischen Frage. Dichtung während einer politischen Krise, Neumünster 1985.
- 68 Ebenda, S. 157.
- 69 Das Problem Idstedt, S. 143.
- 70 Löding, S. 158-159.
- 71 Löding, S. 159, hochdeutsch: „Daß daraus nichts anderes werden konnte als eine Menschenschlachtereie, wußten sogar die, die es angingen.“
- 72 Gerd Stolz, Die schleswig-holsteinische Erhebung. Die nationale Aus-

- einandersetzung in und um Schleswig-Holstein von 1848/51 mit einem Beitrag von Inge Adriansen, hrsg. von der Idstedt-Stiftung, Husum 1996.
- 73 Ebenda, S. 159.
- 74 Ebenda, S. 183.
- 75 Ebenda.
- 76 Ebenda, S. 187.
- 77 Gerd Stolz (Hrsg.), Der Kampf um Friedrichstadt im Jahre 1850, mit Beiträgen von Inge Adriansen, Karl Michelson und Gerd Stolz, Husum 2000. Dieses Buch ist ebenso wie der „Vorgängerband“ über die Erhebung (Anm.72) deutlich vom Idstedt-Beitrag der drei Autoren (1979) inspiriert, ohne dass dieser in den Literaturverzeichnissen genannt wird.
- 78 Inge Adriansen, Reflexionen über den Kampf um Friedrichstadt, ebenda. S. 141-154.
- 79 GFH 1/2001, S. 3-16.
- 80 Der Idstedt-Löwe. Ein nationales Denkmal und sein Schicksal, hrsg. von Mikkelsen, Hattstedt, Schleswig und dem Südschleswigschen Museumsverein, Heming 1993.
- 81 Reimer Witt, Idstedt - ein Mythos im Wandel. In: GFH 2/2000, S. 115-126.
- 82 Ebenda, S. 125.
- 83 Flensburger Tageblatt, 11.7. 1981.
- 84 Flensburger Tageblatt, 10. 5. 2001.
- 85 Schleswiger Nachrichten, 23. 3. 1979.
- 86 Schleswiger Nachrichten, 6. 3. 1981 und 27. 7. 1983.
- 87 Flensburger Tageblatt, 20. 5. 1998.
- 88 Flensburger Tageblatt, 10. 5. 2000.
- 89 Berlingske Tidende, 26. 7. 2000. Deutsche Übersetzung in: GFH 3/2000, S. 261 f.
- 90 So der Titel eines Aufsatzes von Rene Rasmussen über die Auseinandersetzungen um das Historiecenter Dybbøl Banke. In: GFH 3/2000, S. 151-177. Erneut abgedruckt unter dem Titel: Slaget om Dybbøl Banke. En øjenvidneskildring af kampen om Historiecenter Dybbøl Banke udvidelsesplaner. In: FortidogNutid 3/2000, S. 171-198.
- 91 Siehe Anm. 80.
- 92 Flensborg Avis, 24. 4. 1978
- 93 Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete kürzlich auch der Vorsitzende der SPD- Kreistagsfraktion, Ingo Degner (Flensborg Avis, 17. 2. 2001). Der Kreispräsident Johannes Petersen betonte, es werde bei

der Neukonzeption der Gedächtnishalle „besonderer Wert auf die Einbindung der dänischen Perspektive... gelegt.“ (Flensburg Avis, 2. 3. 2001).

- 94 So der Titel eines zweisprachigen Prospekts der deutschen und dänischen Museen der Grenzregion.
- 95 Für ein solches Konzept hat sich auch die Museumsinspektorin (Museet på Sønderborg Slot) Dr. Inge Adriansen ausgesprochen (Flensburger Tageblatt, 18. 12. 2000)

Die Grenze in den Köpfen

Beobachtungen, Erfahrungen und Gedanken eines

Grenzgängers von GERRET LI EBING SCHLABER

Der Historiker Gerret Liebing Schlaber (Jahrgang 1971) ist den Lesern der Grenzfriedenshefte als Übersetzer diverser Beiträge aus dem Dänischen und auch als Verfasser kein Unbekannter. Er besuchte die Goetheschule in Flensburg, hatte aber schon früh gute Kontakte auch zur dänischen Minderheit und nach Dänemark. Nach dem Studium in Kiel und Odense war er im Archiv der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg tätig; zur Zeit arbeitet er als Stipendiat an der Syddansk Universitet Odense an seiner Dissertation. Er ist mit einer Dänin verheiratet und lebt in Hadersleben.

Man muss nicht alle Beobachtungen und Auffassungen des Verfassers teilen, um seinen „Zwischenruf“ als konstruktiven Denkanstoß eines „Grenzgängers“ zu verstehen, der sich südlich wie nördlich der Grenze zu Hause fühlt. Natürlich ist in den Grenzfriedensheften eine Debatte über den Beitrag oder einzelne seiner Thesen hochwillkommen.

Die Redaktion

Vertreter beider Seiten betonen wieder und wieder, wie gut das deutsch-dänische Verhältnis ist. Die Lösung für die nationalen Minderheiten gilt als vorbildlich, und die gute Nachbarschaft wird als selbstverständlich angesehen, nicht zuletzt durch die enge Zusammenarbeit beider Staaten in vielen internationalen Organisationen und auf vielen weiteren Ebenen. Jüngste Höhepunkte sind die Errichtung eines gemeinsamen Regionalrates 1997 und das Inkrafttreten des Schengener Abkommens am 25. März 2001. Fortschritte und Erfolge sind nicht zu leugnen. Sie dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die Realität im schleswigschen Grenzland oft sehr viel nüchterner aussieht. Dies wird wohl am ehesten denjenigen bewusst, die auf beiden Seiten der Grenze zu

Hause sind, wie der Verfassen dieses Beitrages. Es gibt weiterhin Gegensätzlichkeiten, die den Alltag erschweren. Neben den vielen praktischen Problemen (Verkehr, Sozialwesen, Steuersystem uvm.) betrifft dies auch das, was man als „Grenze in den Köpfen“ bezeichnen könnte. Im Folgenden möchte der Verfasser, nicht zuletzt gestützt auf eigene Erfahrungen, versuchen aufzuzeigen, wo noch besonderer Handlungsbedarf besteht. Keineswegs sollen auf diese Weise die erreichten Erfolge in Abrede gestellt, die Verhältnisse im Grenzland allgemein in düsteren Farben ausgemalt oder die genannten Negativ-Beispiele auf alle Deutschen bzw. Dänen bezogen werden.

Einseitige Orientierung

Auch wenn die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bald 50 Jahre alt werden, der EG/EU-Beitritt Dänemarks bald 30 Jahre zurückliegt: Nord- und Südschleswig haben sich weiter auseinander entwickelt. Der seit langem starke Zentralismus in Dänemark und die Orientierung nach Süden in Deutschland beschleunigen diese Entwicklung. Die beiden schleswigschen Landesteile sind ab 1920 feste Bestandteile ihrer unterschiedlichen Nationalstaaten geworden. Selbst aus der Luft ist inzwischen deutlich zu erkennen, wie verschieden die beiden Landesteile geworden sind, weil die Strukturveränderungen der Landwirtschaft sich auch auf das Landschaftsbild ausgewirkt haben.¹

Diese Entwicklung manifestiert sich auch im Gebrauch des Namens der Region. So hat sich die Bezeichnung *Sønderjylland* im Dänischen vollständig durchgesetzt, womit-historisch unkorrekt-heute aber nur der nördliche Teil gemeint ist. Zwar ist diese Bezeichnung recht alt, doch wird dadurch die Zugehörigkeit zu Jütland betont, ohne der eigenen Geschichte Rechnung zu tragen. Der Name *Slesvig* ist als angeblich „deutsche Fremdbezeichnung“ heute weitgehend aus dem dänischen Sprachgebrauch nördlich der Grenze verschwunden, doch nennt man den südlichen (deutschen) Landesteil *Sydslesvig*.² Im deutschen Sprachgebrauch heißt der nördliche Landesteil *Nordschleswig*, der südliche hinge-

gen wird in der Regel als Teil eines einheitlichen *Schleswig-Holstein* betrachtet, nur selten eigenständig erwähnt und dann bestenfalls als *Landesteil Schleswig* bezeichnet. Weit häufiger als *Nordschleswig* und *Sydslesvig* sagen die Bewohner der Grenzlandes allerdings schlichtweg *Dänemark* und *Tyskland*, wenn sie von der Nachbarregion oder auch nur von einem einzelnen Ort auf der anderen Seite der Grenze sprechen. Die Grenze ist konkret!

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Mobilität in der Bevölkerung immer größer geworden. Davon wurde das schleswigsche Grenzland vor allem in zweierlei Hinsicht nachteilig betroffen. Zum einen gilt die Region als strukturschwaches Randgebiet, fern von den Zentren, recht dünn besiedelt und mit einem zu geringen Arbeitsplatzangebot - wobei die Lage in Nordschleswig vor allem im Osten etwas günstiger ist. Besonders junge Leute sehen sich dazu gezwungen, die Region zu verlassen. Zum anderen wirkt die Grenze als bevölkerungspolitische Barriere. Die Abwanderer verlassen die Region nur in eine Richtung, und umgekehrt kommen Zuzügler fast nur aus anderen Teilen des jeweiligen Nationalstaats. Dadurch wird die Orientierung noch einseitiger.

Um vielen Menschen Arbeit im Nachbarland zu geben und sie im Land zu halten, arbeiten die Arbeitsämter der Region neuerdings enger zusammen. Doch bis dieses sehr sinnvolle Projekt wirklich mit Leben gefüllt werden kann, wird noch einige Zeit vergehen. Der Wirtschaft muss die grenzüberschreitende Arbeit gesetzlich erleichtert werden. Und eine starke Hemmschwelle bei der Vermittlung von Arbeitskräften bildet das Sprachproblem.

Sprachliche Verständigungsschwierigkeiten

Ein zentrales und dennoch immer wieder unterschätztes Hindernis deutsch-dänischer Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist das Sprachproblem. Abgesehen selbstverständlich von den Angehörigen der Minderheiten ist Einsprachigkeit heute die Regel. Auf deutscher Seite sieht es mit den Kenntnissen der Nachbarsprache besonders schlecht aus. Zwar wird Dänisch an recht vielen Realschulen in Südschleswig angeboten, allerdings nur an wenigen Gymna-

sien und dort frühestens als dritte Fremdsprache. Gegen den Dänischunterricht ist oft „argumentiert“ worden, dass die Dänen sowieso alle Deutsch könnten und dass Dänisch eben keine Welt-sprache sei. Es mag sein, dass viele über die Gewichtigkeit dieser „Argumentation“ inzwischen anders denken. Doch geschehen ist nichts. Dabei können schon geringe Dänischkenntnisse viele dänische Türen öffnen!

Umgekehrt hört man immer wieder, dass das Interesse an Dänischkursen südlich der Grenze in den letzten Jahren erheblich zugenommen habe.³ So erfreulich diese Tatsache an sich ist, darf man nicht verkennen, dass es von der Teilnahme an einem Abendkurs bis zur tatsächlichen Anwendung des Gelernten noch ein weiter Weg und der Lernerfolg oft gering ist. Nicht erhaltenen frühzeitigen Sprachunterricht kann man schwerlich durch Abendkurse im Erwachsenenalter ausgleichen.

Wesentlich besser sieht es auf dänischer Seite auch nicht aus. Zwar ist Deutschunterricht von der siebten bis zur neunten Klasse obligatorisch. Doch gerade in der jüngeren Generation hat das Interesse für die Nachbarsprache spürbar nachgelassen. Als dänisch verheirateter deutschsprachiger „Grenzgänger“ erlebe ich es immer wieder, dass unsere deutschen und dänischen Freunde und Verwandten kaum unter einen Hut zu bringen sind, sie kaum direkt miteinander reden können. Und selbst Nordschleswigs junger Amtsbürgermeister Carl Holst bescheinigt der deutschen Sprache eine „geschwächte Position“ in der Mehrheitsbevölkerung.⁴ Dennoch steht es mit der Sprachfähigkeit auf dänischer Seite besser als südlich der Grenze. Bei gemeinsamen Veranstaltungen muss meistens deutsch gesprochen werden. Dieses einseitige Entgegenkommen ist dem Bild von den Deutschen auf dänischer Seite natürlich nicht förderlich.

Es bliebe natürlich noch die Möglichkeit, die auf beiden Seiten obligatorische Allerweltssprache Englisch als Verständigungsmittel zu nutzen, wie es Carl Holst und Heide Simonis miteinander tun.⁵ Doch ist dies im allgemeinen eher mit Skepsis zu betrachten, denn in einer „lingua franca“ mit anderen Denkklichses wird man sich nur oberflächlich verständlich machen können, diese würde immer bestenfalls Geschäftssprache bleiben. Im übrigen würde dies eine

Schwächung der regionalen Eigenheiten bedeuten - und der viel-sprachigen Region ein Armutszeugnis ausstellen.

Fazit: Die sprachliche Verständigung ist ein wichtiger Schlüssel zur Zusammenarbeit über die Grenze hinweg. In einem grenznahen Gebiet sollte es obligatorisch sein, die Nachbarsprache an allen weiterführenden Schulen erlernen zu können. Hier ist es in erster Linie Aufgabe der Kieler Landesregierung, die nötigen Planstellen dafür zu schaffen. Diese Investition ist einer der notwendigsten Schritte für die öffentlich oft beschworene gemeinsame Zukunft des Grenzlandes.

Beiderseitige Unwissenheit

Das mangelnde Sprachverständnis verstärkt ein weiteres, eigentlich banales Problem im deutsch-dänischen Umgang miteinander: die Unwissenheit über die Verhältnisse auf der anderen Seite. In unserem aufgeklärten Zeitalter mag es zunächst kaum glaubhaft erscheinen, dass dies ein Problem sein soll. Und dennoch ist es immer wieder erschütternd festzustellen, wie wenig viele Menschen - auch im Grenzgebiet - vom Nachbarland wissen und wie oft alte Klischees das Bild bestimmen. Das Wissen über die Nachbarn scheint sich oft auf die Touristenperspektive zu beschränken, wie es einige alltägliche Erfahrungen des Verfassers im Folgenden belegen können.

Erschreckend ist oft der Stand des Allgemeinwissens über das Nachbarland. Wiederholt habe ich es in Flensburg erlebt, dass selbst die Großstädte Arhus und Odense (obwohl näher als Hamburg) vielen nicht bekannt sind. Selbst Jütland scheint vielen kein Begriff zu sein. Und bei meinem Umzug in das nur 53 km entfernte Hadersleben musste ich oft beschreiben, wo dieser rätselhafte Ort denn nun liegt. Was es mit Düppel auf sich hat oder warum die jütische Westküste bis hinunter nach Röm mit Bunkern verunziert ist, ist zumeist ebenfalls unbekannt. Auf dänischer Seite sieht es nicht besser aus. Zwar ist Flensburg den meisten als Einkaufsstadt bekannt, doch über das Umland wissen viele genau so wenig wie über die lange dänisch-gesamtstaatliche Geschichte der Fördestadt und die Tatsache, dass es dort eine dänische Minderheit

gibt. Und manch einer wundert sich, dass man dort „Rundstykker“ bekommt und Bente oder Kirsten heißen kann. Der Begriff „Deutsch“ ist im Dänischen auch in banalen Dingen häufig negativ besetzt: so ist ein großes, etwas behäbig wirkendes Fahrrad ein „Tysker cykel“, ein steifer Anzug sieht „tysk“ aus, ebenso zu langes Haar bei Männern, verkitschter Baustil oder unhandliches Design uvm. Überhaupt scheint ein undifferenziertes Deutschlandbild die Regel zu sein - wovon unten noch die Rede sein wird. Bezeichnend ist, dass die Interregio-Züge von Fredericia nach Hannover in dänischen Anschlusszügen und auf dänischen Bahnhöfen meist nur als Zug „til det sydlige udland“ bezeichnet werden.

In den meisten Kartenwerken sind Karten üblich, die an der Grenze einen rabiatischen Schnitt machen oder den gezeigten Teil des Nachbarlandes stark vereinfacht darstellen.⁶ Über Geografie, Geschichte und Kultur des Nachbarlandes weiß man oft wenig, und das betrifft gerade die Jugend. Die in diesem Abschnitt zitierten noch recht harmlosen Beispiele stammen fast ausschließlich aus eigenen Erlebnissen mit jungen und durchaus gebildeten Leuten.⁷ Hier sind vor allem die für die Lehrpläne verantwortlichen Gremien gefragt, das Wissen über das Nachbarland zu fördern, aber auch die Medien.

Wenig tägliche Information

Von den beiden Zeitungen der Minderheiten (Flensborg Avis und Der Nordschleswiger) abgesehen, berichten die Medien nur spärlich über die Verhältnisse auf der jeweils anderen Seite der Grenze. Einige Zeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages (sh:z) haben zwar seit gut drei Jahren eine Rubrik „Schleswig/Sønderjylland“, doch über die Verhältnisse auf der anderen Seite erfährt man in der Regel wenig. Oft werden hier nur wenig interessante Berichte anderer südschleswigscher Lokalredaktionen gebracht. Im übrigen ist die Rubrik sehr unscheinbar platziert und nimmt ohnehin selten mehr als eine Viertelseite ein. Nicht besser sieht es beim nördlichen Pendant des „sh:z“ aus. „Jydske Vestkysten“ hat in ganz Nordschleswig und Südwestjütland das regionale Monopol. Die Zentralredaktion hat ihren Sitz in Esbjerg, also

schon recht weit von der Grenze entfernt. In „Jydske Vestkysten“ erfährt der Leser wenig über die Verhältnisse südlich der Grenze. Von seltenen Einzelbeiträgen abgesehen,⁸ gibt es in der Grenzland-Ausgabe lediglich eine wöchentliche Rubrik mit Kurzmeldungen.

Die lokale wie die überregionale Presse geht in der Regel von den oben beschriebenen starren Deutschland- bzw. Dänemark-Bildern aus. So wurden z. B. die Endspiele um den EHF-Cup 1997 zwischen Virum Sorgenfri und der SG Flensburg- Handewitt in der Boulevardzeitung „Ekstra Bladet“ als Kampf „armer Schweine gegen Millionäre“ bezeichnet.⁹ Solche Blätter werden auch im Grenzland gelesen - und die plumpen, oft unterschwelligten Botschaften verfehlen ihre Wirkung nicht. In Funk und Fernsehen sieht es kaum besser aus. Auch hier sind die Programme national ausgerichtet. Nachrichten aus dem Nachbarland gibt es kaum, weder in „TV Syd“ noch im „Schleswig-Holstein-Magazin“, und die wenigen gemeinsamen Sendungen fristen ein Randdasein. Die Redakteure sollten mutiger und verantwortungsbewusster sein, indem sie täglichen Nachrichten und Berichten von der anderen Seite der Grenze mehr Raum geben.

Dänische Ängste und Vorbehalte

In welcher dumpfer Form antideutsche Ressentiments weiterhin vorhanden sind, hat sich am extremsten in der Debatte um die Errichtung des Regionalrates und der (Euro-)Region 1997 gezeigt. Als besonders augenfälliges Beispiel sei hier die Klipleffer Pastorin Britt Tryde Haarløv zitiert, die in einem Artikel in der überregionalen Tageszeitung „Jyllands-Posten“ die Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Gefahr für das Dänentum ausmalte,¹⁰ weil dadurch angeblich der deutsche Einfluss sehr schnell überhand nehmen würde. So warnte sie vor dem deutschen Bürokratismus,¹¹ betonte die Natur des Menschen, sein Territorium zu verteidigen¹², und beschwor die böse deutsche Vergangenheit. Gipfel der Ausführungen war allerdings die Bemerkung, dass Flensburg „Lebensraum im Norden“ benötigte, wobei der deutsche Ausdruck in Anlehnung an die nationalsozialistische „Lebensraum-

Politik“, die eine der ideologischen Grundlagen für den Angriffskrieg im Osten bildete, benutzt wurde.¹³ Eine undifferenzierte Gleichsetzung alles Deutschen mit dem Nazismus ist im übrigen gerade bei jungen Leuten verbreitet. Das bekommen selbst Mitglieder der dänischen Minderheit in Südschleswig mitunter in Dänemark zu spüren.¹⁴ Auch der Verfasser dieser Zeilen hat mehrfach den Spruch „Arbeit macht frei“ - der Spruch über dem Eingang des Vernichtungslagers Auschwitz! - zu hören bekommen, wenn er z.B. im Zug deutsch sprach. Solcherlei Aussprüche haben allerdings nichts damit zu tun, dass die schlimmen Seiten der deutsch-dänischen Geschichte auch die junge Generation geprägt haben, wie es Britt Tryde Haarløv in ihrer Argumentation hervorbringt.¹⁵ Es zeugt viel mehr von einem geringen Geschichtswissen und blinden Vorurteilen.

Schlimmster Tiefpunkt der Regions-Debatte 1997 waren Sachbeschädigungen am Eigentum regionsfreundlicher Politiker wie Kresten Philipsen und Amtsdirektor Finn Hansen und eine terroristische Drohung, die nicht nur gegen den Amtsbürgermeister gerichtet war. Der anonyme Schreiber kündigte an, auf alle deutschen Schulen und Kindergärten Bombenanschläge zu verüben und auf deutsche Touristen zu schießen, sobald die Region institutionalisiert würde.¹⁶ Auch wenn derartige Entgleisungen Einzelfälle sein mögen und auf einhellige Empörung stoßen, zeigt sich hier die pauschale Abneigung gegen alles Deutsche, die in Dänemark weit verbreitet ist. Eine Grundlage dafür ist die Angst vor dem großen Nachbarn, die sich seit der Erfahrung von 1864 (und 1940-45) immer weiter fortgesetzt hat.¹⁷ Die Menschenkette zum „Schutz der Grenze“ am 10.5.1997 mit der anschließenden Kundgebung, bei der unter anderem das Lied „Det haver så nyligen regnet“ gesungen wurde, ist ein weiterer Ausdruck dafür.¹⁸ Dies hat auch damit zu tun, dass im Unterricht an den Heimvolkshochschulen, aber auch an normalen Schulen, bis in die 1970er Jahre hinein in erster Linie ein nationales Wir-Gefühl Kern der Vermittlung war, wobei zumindest indirekt ein deutsches Feindbild vermittelt wurde, denn dem Komplex von 1864 kam eine zentrale Funktion bei der Bildung des dänischen Nationalbewusstseins zu.¹⁹ Und wie stark dieses ist, zeigt sich nicht nur in dem wohl weltweit einmaligen Kult um die Staatsflagge,

sondern auch in der verbreiteten Überzeugung, in allen Bereichen das Beste zu haben. Der Europapolitiker und frühere Minister Bertel Haarder bescheinigte seinen Landsleuten, „Weltmeister im Dänischsein“ sein zu wollen.²⁰ Auch die verbreitete Skepsis gegenüber der EU mischt sich oft mit anti-deutschen Vorbehalten. Dazu gehört die bereits erwähnte Angst vor bürokratischer Bevormundung, wobei übersehen wird, dass die dänische Bürokratie oft nicht besser ist.²¹ Überhaupt ist die klare, geradezu isolationistische Gruppen-

Abgrenzung prägend für das dänische Nationalbewusstsein. Möglicherweise wird dies auch in der Schule geprägt, wo die Kinder in der Regel von der ersten bis zur neunten Klasse dieselbe Klasse besuchen. Die zentralen Werte wie Geborgenheit, Harmoniestreben, Zusammenarbeit, soziale Verantwortung und Gemeinschaftsgefühl bleiben dabei oftmals auf die eine eigene Klasse beschränkt.²²

Deutsche Vorstellungen und Klischees

Doch auch auf deutscher Seite treten manchmal Vorbehalte zu Tage. Sie scheinen größtenteils ein Problem der älteren Generation zu sein. Zu den markantesten Beispielen der letzten 20 Jahre gehören die Angriffe auf die dänisch orientierte Gratis-Zeitschrift „Slesvigland“, die von deutscher Seite mit dem hässlichen Unwort der „Kulturoffensive“ gebrandmarkt, als „eiderdänisches Kampfblatt“ und „dänische Propagandazeitschrift“ bezeichnet wurde und deren Redaktion sogar „den Nationalsozialisten ähnlich[e]“ Anschauungen, „eifernder Nationalismus“ und „Grenzverschiebungsträume“ vorgeworfen wurden.²³ Weitere Beispiele sind die Vorbehalte gegen das dänisch geführte Danewerk-Museum²⁴ sowie die Proteste gegen die Rückkehr des Ildstedt-Löwen nach Flensburg, wobei selbst eine Ausstellung über den Löwen im Flensburger Stadtmuseum manchem ein Dorn im Auge war;²⁵ nach einer öffentlichen Debatte am 15. September 1992 machte selbst die liberale Zeitung „Politiken“ den „Mief des Dänenhasses“ aus.^{25a}

Diese Beispiele zeigen, dass auch kleinere Angelegenheiten als Provokationen aufgefasst werden und nationale Emotionen aufwal-

len können. Doch scheinen solche kulturell-historisch bedingten Verstimmungen inzwischen eher das Problem einer schrumpfenden Minderheit zu sein. Die historisch nicht begründete Furcht vor dänischer Dominanz ist vor dem Hintergrund zu erklären, dass man das schleswig-holsteinische Kultur- und Geschichtsbewusstsein für zu schwach hält.

Das Geschichtsbewusstsein ist auf deutscher Seite tatsächlich geringer als auf dänischer Seite. Deshalb haben sich die alten Vorstellungen der nationalen schleswig-holsteinischen Geschichtsschreibung zum Teil bis heute gehalten, obwohl die Forschung seit Jahrzehnten andere Wege geht. So hat man vielfach bis heute nicht zur Kenntnis genommen, dass die beliebte „inoffizielle Landeshymne“ „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ subtil dänenfeindlich ist und bei ihrer Entstehung in den 1840er Jahren nicht unwesentlich zum Entstehen des nationalen Gegensatzes beigetragen hat.²⁶

Ein weitaus größeres Problem ist es, dass es vielen schwer zu fallen scheint, den Blick ganz selbstverständlich auch nach Norden zu richten. Statt dessen starrt man einseitig auf den fernen Süden und jammert über die Abgelegenheit und die geringe Bedeutung, die das schleswigsche Grenzland im gesamtdeutschen Maßstab hat. Dass Flensburg nach dänischem Maßstab eine Großstadt ist, sieht man dadurch erst gar nicht. Das „Tor zum Norden“ steht für viele am Ende einer Sackgasse, die durch die Grenze markiert wird.

Ein Kernproblem ist es, dass die deutsche Seite den vermeintlich „lieben kleinen Nachbarn“ im Norden oft nicht ernst nimmt! Viele Deutsche empfinden die Verhältnisse in Dänemark als angenehm entspannend. Das hat natürlich eine Kehrseite: Viele Dänen- besonders jüngere- finden den täglichen Umgang in Deutschland verkrampft, so etwa durch den distanzierteren Umgang und Tonfall, „korrekte“ Kleidung, das „Sie“, spürbare Hierarchien an Schulen und Hochschulen samt Titelgeltung usw.²⁷ Übrigens kann der Verfasser aus eigener Erfahrung bestätigen, dass der tägliche Umgang im Dänischen tatsächlich wesentlich lockerer und unverkrampfter ist als in deutschen Verhältnissen, und das gilt für alle Lebensbereiche. Es lohnt sich, als Deutscher daraus seine Schlüs-

se zu ziehen ...

Auch wenn das deutsche Dänenbild heute überwiegend positiv ist, ist im Umgang mit den Dänen eine besondere Behutsamkeit angebracht. Jedwede unachtsame Überheblichkeit muss vermieden werden. Es ist wichtig, die dänische Sichtweise hinter dem, was der Tourist sieht, zu erkennen und ernst zu nehmen. Die deutsche Seite sollte sich im Grenzland immer bewusst sein, dass sie für die zahlenmäßig bei weitem größere Nation steht.

Alltägliche Grenz-Schwierigkeiten

Die Probleme im Grenzland beschränken sich nicht auf die beschriebenen mentalen, sprachlichen und politischen Unterschiede. Es gibt noch immer reichlich Schwierigkeiten, die den Alltag komplizierter machen und oft durch die oben genannten Punkte verstärkt oder sogar bedingt werden. Immerhin scheint sich die Politik dessen langsam stärker bewusst zu werden.

Im Medizinalwesen hat sich bereits einiges gebessert. So kann der Rettungsdienst jetzt grenzüberschreitend arbeiten, und nord-schleswigsche Krebs-Patienten können eine Strahlentherapie statt im weit entfernten Universitätsklinikum Odense nun auch im Flensburger St. Franziskus-Hospital erhalten. Auch können Grenzpendler durch eine Krankenversicherungs-Übereinkunft auf beiden Seiten der Grenze ohne Mehrkosten medizinische Behandlung erhalten. Anderes bleibt zu wünschen übrig: So ist Nordschleswig insgesamt sehr dünn mit Fachärzten ausgestattet, doch eine Behandlung südlich der Grenze wird von der kommunalen Krankenversicherung nicht getragen. Auch eine verbesserte Zusammenarbeit der Krankenhäuser könnte die Verhältnisse erleichtern.

Die bereits erwähnte beiderseitige Bürokratie bereitet Probleme. Das gilt zum Beispiel für die unterschiedlichen Steuerverhältnisse, die vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit hemmen. Die sehr verschiedenen Steuer- und Sozialgesetze, die Regelung des Arbeitsmarktes und unterschiedliche Gewerbebesetze machen eine Arbeit auf beiden Seiten der Grenze schwer. Auch Versicherungen enden meist an der Grenze. Das Steuer-, Finanz- und Sozialwesen ist zentralstaatlich geregelt, so dass Ausnahmen schwer

möglich sind.

Im Postwesen hat es erhebliche Verschlechterungen gegeben. Auch ein Brief von Harrislee nach Pattburg gilt als Luftpost und muss dank der zentralisierten Strukturen beider nationaler Postgesellschaften einen weiten Umweg nehmen. Dies hat zu erheblichen Verzögerungen zur Folge. Zum anderen ist - von deutschen Standardbriefen abgesehen - Auslandspost auf beiden Seiten erheblich teurer, vor allem bei größeren Sendungen. Firmen und Institutionen, die grenzüberschreitend arbeiten, bleibt da nur noch die Einrichtung eines Postschließfachs auf der anderen Seite - und der eigenhändige Transport der Post über die Grenze.

Ein besonders prekäres Beispiel für Rückschritte ist der Eisenbahnverkehr. Gab es im Fahrplan 1995 zwischen den Grenzbahnhöfen Flensburg und Pattburg noch 16 Zugpaare täglich,²⁸ wurde der grenzüberschreitende Verkehr ausgerechnet im Zuge der lange erwarteten Elektrifizierung und der Eröffnung der Brücke über den Großen Belt rabiat eingeschränkt. Mit nur noch fünf Zugpaaren täglich, von denen die vier (jetzt drei) Interregio-Züge überhaupt nicht in den dänischen Fahrplan integriert sind,²⁹ wurde 2000/2001 ein nicht mehr zu unterbietender Tiefpunkt erreicht. Die langen Wartezeiten in Pattburg, durch den Lokomotivwechsel wegen der unterschiedlichen Stromsysteme bedingt, bereiten den Fahrgästen zusätzliche Schwierigkeiten.¹⁰ Hinzu kommt das Problem, dass es für den Fahrgast keine Informationen über etwaige Vergünstigungen auf der anderen Seite der Grenze gibt. Durch die schlechten Verbindungen über die Grenze bleibt DSB- Reisenden mit dem Ziel Flensburg vor allem abends nur die Möglichkeit, sich im fast 20 km entfernten Tingleff abholen zu lassen. Dem Wiedereinsatz zweier Intercity-Züge zwischen Flensburg und Arhus 2001 stehen weitere Kürzungen gegenüber.

Nur wenig besser sieht es im Busnetz aus. Die Verbindung zwischen Tondern und Niebüll ist langsam und umständlich. Flensburg hat (mit Umsteigen in Krusau) zwar fast stündliche Verbindungen mit Apenrade und Gravenstein-Sonderburg, doch alle weiteren Verbindungen sind meist ebenfalls mit langen Wartezeiten und Umwegen verbunden.

Immerhin gibt es ein paar gute neue Ansätze wie die zumindest

saisonale Wiedereröffnung der 1981 unterbrochenen Westbahn zwischen Niebüll und Tondern im Jahr 2000. Seit Sommer 2001 ist der Flensburger Stadtbusverkehr in den Sydbus-Verbund eingegliedert.²¹ Doch sind diese Maßnahmen nur kleine Schritte. Der grenzüberschreitende öffentliche Verkehr muss erst noch normalisiert werden. Bei dieser Gelegenheit kann die deutsche Seite immerhin vom nördlichen Nachbarn lernen.²² Das gilt teilweise auch für den Straßenverkehr, denn die dänischen

Straßen sind viel sicherer ausgebaut (Seitenstreifen an Fernstraßen, längere Autobahnzufahrten, niedrigere Höchstgeschwindigkeiten, Kreisverkehre).

Eine große Chance bietet der Auf- und Ausbau grenzüberschreitender Institutionen. Der Gedanke, die Flensburger Hochschulen als deutsch-dänische Universität zu organisieren, ist nicht neu.³³ Die Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet muss weiter ausgebaut werden. Vielleicht kann auf diese Weise eine Hochschule nach Art der „Viadrina“ in Frankfurt/Oder entstehen, so dass auch dänische Studenten ganz selbstverständlich in Flensburg studieren können. Englischsprachiger Unterricht etwa in technischen Studiengängen - andernorts längst üblich - wäre hier ebenfalls förderlich. Eine deutsche Klein-Universität mit wenigen zweisprachigen Studiengängen wird sich nicht lange halten können. Es wäre zu fragen, ob es nicht einer viel stärkeren gemeinsamen Koordination in den genannten und weiteren Problembereichen bedarf, etwa durch gemeinsame Ausschüsse für die einzelnen Probleme, in denen neben politischen Entscheidungsträgern auch Mitglieder der betroffenen Bereiche vertreten sind. Gerade deshalb gilt es, die Sprachen- und Verwaltungsfrage zu lösen.

Nicht kompatible Verwaltungseinheiten

Ein großes praktisches Problem, das die Zusammenarbeit erschwert, ist die unterschiedliche Verwaltungsstruktur in beiden Staaten. So entspricht Sønderjyllands Amtskommune als einer von vierzehn dänischen Regierungsbezirken von kleinen Abweichungen abgesehen dem Nordteil des historischen Herzogtums. Auf der unteren Verwaltungsebene befinden sich seit 1970 23 Gemeinden,

wobei den Städten keine besondere Rolle mehr zukommt. Südschleswig hingegen tritt als eigene Gebietskörperschaft in keiner Form hervor, denn auf der mittleren Verwaltungsebene ist es in dreieinhalb Kreise geteilt. Mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Flensburg sind diese in Dutzende von Gemeinden unterteilt, von denen die meisten der kleinen Landgemeinden wiederum zu Amtsbezirken zusammengefasst sind. Diese sehr unterschiedlichen Verhältnisse erschweren die praktische Zusammenarbeit sowohl auf regionaler wie auf kommunaler Ebene. Vor allem die Zersplitterung und die daraus resultierende Verfolgung von Einzelinteressen auf deutscher Seite sind dabei hinderlich; dänische Partner haben es schwer herauszufinden, wer für welchen Bereich Ansprechpartner ist. Nichts zuletzt deshalb fällt die Bilanz des Regionalrates bislang ziemlich bescheiden aus.

Dieses Problem ist sicherlich am schwierigsten zu lösen. Dennoch sind Reformen notwendig. Zu den verbreiteten dänischen Vorbehalten gehört die Angst, dass, wenn man Südschleswig die Hand reicht, das gesamte Schleswig-Holstein oder gar die gesamte Bundesrepublik Einfluss nimmt und man sich mit einem hoffnungslos größeren Gegenüber auseinandersetzen muss. Im Verhältnis zu den meisten Nachbarstaaten hat Deutschland eine „ungeschickte Größe“.³⁴ Und dies ist, wie oben erklärt, nach wie vor das Kernproblem im dänischen Bewusstsein gegenüber Deutschland.

Doch auch auf deutscher Seite ist das administrative Problem sichtbar. In der „Kleeblatt-Strategie“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins spielt die Zusammenarbeit im Grenzland nur eine untergeordnete Rolle.³⁵ Natürlich ist es wichtig, dass die Landesregierung in alle Richtungen schaut und größere Distanzen einbezieht. Gerade deshalb war das neue Partnerschaftsabkommen vom 15. Juni 2001 notwendig, das Heide Simonis und Carl Holst als Anfang eines neuen Kapitels der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werteten. „Teile von Schleswig-Holstein liegen nun einmal nicht nahe an der Grenze“, erinnerte Simonis allerdings zu recht,³⁶ denn Schleswig-Holstein ist weder so klein noch so einheitlich, wie es oft dargestellt wird. Auf der Ebene des Bundeslandes ist das schleswigsche Grenzland eine Kleinregion unter vielen. Bei der Zusammenarbeit etwa zwischen der

K.E.R.N.-Region und Fünen oder Ostholstein und Storströms Amt stehen andere - berechnigte - lokale Interessen im Vordergrund. Das gilt noch mehr für das auf Hamburg ausgerichtete Südholstein und Stormarn.

Es wäre für die Zukunft der Grenzregion von Vorteil, Süd-Schleswig wieder auf der administrativen Landkarte zu markieren (was man seit 1867 bewusst vermieden hat), damit es in der notwendigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit möglichst selbstständig von Lokal- und Landesinteressen handlungsfähig wird. Ob nun als Großkreis, Regierungsbezirk oder unter ganz neuen Strukturen mag zunächst dahingestellt bleiben.

Geschichte als Last - Geschichte als Chance

Das schleswigsche Grenzland ist eine Region, in der die Geschichte bis heute eine große Rolle spielt, ja allgegenwärtig ist. Düppel, Idstedt, Bau, Skamlingsbanke, das Dannewerk, Sankelmark uvm. sind geradezu mythenumwoben, vor allem auf der geschichtsbesussteren dänischen Seite - wobei *Geschichtsbewusstsein* nicht automatisch *Geschichtswissen* bedeutet. Sie belegen, welche überragende Rolle die Konflikte im 19. Jahrhundert für die Bildung der dänischen nationalen Identität bis heute spielen. Weitere bekannte Ereignisse sind der „Volkstumskampf“¹ der Kaiserzeit, die Volksabstimmungen zur Grenzziehung 1920, Minderheitenkonflikte zwischen den Weltkriegen, die deutsche Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg, der neue Grenzkampf in Südschleswig ab 1945 und schließlich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 als Lösung - also überwiegend die Thematik des deutsch-dänischen Gegensatzes. All diese Konflikte haben dem Grenzland bis heute seine Prägung gegeben. Ein entscheidender Unterschied ist, dass sie im deutschen öffentlichen und politischen Bewusstsein heute eine Marginalie sind, im dänischen hingegen ein entscheidender Teil der nationalen Geschichte - und Identität.

Diese Fokussierung auf die nationalen Konflikte verstellt mitunter den Blick darauf,³⁷ dass das alte Herzogtum Schleswig eine viel längere *gemeinsame* Geschichte hat und die deutsch-dänischen Gegensätze eine historisch gesehen recht junge Erscheinung sind.

Dabei gibt es seit Jahren eine umfangreiche Forschung in vielen anderen Bereichen der schleswigschen Geschichte, doch scheint diese zu Unrecht weniger öffentliches Interesse zu wecken. Im übrigen ist die Zusammenarbeit deutscher und dänischer Historiker auch bei konfliktträchtigen Themen längst selbstverständlich geworden, so dass die Geschichte nicht mehr als Steinbruch für die Machtpolitik missbraucht werden kann, wie es früher der Fall gewesen ist.³⁸

Die Region hat einen einzigartigen, historisch gewachsenen kulturellen Reichtum aufzuweisen. Beide Seiten müssen lernen, diesen nicht nur als Chance, sondern auch als Selbstverständlichkeit zu begreifen - und zwar als etwas *Gemeinsames!* Und es gilt, diesen Reichtum noch viel stärker als bisher hervorzuheben. Was spricht etwa dagegen, in grenznahen Gemeinden oder solchen mit einer starken Minderheit eine mehrsprachige Beschilderung einzuführen, wie es etwa in der Lausitz oder in Südtirol üblich ist? Mit der Aufnahme der friesischen Namen auf die Ortsschilder einiger nordfriesischer Gemeinden wurde immerhin ein bescheidener Anfang gemacht.

„Je sicherer sich Menschen ihrer Identität sein können, [...] desto weniger müssen sie sich abgrenzen und andere ausgrenzen, desto größer ist ihre Bereitschaft, eine andere Kultur und Sprache nicht als Bedrohung zu empfinden, sondern vielleicht sogar als Bereicherung“, sagte die Minderheitenbeauftragte der schleswig-holsteinischen Landesregierung Renate Schnack in ihrem Grußwort zum diesjährigen Knivsbergfest.³⁹ Das ist ganz richtig! Und zur Schaffung der eigenen Identität bedarf es vieler Faktoren und nicht einer nationalen Monokultur oder „Leitkultur“. Auch wenn es manchmal unbequem sein mag, an der Grenze zwischen zwei Nationen zu leben, hat es den unschätzbaren Vorteil, dass man die beiderseitigen Schwächen und Vorteile genauer sehen kann und nicht so leicht in Gefahr gerät, das eine oder das andere zu verabsolutieren.⁴⁰ Gerade deswegen sind die nationalen Minderheiten - die viel zu oft übergangenen Friesen nicht zu vergessen - auch für die Mehrheitsbevölkerung von unschätzbarem Wert. Diese Tatsache macht gemeinsam mit der langen Geschichte eine wesentliche Besonderheit des schleswigschen Grenzlandes aus. Dies muss

noch viel stärker als bisher herausgestellt werden.

Schlechte Aussichten?

Mit dem vorliegenden Artikel sollte der Versuch unternommen werden, aus der Sicht eines Menschen, der sich auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze zu Hause fühlt, auf einige der Grenzland-Probleme aufmerksam zu machen, die in den Darstellungen zur Lage der Region oft zu kurz kommen. Zwar hat sich in den vergangenen 46 Jahren und ganz besonders im letzten Jahrzehnt viel Erfreuliches getan, und es werden weitere Anstrengungen unternommen. Doch sind die erreichten Erfolge noch lange nicht ausreichend. Es braucht seine Zeit, bis einige der gemeinsamen Anstrengungen richtig Fuß gefasst haben und Erfolge zeigen. Und es bleibt weiterhin viel zu tun, denn der Kern des Problems ist noch immer die „Grenze in den Köpfen“. In der Sprachenfrage und bei vielen alltäglichen Problemen wie dem öffentlichen Verkehr ist schnelles Handeln geboten, wenn die Region nicht noch tiefer ins Abseits geraten soll. Eine Stärkung dünner besiedelter Regionen wie des schleswigschen Grenzlandes ist dringend notwendig, sonst werden sie in einem „Europa der Metropolen“ untergehen. Es kann als ziemlich sicher gelten, dass es in einigen Jahren eine feste Fehmarnbelt-Querung gibt, und darauf muss die Region vorbereitet sein.⁴¹

Wichtig ist es, den Reichtum dieser Region stärker sichtbar zu machen - und zwar nicht nur für die Feriengäste, sondern vor allem für die einheimische Bevölkerung selbst! Noch immer mangelt es an gegenseitigem Wissen und an regionalem Selbstbewusstsein. Man muss lernen, nicht nur nach Kopenhagen bzw. Hamburg zu schauen, sondern sich nach allen Richtungen hin zu orientieren. Die deutsche Seite täte nicht nur wegen der zitierten „ungeschickten Größe“ Deutschlands gut daran, mehr einseitige Maßnahmen, die der Verständigung im Grenzland dienen, in die Wege zu leiten. Es bleibt auch zu hoffen, dass durch die Öffnung der Grenze seit dem 25. März 2001 die „psychologische Barriere“ abgebaut wird und man ohne Suche nach dem Pass spontaner ins Nachbarland - und zwar über die Grenzmärkte hinaus - fährt und es dadurch bes-

ser kennen lernt.

Es gibt noch keine Lorbeeren, auf denen die deutsch-dänische Grenzlandpolitik sich ausruhen könnte. Der Lorbeerstrauch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, von dem sie hoffentlich in nicht all zu ferner Zukunft geerntet werden können, ist noch ein zartes Pflänzchen - bei guter Pflege im richtigen Klima aber durchaus ein wuchskräftiges!

Anmerkungen

- 1 Inge Adriansen u. Broder Schwensen: FradettyskenederlagtilSlesvigsdeling 1918- 1920. Apenrade u. Flensburg 1995. S. 75. Deutlich ist auf dem Satellitenbild aus 6000 km Höhe zu erkennen, dass die „Flurbereinigung“ auf dänischer Seite das Landschaftsbild noch einschneidender geprägt hat als südlich der Grenze. Dazu gehört auch die stärkere Drainage der Felder und die widernatürliche Anpflanzung von Fichten selbst als Knick.
- 2 Näheres über die Geschichte der Bezeichnungen Sønderjylland und Schleswig bei Lars N. Henningsen und Hans Schultz Hansen: „Sønderjylland“ og „Slesvig“, in: Sønderjyske Årbøger 1997, S. 5-26. Siehe auch den Beitrag von Jørn Buch im vorliegenden Grenzfriedensheft.
- 3 „Mange ønsker at Ire re dansk“, in: Flensborg Avis vom 21.6.2001. Dänisch-Anfängerkurse sind am besten besucht.
- 4 Zitiert nach „Deutsch stößt in Dänemark auf wenig Akzeptanz“, in: Flensburger Tageblatt vom 6.11.2000.
- 5 „Kein Sprachenpakt Simonis/Holst“, in: Der Nordschleswiger vom 16.6.2001.
- 6 Als rühmliche Ausnahme sei hier der Euro Atlas 2001/02 (dänische Ausgabe) genannt, hrsg. v. Mairs geographischem Verlag, Ostfildern 2001, in dem das gesamte schleswigsche Grenzland immerhin im Maßstab 1:750.000 gezeigt wird.
- 7 Interessant ist, dass Eckhard Bodenstein zu Beginn der 1980er Jahre gleiche Beobachtungen bei der damals jüngsten Generation gemacht hat. Vgl. Bodenstein: „Hilfe, die Deutschen kommen!“, in: Grenzfriedenshefte 4/1983, S. 225.
- 8 Immerhin machte Flensburg am 30. Mai 2001 die Titelstory, die unter der Überschrift „Tysk by søger dansk borgmester“ stand. Bezeichnend

- ist allerdings, dass hier nicht die Nachbarstadt als solche im Mittelpunkt stand, sondern der deutsch-dänische Aspekt.
- 9 Dies ist nur ein Beispiel unter vielen, in denen vor allem dieses Blatt negative deutsche Stereotypen verbreitet. Eine interessante Dissertation zu diesem Thema: Roy Langer: Zwischen Gefühl und Vernunft: zur Darstellung Deutschlands in dänischen Mediendiskursen. Kopenhagen 2000.
 - 10 „Præst vil slås fordanskheden“, in: Jyllands-Posten, 19.4.1997.
 - 11 Wörtlich heißt es: „Vi vil se den tyske hang til paragraffer og lov og orden brede sig op gennem Sønderjylland til Kongeåen . . . (Wir werden sehen, wie sich der deutsche Hang zu Paragrafen und Gesetzen durch Sønderjylland hin zur Königsau ausbreitet. - Ü. d.Verf.).
 - 12 Wörtlich heißt es hier: „Som individer planter vi hække for at markere, at dette er mit. Som nationer trækker vi grænser“ (Als Einzelpersonen pflanzen wir Hecken, um zu markieren, dass dies hier meins ist. Als Nationen ziehen wir Grenzen.) Dieser Vergleich erscheint reichlich unpassend, denn persönliches Privateigentum und ein Staatswesen sind völlig verschiedene Dinge. Und weiter unten heißt es: „På den ene side er vi danske, på den anden side er de tyske.“ (Auf der einen Seite [der Grenzlinie] sind wir Dänen, auf der anderen Seite sind sie Deutsche). Die Minderheiten werden von ihr natürlich nicht berücksichtigt.
 - 13 Wörtlich heißt es: „Flensborg har brug for lebensraum, og det kan kun skaffes mod nord.“
 - 14 Vgl. dazu u.a. Eckhard Bodenstein: Der ewig „häßliche Deutsche“, in: Grenzfriedenshefte 2/1987, S. 68. Damals hatten sich dänische Schüler aus Flensburg darüber beklagt, dass sie bei Sportveranstaltungen in Dänemark als Nazis beschimpft wurden, nur weil sie von südlich der Grenze kamen. In diesem Artikel greift Bodenstein weitere hässliche Beispiele auf, wie leichtfertig selbst in den Tageszeitungen alles Deutsche mit dem Nazismus gleichgesetzt wird. Dabei wird aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass solche Beiträge auf ziemlich einhelligen Protest stoßen.
 - 15 In dem oben zitierten Artikel beschreibt die Pastorin in ihrer Argumentation gegen die Euro-Region, dass sie in ihrem Beruf oft mit Menschen zu tun hat, die die schlimmen Seiten der deutsch-dänischen Geschichte erlebt haben, so den Ersten Weltkrieg und die deutsche Besetzung 1940-45: „Det har og så sat sine dybe spor. Og selv blandt de heit unge.“ (Dies hat auch tiefe Spuren hinterlassen. Und das selbst bei den ganz Jungen.) Dieses Misstrauen der Jugend zählt sie offenbar als weiteres Argument gegen die regionale Zusammenarbeit.

- 16 „Modstander af Euroregion truer amtsborgmesteren og det tyske mindretal“, in: Flensborg Avis, 22.4.1997.
- 17 An dieser Stelle sei noch ein bemerkenswerter Leserbrief aus der Debatte um die (Euro) Region zitiert, In Jydske vestkysten vom 10.5.1997 schrieb das Mitglied der Jugendorganisation der Dansk Folkeparti Oie R. Kiilerich aus Odense über die Errichtung der grenzüberschreitenden Region u.a.: „ ... der har ikke vasret en folkeafstemning, om befolkningen ønsker en sådan indlemmelse i Tyskland.“ (Es gab keine Volksabstimmung darüber, ob die Bevölkerung eine solche Einverleibung in Deutschland wünschte) und „Det tyder på, at Sønderjylland for altid vil være tabt for Danmark med denne indlemmelse i Euroregion Schleswig.“ (Es deutet daraufhin, dass Sønderjy Hand durch diese Einverleibung in die Euroregion Schleswig für immer für Dänemark verloren sein wird.).
- 18 Das Lied „Det haver så nyligen regnet“ ist ein altes Volkslied, das 1898 unter dem Eindruck der sich verschärfenden Maßnahmen gegen das nordschleswigsche Dänentum einen neuen Text erhielt, in dem es unter anderem heißt „Erpaf ugraes er føgetover hegnet“ (Unkrautsaat ist über den Zaun geweht), und während der deutschen Besetzung besonders beliebt war! Das Absingen dieser Zeile hat bei dieser Grenz-Angelegenheit eine besonders pikante Note erhalten. Allerdings wurde auch diese Demonstration in Dänemark mit Kritik begleitet, und die meisten Zeitungen vermerkten nicht ohne Ironie, dass die meisten Demonstranten diese Gelegenheit zum Einkauf auf der anderen Seite der Grenze nutzten. So titelte Jydske Vestkysten am 11.5.1997: „Protester og dåsepl“ (Proteste und Dosenbier). Politiken hob hervor, dass die Demonstration ein Schlag gegen den „schleswigschen Gedanken“ (sønderjysk tanke) war.
- 19 So u.a. Knud-Erik Therkelsen in „Angsten for det tyske“. Themenbeilage in Berlingske Tidende vom 11.5.1997.
- 20 Bertel Haarder: Den bløde kynisme, Kopenhagen 1997, S. 96.
- 21 Beliebtes Beispiel für die vermeintliche (zentral-)europäische Überbürokratie ist die „Gurken-Verordnung“, wonach Gurken ab einer bestimmten Krümmung nicht mehr als Standard-Ware gehandelt werden dürfen. Diese ist allerdings ein dänisches Werk und geht auf eine Regel (seit 1926) der dänischen Gesellschaft für Gartenfrucht-Anbau zurück. Vgl. Haarder, Den bløde kynisme, S. 115.
- 22 Tove Heidemann: Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Schulen der Grenzregion, in: Grenzfriedenshefte 3/2000, S.

242. Die dänische Lehrerhochschul- Dozentin beklagt: „Damit entsteht ein verdeckter Lehrplan, der besagt, dass Verantwortungsbewusstsein und Zusammenarbeit nur gegenüber denjenigen an den Tag zu legen sind, die man kennt.“
- 23 Zitate aus: Schleswig-Holstein 3/1982,7 und 9/1984. Aber auch der damalige Vorsitzende des Grenzfriedensbundes Arthur Thomsen schrieb Bezeichnendes: „Wer hier im Lande dänisch sein will, darf sich unbefangen dazu bekennen. Aber laßt uns ungeschoren deutsch bleiben! Das ist, wie man weiß, bis auf eine kleine Minderheit der Wunsch fast aller Bürger des Landesteils Schleswig. [...] Slesvigland ist eine Herausforderung!“, in: Grenzfriedenshefte 1/1980, S. 18. Thomsen kritisierte die Zweisprachigkeit der Zeitschrift: „als ob die dänische Sprache hier jemals die gleiche Rolle wie die deutsche gespielt hat.“, in: Grenzfriedenshefte 2/1980, S. 93.
- 24 U.a. Gerd Vaagt in: Mitteilungen der GSHG 37, 1990, S. 17 f.
- 25 Vgl. dazu u.a. Gerd Vaagt: Eine besondere Ausstellung in Sønderborg und Flensburg. Diskussionsbeitrag in: Mitteilungen der GSHG 46, 1994, S. 28 f. Die Ausstellung wurde als „tendenziös“ gerügt. Eine Dokumentation der ständig wiederkehrenden Debatte liefert der Verfasser demnächst in den Grenzfriedensheften.
- 25a Hier nach Frank Lubowitz: Die Diskussion um den Idstedt-Löwen, in: Mitteilungen der GSHG 42, 1992, S. 26. Auch Lubowitz äußerte sich bestürzt über nationalistische Misstöne, u.a. von SHHB-Geschäftsführer Hans-Joachim von Leesen.
- 26 Das Lied vermittelt ein schleswig-holsteinisches Märtyrertum, das historisch nicht haltbar ist. Worte wie „schwer errungen“, „bis ein schön'rer Morgen tagt“, „drohend sich der Nord erhebt“, „wie der Feind auch drängen mag“ u.a. sprechen für sich.
- 27 Vgl. u.a. Ny viden (Syddansk Universitet) 6/2001, S. 4 f.
- 28 In der Regel waren es Regionalzüge mit Endstation in Fredericia, die dort direkten Anschluss an die anderen Verbindungen innerhalb Dänemarks hatten. Gleiches galt für die Intercity-Züge nach Aalborg und Kopenhagen.
- 29 Außerdem gibt es den EuroCityNight „H. C. Andersen“ zwischen Kopenhagen und Bonn/Stuttgart/München, der aber nicht im Regionalverkehr genutzt werden kann.
- 30 Die höchste Verspätungsanfälligkeit im DSB-Netz (!) wird durch den schlechten Ausbau der Strecke verstärkt. So fehlt zwischen Pattburg und Tingleff wie auch zwischen Woyens und Vamdrup das zweite Gleis, das für einen reibungsfreieren Verkehr unbedingt rekonstruiert

werden müsste. Dies wurde im Zuge der Elektrifizierung versäumt.

- 31 Ob diese Maßnahme Erfolg hat, wird sich zeigen. Am 19.6.2001 titelte Der Nordschleswiger „Grenzüberschreitender Busverkehr im Chaos“, weil die Flensburger Stadtbusse oft verspätet in Krusau ankommen und die Anschlussbusse dann schon abgefahren sind. Außerdem machen Umsteigezwang und etwas verlängerte Fahrzeiten die Fahrt von und nach Flensburg nicht bequemer. Ein großer Fortschritt ist hingegen, dass eine Sydbus-Fahrkarte von und nach Flensburg auch auf allen AktivBus-Linien gültig ist und gekauft werden kann. Verwirrend ist es allerdings, dass weder die AFAG noch andere Verkehrsgesellschaften in Flensburg bislang beteiligt sind.
- 32 So ist es in Dänemark üblich, dass jede Fahrkarte am Start- und Zielort (und zwar in der Regel in der ganzen Großgemeinde) in allen Verkehrsmitteln gültig ist. Anschlussfahrkarten z.B. für Stadtbusse sind überflüssig, man benötigt nur eine einzige Fahrkarte, egal wie viele Bus- und Bahngesellschaften man auf der Fahrt benutzt hat. Ein übersichtliches Tarifsystem, nach dem jede Kommune meist nur eine Zone bildet, erleichtert dies erheblich.
- 33 Dieser Vorschlag kam schon vor 30 Jahren von Gerhard Beier: Möglichkeiten einer Friedenspolitik im Grenzlande, in: Grenzfriedenshefte 4/1971, S. 198.
- 34 Diesen treffenden Begriff hat der Soziologe und Schriftsteller Christian Graf von Krockow geprägt. Näheres hierzu in: Christian Graf von Krockow: Über die Deutschen. München 2000, S. 32 f.
- 35 Heide Simonis: Netzwerke für die Wissensgesellschaft - Die Kleeblatt-Strategie Schleswig-Holsteins, in: Grenzfriedenshefte 4, 2000, S. 290 f. Bei der Beschreibung der „Nordschiene“ der Zusammenarbeit betont die Ministerpräsidentin: „Unsere gute Zusammenarbeit mit Dänemark nicht nur in der Grenzregion - ist bekannt“, fügt aber immerhin hinzu: „gelegentliche Irritationen nicht ausgeschlossen.“
- 36 „Ja auf der Insel“, in: Nordschleswiger vom 16.6.2001.
- 37 Vgl. dazu Kim Furdal: Skyggeroversønderjysk lokalhistorie, in: Sønderjysk Månedsskrift 2/3, 2001, S. 51 f.

Die Ableitung von Besitzansprüchen aus vermeintlichen „historischen Rechten“ hatte im 19. Jahrhundert den Konflikt zusätzlich angeheizt. Auch im 20. Jahrhundert blieb die Geschichtsschreibung lange national bestimmt, wobei einseitige Auslegungen die Regel waren. Als Beispiel sei hier Otto Brandt/Wilhelm Klüver: Geschichte Schleswig-Holsteins. Neumünster⁸1981, genannt, das erstmals 1925 erschien und erst 1996 (!) von einem neuen Standardwerk (Ulrich Lange: Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den

Anfängen bis zur Gegenwart. Neumünster 1996) abgelöst wurde, obwohl es seit langem von den meisten Landeshistorikern als veraltet abgelehnt wurde. Vgl. dazu Jörn-Peter Leppien: Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866, in: Grenzfriedenshefte 4/1971, S. 196.

38 „Je sicherer Identität desto weniger Abgrenzung“, in: Der Nordschleswiger, 18.6.2001.

39 So Christian Graf von Krockow in einem Brief an den Verfasser vom 2.2.2001.

40 In diesem Sinne äußerte sich auch der aus Sonderburg stammende dänische Steuerminister Frode Sørensen „Det haster medet integreret arbejdsmarked“, in: Flensborg Avis vom 11.6.2001, årsmødeavisen 2001, S. 4

Walter Harenberg †

Im Alter von 86 Jahren verstarb Walter Harenberg am 28. August 2001. Er wurde im Sommer 1981 Geschäftsführer des Grenzfriedensbundes, kurz nachdem er eine erfolgreiche Karriere als Verwaltungsbeamter im Flensburger Rathaus mit seiner Pensionierung beendet hatte. Harenberg führte fast 10 Jahre lang die Geschäfte unserer Organisation; und es gab keinen Augenblick, in dem uns seine Berufung in dieses Amt Leid getan hätte. Mit Umsicht und Fachkenntnis arbeitete er sich rasch in seine Aufgaben ein. Schon bald hatte er – wie man so sagt – den „Laden im Griff“. Seine Zuverlässigkeit und seine Treue im Detail kennzeichneten seine Arbeitsweise. Er war ein Mann, dem man ein Vermögen anvertrauen konnte, ohne auch nur um einen Pfennig fürchten zu müssen. Bei unseren Geldgebern, den Landesbehörden in Kiel, bei unseren Mitgliedern, denen er schöne Ausflugsfahrten organisierte, und bei unseren „Kunden“, den Schulen und Vereinen, erwarb er sich den Ruf eines Mannes, auf den man sich verlassen konnte, der hielt, was er versprach. Als er ausschied, war er gerade 76 Jahre alt geworden. Und nun, wieder 10 Jahre später, ist er nicht mehr unter uns. Wir alle, die im Grenzfriedensbund tätig sind oder waren, danken ihm viel. Er hat Zeichen gesetzt, die lange nachgewirkt haben. Wir werden ihn nicht vergessen.

Artur Thomsen

Zuwanderung – auch in Dänemark Wahlkampfthema

Aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden in den vergangenen zehn Jahren nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR inzwischen über 800 000 Menschen vertrieben, aus dem Iran waren es 1,9 Millionen. Saddam Husseins Irak entflohen in den vergangenen Jahren 700 000 verzweifelte Seelen, und die riesigen Karawanen des Elends in Afrika vermag kaum jemand überhaupt zu schätzen.

Gerade mal 70 000 all dieser Menschen fanden bis heute in Dänemark Unterschlupf, ihnen wurde Asyl gewährt. Damit kommen auf jeden Dänen statistisch gesehen 1,4 Zugewanderte. Dennoch gibt es bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern immer wieder so große Probleme, als habe man es mit einer Völkerwanderung zu tun.

Im vergangenen Jahr zum Beispiel haben etliche Gemeinden des Königreichs Dänemark im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung Asylantenheime, wenn diese nicht ausgelastet wurden, einfach geschlossen und damit die

Unterbringung neuer Bewohner verhindert. Dies führte sogar dazu, dass vor kurzem händeringend nach Plätzen gesucht wurde, auf denen man wenigstens ein Lager von Wohncontainern als Provisorium aufstellen konnte. Schließlich bot die Stadt Holbæk auf der Insel Sjælland sich an und beherbergt seitdem das ganze Containerdorf. Dort lebt es sich zwar nicht ganz so komfortabel wie im vielzitierten „Big Brother“-Container, aber den Medien waren sie allemal einen Ausflug nach Holbæk wert.

Nur wenige Wochen nach diesem vielbeachteten Ereignis ist nun eine weitere Gemeinde in die Schlagzeilen gekommen. Im noblen Kopenhagener Vorort Gentofte nämlich soll es nach Ansicht von Bürgermeister Hans Toft (54) gar keine neuen Flüchtlinge mehr geben, denn es stehe auf dem teuren Pflaster seiner Kommune einfach keine geeignete Unterbringung zur Verfügung. Jene 102 Asylanten, die ihm nach dem nationalen Verteilungsschlüssel noch zuständen, wolle er daher nicht akzeptieren. In der Tat steht in Gentofte nur sehr wenig erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung. Sozialen Wohnungsneubau gab es in dieser Oase der Besserverdiener seit Jahrzehnten sowieso nicht, die wenigen vorhandenen Sozialwohnungen sind selbstverständlich längst in festen Händen. Hans Tofts – nach eigener Aussage einzige Alternative – wäre demnach der kommunale Einkauf von millionenschweren Immobilien, um diese den Asylanten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dies aber, so der gestresste Gentofter Bürgermeister, werde er nicht tun. Ganz bestimmt nicht.

Der konservative Politiker meint auch die Argumente auf seiner Seite zu haben. Zum einen gäbe es mindestens ein paar hundert dänische Kommunen, in denen die Ausländerquote niedriger sei als in Gentofte. Und davon einmal abgesehen, habe auch Gentofte bisher stets seine Pflichten erfüllt, man habe sogar landesweit viel beachtete Ergebnisse bei der komplizierten Integration der Einwanderer in die dänische Gesellschaft hervorgebracht.

Hans Toft steht mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber neuen Flüchtlingen wie gesagt nicht allein. Und das in solchen Fragen durchaus weisungsbefugte Innenministerium tut sich dennoch schwer gegen aufmüpfige kommunale Herrscher mit einschlägigen Zwangsmaßnahmen einzugreifen. Zum einen fürchtet man den Zusammenbruch des bisherigen parteiübergreifenden Konsenses in dieser Frage, zum anderen würde man damit ausgerechnet die Ausländerproblematik automatisch zum Wahlkampfthema aufbauschen, und dies möchte die Regierung um jeden Preis verhindern.

Damit bleiben zwei Möglichkeiten. Entweder Innenministerium und Regierung in Kopenhagen geben schließlich klein bei und versuchen ihre Flüchtlinge letztendlich woanders unterzubringen – und sei es in neuen Containeranlagen. Oder auch der Staat geht auf dem Gentofter Wohnungsmarkt selbst einkaufen und weist die Flüchtlinge dann notfalls auch ohne Beteiligung der zuständigen

Gemeinde ein.

Die Regierung müsse eben tun, was sie für richtig halte, kommentiert der streitbare Bürgermeister keck und vielleicht auch nicht völlig ohne Hintergedanken. Denn während noch niemand den Termin für die nächsten Parlamentswahlen kennt, stehen die Kommunalwahlen im November diesen Jahres zweifelsfrei fest.

Leif Jonasson, in: Flensburger Tageblatt, 19.6.2001

Honorar für Bekker

(dm) Mit dem 60jährigen Haderslebener Geschäftsmann Thomas Bekker steht nun – wie berichtet – endgültig der neue Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland mit der konsularischen Zuständigkeit für die Amtsbezirke Nordschleswig und Ripen fest.

Lange, zu lange hat man auf diese Entscheidung warten müssen. Dass seit der Schließung des deutschen Generalkonsulats an der Apenrader Förde vieles nicht so gelaufen ist, wie man es zunächst erhofft und erwartet hatte, wird sicherlich auch die deutsche Botschaft in Kopenhagen unterschreiben können, denn bis heute steht das schöne Gebäude leer – mit dem für Deutschland lumpig wirkenden, handschriftlich kleinen Zettel: „TIL SALG“, zum Verkauf. Mit der Ernennung von Thomas Bekker ist endlich das Versprechen eingelöst worden, das Bundesaußenminister Joschka Fischer am 12. Oktober 1999 BdN-Vertretern in der Residenz des deutschen Botschafters gab, nämlich nach der leider unumkehrbaren Schließung des Generalkonsulats die Arbeit in Nordschleswig sowohl mit einem diplomatischen Beauftragten als auch mit einem dänischen Honorarkonsul weiter zu führen.

Das ist, wie oft genug von enttäuschter BdN-Seite erklärt worden ist, zwar auch kein Ersatz, aber die sogenannte Doppellösung ist immerhin zweigleisig: Einerseits hat der Bundesaußenminister den Botschaftsrat 1. Klasse an der deutschen Botschaft in Kopenhagen, Bernhard Braumann, zum persönlichen „Beauftragten für die deutsche Minderheit und die Kontakte im Grenzland“ berufen. Er soll, auch unterstützt von anderen Kollegen der deutschen Botschaft, die politischen Aufgaben wahrnehmen – insbesondere im Verhältnis zur deutschen Minderheit. Dabei spielte bisher auch der gestern von Königin Margrethe II. auf Amalienborg in Abschiedsaudienz empfangene Botschafter Johann Dreher eine aktive Rolle. Er wurde zu einem Freund der deutschen Minderheit, kam in den vergangenen Jahren erfreulich oft nach Nordschleswig, weil er Sympathien für Mensch und Landschaft empfand. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Beauftragten sind für die deutsche Minderheit gut. Trotz seiner wichtigen Aufgaben in der Hauptstadt – bis zur Überreichung des

Beglaubigungsschreibens des neuen deutschen Botschafters bei der Königin muss er jetzt auch noch die Funktionen des deutschen Botschafters wahrnehmen – hat Botschaftsrat Braumann bereits erste Akzente gesetzt. Er bemüht sich – auch hinter den Kulissen – aufrichtig, die Interessen der deutschen Minderheit zu berücksichtigen.

Mit der Entscheidung für Thomas Bekker hat die deutsche Minderheit offiziell nichts zu tun. Offizieller, politischer Ansprechpartner der deutschen Volksgruppe ist und bleibt allein der Beauftragte in Kopenhagen.

Die deutsche Minderheit begrüßt aber die Ernennung von Thomas Bekker, weil mit ihm ein in Hadersleben anerkannter Vertreter aus der Wirtschaft gefunden wurde, der aus dem Grenzland stammt und der auch – durch die aus deutsch-nordschleswigscher Familie aus der Gegend von Tingleff stammende Ehefrau – mit der deutschen Minderheit bestens vertraut ist.

Bekker hat da als Däne überhaupt kein verkrampftes Verhältnis; im Gegenteil! Sein Interview in der heutigen Ausgabe zeigt, wie er seine Aufgabe als Honorarkonsul für die Bundesrepublik Deutschland ernst nimmt, ja, man spürt zwischen den Zeilen, dass er sich auf die Aufgabe sogar freut, also mit vollem Einsatz dabei sein wird. Ein Honorarkonsul bekommt, anders als der Titel vielleicht vermuten lässt, für seine Arbeit kein Honorar, kein Geld, sondern ihm bleibt nur die Ehre...

Wir würden uns freuen, seine Arbeit eines Tages honorieren zu können – durch die Anerkennung von Deutschen und Dänen im Grenzland!

Der Nordschleswiger, 23.6.2001

Orden mit Stern für Philipsen

KIEL (uk) Ministerpräsidentin Heide Simonis hat gestern Nordschleswigs früherem Amtsbürgermeister Kresten Philipsen in Kiel das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

„Genau genommen ist es ‚nur‘ der Stern“, sagte Simonis. Denn das Große Verdienstkreuz, zu dem er gehöre, habe Philipsen bereits im April 1988 erhalten. Philipsens Verdienste alle zu nennen, hieße Eulen nach Athen tragen, sagte Simonis, nannte aber doch die Bildung des Regionalrates Sønderjylland/Schleswig, die Initiativen für Interreg-Programme und die gute Philipsen Kooperation mit früherem Wirtschaftsminister Franz Froschmaier und früherem Europaminister Gerd Walter, der aus Lübeck zur Ordensverleihung ebenso geehrt war wie Botschaftsrat Bernhard Braumann, deutsche Botschaft Kopenhagen. Üblicherweise händige die jeweilige deutsche Botschaft Bundesorden an ausländische Staatsbürger aus. „In Ihrem Fall wurde eine

Ausnahme gemacht“, sagte Simonis zu Philipsen. Sie überreichte Philipsen die dazugehörige Urkunde sowie den Orden in einer Schatulle.

Er sei „heute sehr froh und stolz“, Urkunde und Orden entgegen nehmen zu können, antwortete Philipsen und schlug eine Achse der Zusammenarbeit und engerer Beziehungen auch zwischen Kopenhagen und Kiel vor: „Das wäre für beide Seiten vorteilhaft.“ „Mit dem Ausbau der guten deutsch-dänischen Verhältnisse sind wir noch nicht fertig, bis wir zu einer Erkenntnis kommen, dass wir bei Düppel oder Idstedt nicht gewonnen oder verloren haben, sondern erst alle gewonnen haben werden, wenn wir zu einer besseren Zukunft für die Bevölkerung gekommen sein werden“, beendete Philipsen seinen Dank.

Der Nordschleswiger, 6.7.2001

Kürzungen für Grenzverbände

Kiel hat den Entwurf für den Landeshaushalt 2002 vorgelegt

APENRADE/KIEL Die deutschen Grenzverbände und die Kulturarbeit der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe müssen im Haushaltsjahr 2002 mit verminderten Landeszuschüssen rechnen. Das zeigt der Entwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung für den Haushalt 2002 und die mittelfristige Finanzplanung.

Jeweils fünfprozentige Kürzungen gibt es bei der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), dem Grenzfriedensbund, beide Flensburg, beim Deutschen Grenzverein (DGV), Sankelmark, und beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB), Kiel. „Aufgrund erhöhter Förderungen durch den Bund“ erfolgen Kürzungen auch bei der Kulturarbeit von dänischer Minderheit und friesischer Volksgruppe, heißt es in einem vom Finanzministerium vorgelegten Papier.

Wie hoch diese Kürzungen ausfallen werden, war noch nicht in Erfahrung zu bringen. An Landesmitteln erhält im laufenden Haushaltsjahr 2001 die deutsche Volksgruppe 2,8 Millionen Mark, die dänische Minderheit 52,8 Millionen Mark, die friesische Volksgruppe 590 000 Mark, Sinti und Roma 333 000 Mark, die ADS 1,9 Millionen Mark, der SHHB 496 000 Mark, der DGV 239 000 Mark, der Grenzfriedensbund 150 000 Mark – bei diesen vier Grenzverbänden kommen weitere Projektmittel sowie Gelder für u.a. Kindergärten und Bildungsstätten hinzu –, das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) 276 000 Mark und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), beide Flensburg, 40 000 Mark.

In den Bestrebungen, die Landesmittel für die dänische Kulturarbeit – 853 000 Mark im laufenden Haushalt – zu kürzen, sieht der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins (SSV), Heinrich Schultz, Jarplund, einen „eklatanten

Widerspruch zu den politischen Sonntagsreden, die gern aus Kiel zu hören sind“. „Das hat nichts mehr mit der vielgepriesenen Minderheitenpolitik des Landes zu tun und schon gar nichts mit einer kontinuierlichen Förderung“, sagte Schultz. Die Begründung, „auf Grund erhöhter Förderungen durch den Bund“ bei der Kulturarbeit der dänischen Minderheit zu kürzen, sei „Hohn und Spott“. Die Landesregierung „weiß ganz genau, dass die Mittel aus Berlin gezielte Projektförderung sind.

Ulrich Küsel, in: Flensburger Tageblatt, 20.7.2001

Finanzspritze von 156.000 DM für die deutsche Volksgruppe

BdN-Hauptvorsitzender H. H. Hansen: „Hohe Anerkennung für unsere Arbeit“

APENRADE (dn) Die deutsche Volksgruppe hat eine Zuwendung von 156000 DM von der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Minderung ihrer aktuellen Finanzprobleme erhalten. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid traf kürzlich im Deutschen Generalsekretariat, Apenrade, ein.

„Wenn man sieht, in welcher einer schwierigen Haushaltssituation sich das Land Schleswig Holstein befindet, ist es von den Politikern sehr mutig“, der Volksgruppe diese außerordentlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, erklärte der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, Heisager. „Zugleich zeugt das von der hohen Anerkennung unserer Arbeit.“

„Ich freue mich ganz besonders, dass die Erhöhung des Landeszuschusses an die deutsche Volksgruppe“ – sie erhält aus Kiel im laufenden Haushaltsjahr rund 2,8 Millionen DM – „in völliger Übereinstimmung zwischen allen Parteien in Schleswig-Holstein erfolgt ist“, unterstrich der Hauptvorsitzende.

„Ich hoffe, dass auch noch weitere Mittel vom Bund kommen werden“, sagte Hansen und erinnerte an sein kürzlich geführtes Gespräch mit schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten in Berlin. „Die Einladung der SPD-Bundestagsfraktion an mich zu einem Gespräch bewerte ich als großen Erfolg. Dass ich dort unsere ökonomische Situation darlegen konnte, zeigt, dass sich die Politiker ernsthaft mit unserer Finanzsituation befassen.“

„Ich freue mich auch, dass Bundestagsabgeordneter Wolfgang Börnsen bereit ist, sich für uns einzusetzen“, sagte Hansen zu der Ankündigung des CDU-Politikers aus Bönstrup/Angeln, sich zusammen mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundestagsabgeordnetem Dietrich Austermann, Itzehoe, bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2002 dafür einsetzen zu wollen, dass die deutsche Volksgruppe im kommenden Jahr Bundeszuschüsse in Höhe von 16,3 Millionen DM erhält.

„Ich hoffe, dass wir auch beim Bund den gleichen Rückenwind erhalten wie im Land Schleswig Holstein“, zeigte sich der Hauptvorsitzende im Blick auf die Zuwendungen aus dem Bundesinnenministerium in Berlin zuversichtlich.

Der Nordschleswiger, 20.7.2001

Der Opfer von Idstedt gemeinsam gedacht

Gedenkfeier anlässlich des 151. Jahrestages der Schlacht von Idstedt

IDSTEDT (sh:z) Repräsentanten deutscher und dänischer Institutionen haben gemeinsam der Opfer der Schlacht von Idstedt vom 25. Juli 1850 gedacht. 3798 dänische und 2828 schleswig-holsteinische Soldaten verloren ihr Leben in einer Schlacht, die als eine der blutigsten in die Geschichte Nordeuropas eingegangen ist.

„Sie fochten für eine nationale Idee und bleiben letztlich doch erfolglos“, sagte Kreispräsident Johannes Petersen, der zugleich Vorsitzender des Stiftungsrates der Idstedt-Stiftung ist, im Anschluss an die Kranzniederlegung.

So sei der Tod dieser Soldaten als tragisch zu bezeichnen und stehe als Beweis dafür, dass Kriege nur selten dazu geeignet seien, Probleme zwischen Völkern auf Dauer zu lösen. „Ich finde es daher gut und richtig, dass wir uns auch nach 151 Jahren immer noch zusammenfinden, um dieses Opfers zu gedenken. Wir sind es unseren Vorfahren schuldig.

Er äußerte seine Freude darüber, auch diesmal als Repräsentanten der dänischen Minderheiten den dänischen Generalkonsul in Flensburg, Dr. Henrik Becker-Christensen, sowie den Vorsitzenden des Sydslesvig- Forening, Heinrich Schultz, begrüßen zu können. Besonders hob er auch die Teilnahme von Jugendlichen aus Bulgarien, Estland, Italien, Lettland, Litauen, Moldawien, Österreich, Polen, Russland, Tschechien, Weißrussland und Deutschland hervor, die sich an einem Jugendlager des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge beteiligen. Die schmerzliche und schwierige Entwicklung, die die deutsch-dänische Grenzregion durchgemacht und die schließlich zu einem guten Ende geführt habe, könne anderen Völkern eine Lehre sein. Idstedt, sei ein gutes Mahnmal dafür, sagte Petersen.

Am Denkmal neben der Idstedt-Gedächtnishalle hatten zuvor Landrat Jörg-Dietrich Kamischke und der Standortälteste und Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos 11 in Schleswig, Oberst Hans-Peter Köster, Kränze niedergelegt.

Flensburger Tageblatt, 27.7.2001

Spatenstich aus gutem Grund

Ehemals Internierte sind ihrem Denkmal „Frösleelager“ durch neuen Parkplatz einen Schritt näher

FRÖSLEE (dn) Der Parkplatz an sich ist dabei nicht so besonders. Eher seine Bedeutung. Für die ehemals Internierten bedeutet dieser Parkplatz nämlich, dass sie ihrem Wunsch, das Frösleelager zu einer nationalen Gedenkstätte werden zu lassen, einen Schritt näher gekommen sind. Der Parkplatz ist nämlich ein erster Teil eines Ganzen. Nahziel ist, das Gelände des Frösleelagers weitgehend von motorisiertem Verkehr frei zu halten. Später soll die Baracke 46 bei sich bietender Gelegenheit abgerissen werden. Darüber hinaus soll durch eine bewusst karge Begründung der alte Lager-Stil wieder hergestellt werden. Nicht von ungefähr war Umweltminister Svend Auken (Soz.) gebeten worden, den ersten Spatenstich zu tätigen. Nun werden einige sicherlich fragen: Haben Minister wirklich nichts besseres zu tun als Parkplätze „anzustechen“?

Svend Auken beantwortete die Frage in seiner Ansprache gleich selbst. Er hatte das Problem „Frösleelager“ nämlich von seinen Vorgängern geerbt. „Ich habe nicht verstanden, warum keine Lösung gefunden wurde. Dabei waren die verschiedenen Interessengruppen gar nicht so weit voneinander entfernt. Aus irgendeinem Grund hat man sich im Laufe der Jahre immer weiter auseinandergeredet, statt miteinander zu reden.“ Seit Mitte der 60er Jahre haben sich die ehemals Internierten dafür eingesetzt, dass das Lager in eine Gedenkstätte verwandelt wird, wie es ihnen damals versprochen wurde.

Dass es jetzt dennoch gelungen sei, einen Kompromiss zu erarbeiten, sei in erster Linie Folketingsmitglied Ole Sohn (SF) und seiner Arbeitsgruppe zu verdanken, die sich dieses heißen Eisens gewidmet hatte und der es gelungen war, alle Parteien an einen Tisch zu bringen. Seine eigene Rolle spielte Auken bescheiden herab, bevor er wie der Vorsitzende der körperschaftseigenen Einrichtung „Frösleelager“, Amtsbürgermeister Carl Holst (V), den Spaten ansetzte.

Der Nordschleswiger, 16.8.2001

Grenzverbände im Gespräch

Auf Initiative der Minderheitenbeauftragten Renate Schnack

FLENSBURG (sh:z) Vertreter der deutschen Grenzverbände und des dänischen Grenzvereins „Grænseforening“ sind gestern im Flensburger Kompagnietor zu Gesprächen zusammengekommen. Es sei das erste gemeinsame Treffen in der über 80-jährigen Geschichte des Bestehens dieser Vereine, unterstrich die Initiatorin Renate Schnack, Minderheitenbeauftragte der Kieler Ministerpräsidentin. Bei dem Treffen sollte es um ein persönliches Kennenlernen

und informellen Meinungsaustausch gehen. Mit Blick auf das gastgebende Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) sagte Schnack, es müsse ein Ziel solcher Kooperationen sein, „die deutsch-dänische Grenzarbeit mit internationalen Konfliktlösungsmodellen zu verbinden.“ Konkrete Arbeitsziele wollte die Minderheitenbeauftragte nicht nennen. Zuerst müssten die Grenzverbände, die unterschiedliche Schwerpunkte wie Bildungsarbeit, Sozialarbeit oder Jugendarbeit verfolgen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten. Bis 2005, wenn das 50-jährige Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärung gefeiert wird, will Schnack die Grenzlandarbeit näher zusammengeführt haben: „Es wäre schön, wenn wir die respektvolle Haltung füreinander vertiefen können.“

Flensburger Tageblatt, 29.8.2001

Bis zu x-Prozent

(dm) Die dänische Minderheit mobilisiert zurzeit alle Kräfte gegen die neuen Sparvorschläge der rot grünen Landesregierung. Dass in der schleswig-holsteinischen Landeskasse Ebbe ist, wie man sie selbst an der Westküste nur selten erlebt, wird auch vom SSW nicht bestritten, aber ebenso klar ist, dass sich die dänische Minderheit große Sorgen machen muss.

Einsparungen bis zu 40 Prozent klingen dramatisch und sollen natürlich den Mobilisierungs-Effekt südlich und nördlich der Grenze steigern. Bei den „bis zu 40 Prozent“ handelt es sich zwar „nur“ um 50.000 DM für den Landwirtschaftlichen Verband, aber die durchschnittlichen Einsparungen dürften dennoch bei 20 Prozent liegen. Vor allem der dänische Schulverein ist hart betroffen, nachdem er vor einigen Jahren bereits mit Kiel – nach einem Aufsehen erregenden rot-weißen Demonstrationszug in der Landeshauptstadt – eine Nulllösung vereinbart hatte, die nun aber von der Landesregierung einseitig verlängert wird.

Die dänische Minderheit hat also allen Grund, Kritik zu üben!

Zwei Aussagen sind besonders wichtig: Anke Spoorendonk droht mit Konsequenzen für das weitere, bisher stets so enge, politische Verhältnis zwischen SSW und SPD im Landtag, und SSV-Chef Heinrich Schultz befürchtet sogar Belastungen im bilateralen deutsch-dänischen Verhältnis, falls diese Einsparungen wirklich so durchgeführt werden. Zumal Dänemark bereits heute den weitaus größten Teil der Zuschüsse für die dänische und für die deutsche Minderheit zahlt.

Schützenhilfe erhält die Minderheit natürlich aus dänischen Kreisen. So hat der frühere Kirchenminister und jetzige Vorsitzende von „Graenseforeninger“, der Konservative Torben Rechendorff, gestern in „Flensborg Avis“ die Kieler

Sparpläne als „verrückt“ bezeichnet und unterstrichen, nach seiner Ansicht würden solche Einsparungen sogar gegen die Bonn Kopenhagener Minderheitenerklärungen verstoßen. Rechendorff ist ein wichtiger Mann. Nicht nur in nationalen Kreisen. Sollte es in Kopenhagen bald zu einem Regierungswechsel kommen, dann ist zu erwarten, dass Rechendorff den freiwillig ausscheidenden Vorsitzenden im so genannten Fünf-Mann- Ausschuss, J. K. Hansen, ablöst, der für die staatlichen Bewilligungen an die dänische Minderheit in Höhe von rund 400 Millionen Kronen verantwortlich ist.

Der Minderheitensprecher der SPD-Fraktion, Ulf von Hielmcrone, hat in unserer Zeitung daraufhingewiesen, man solle nicht alles, was heiß gekocht wird, gleich roh schlucken.

Mit anderen Worten: Die Fraktion um den einflussreichen Vorsitzenden Lothar Hay wird gewiss noch Korrekturen an den Regierungsplänen vornehmen, aber wenn sie aus übergeordneten Gründen und politischen Sachzwängen nicht ganz auf Einsparungen verzichten wird können, stellt sich natürlich die Frage, wie weit die jetzige Zahl bis zu 40 Prozent wenigstens reduziert werden kann.

Und kann die dänische Minderheit dann das Endergebnis jedenfalls so akzeptieren, dass man den bisherigen positiven minderheitenpolitischen Willen der Landesregierung nicht grundsätzlich in Zweifel zieht – auch nicht in Dänemark! Just auch als Anerkennung für ihre Minderheitenpolitik wird Ministerpräsidentin Heide Simonis gemeinsam mit Landtagspräsident Heinz Werner Arens vom 17.-19. September Bundespräsident Johannes Rau bei seinem Staatsbesuch in Dänemark begleiten.

Dänische Journalisten haben bereits angekündigt, dass sie eventuell den Bundespräsidenten auf einer Pressekonferenz mit unbequemen Fragen zur Kieler Politik gegenüber der dänischen Minderheit konfrontieren werden.

Bleibt zu hoffen, dass der Streit noch rechtzeitig entschärft werden kann, damit keine unnötigen Schatten auf den Besuch des Bundespräsidenten fallen!

Der Nordschleswiger, 30.8.2001

„Der Ordnung verpflichtet“

Sonderausstellung über KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

„Der Ordnung verpflichtet – Polizei zwischen Staatsgewalt und Zivilcourage 1933-1945“, so lautete das Thema der diesjährigen Sonderausstellung im Dokumentenhaus der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte der Kirchengemeinde St. Petri, Ladelund, die in der Zeit vom 3. Juli bis zum 2. September rund 2000 Besucher anzog. Aufgeteilt in zwei inhaltlich kontrastierende Dokumentationen zeigte sie durch ihre Texte, Urkunden, Fotos und Grafiken in nachhaltig

beeindruckender Weise auf, welche ein enormes Spannungsfeld sich zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen brutalem Machtmissbrauch, Hamburger Polizeibataillone einerseits und mutiger Widersetzung einzelner Beamter gegen verbrecherische Befehle andererseits aufgebaut hatte. Die eine Teilausstellung war überschrieben „Keine Bilder des Vergessens – Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg,“ die andere: „Gegen das Vergessen – zum Gedenken an Wilhelm Krützfeld.“ Sowohl die Eröffnung als auch die Beendigung dieser 5. Sonderausstellung seit der Einweihung des Dokumentenhauses der gastgebenden Einrichtung erfolgten unter der Regie der hauptamtlichen Gedenkstättenleiterin, Karin Penno, in Anwesenheit jeweils zahlreicher Vertreter aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Zu den Ehrengästen, die die Gedenkstättenleiterin am Eröffnungsnachmittag namentlich hervorhob, zählten auch der Personalreferent der Polizeiabteilung im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Berndt Schwandt, die Repräsentanten der Landespolizei Schleswig-Holstein und der Landespolizeischulen sowie einige Mitarbeiter der Polizeiinspektion Husum, die – allen voran Polizeikommissar Uwe Jacobs (Niebüll) – die Sonderausstellung „mit großem persönlichen Einsatz angeschoben“ hatten. Im Mittelpunkt der Eröffnungs- und der Schlußveranstaltung standen je zwei wissenschaftliche Referate. Als erster Referent befasste sich der Leiter der Polizeidirektion Nord, Kriminaldirektor Hans-Peter Jansen, mit dem Verhalten der Schutzpolizei zur Zeit des Nationalsozialismus. Neben Medizinern, Juristen und Repräsentanten wirtschaftlicher Macht und staatlicher Gewalt habe auch sie sich von den Nazis zur Durchsetzung deren ideologischer Ziele „instrumentalisieren“ lassen. Dies sei nicht zuletzt dadurch möglich geworden, dass sich nach der Machtübernahme Hitlers das Personal der Polizei gravierend veränderte, weil für „nicht linientreu“ befundene Beamte kurzerhand entlassen worden waren und Göring aus Angehörigen der SA, SS und der Organisation „Stahlhelm“ eine 50 000 Mann starke Truppe von „Hilfspolizisten“ zusammengestellt hatte. Die grauenhaften Verbrechen der Polizeibataillone, die später durch den Mythos gerechtfertigt werden sollten, es habe sich um „Bandenbekämpfung“, „Sühnemaßnahmen“ oder „Aussiedlungen“ gehandelt, waren in Wahrheit brutale Massenerschießungen, Menschenjagd auf Juden, Bewachung der Transporte ungeduldeter Menschen in die Vernichtungslager und andere Mordaktionen. Nach Jansens Recherchen kann auch kein Täter einen Befehlsnotstand für sich geltend machen, da jeder, der sich den unmenschlichen Aktionen nicht gewachsen fühlte, die Teilnahme an diesen ablehnen konnte, ohne gravierende dienstliche Konsequenzen befürchten zu müssen, – abgesehen von der Hämie, von Kameraden als Weichling angesehen zu werden. Zur zweiten Ausstellung merkte deren „Vater“, Polizeihauptkommissar i. R. Wolfram Hartwich aus Malente, an, sie erzähle die Geschichte des bei Bad

Segeberg geborenen, in Berlin als Leiter des 16. Polizeireviere am Hackeschen Markt tätigen Polizeibeamten Wilhelm Krüzfeld (1880-1953), dessen Verhalten ein Musterbeispiel für Zivilcourage, selbstlose Hilfsbereitschaft und bescheidene Pflichterfüllung darstelle, „und zwar in einer Zeit, als diese Tugenden selten geworden waren.“ Krüzfeld und einige seiner Mitarbeiter bewahrten in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 die „Neue Synagoge“ in der Oranienburger Straße durch mutiges Eingreifen vor der Verwüstung, indem er auf Hinweis des Streifenpolizisten Willi Steuck die bereits eingedrungenen Brandstifter mit vorgehaltener Pistole vertrieb. Da Krüzfeld von seinem Chef nur formal gerügt, aber nicht angezeigt wurde, überlebte er die Folgen seiner mutigen Tat.

Im Verlaufe der Zeit der Sonderausstellung erschien auch die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen in Ladelund, um sich als amtierende Leiterin des Kirchenvorstandes der Nordelbischen Kirche ein Bild davon zu machen, welche Gräueltaten Hamburger Polizisten im Zweiten Weltkrieg begingen. „Wir haben uns der Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit viel zu spät gestellt“, bekannte sie. Die Sonderausstellung führe hin zu der Frage: „Wie gehen wir heute mit Menschen um, die anders sind als wir?“ Hierzu gelte es, persönlich Position zu beziehen. Die Vergangenheit sei keineswegs seit knapp 60 Jahren zu Ende, sondern wirke vielmehr durch die Leiden betroffener Menschen, aber auch durch die Haltung vieler Zeitgenossen, die es bislang versäumten, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus intensiv auseinander zu setzen, noch bis in die Gegenwart nach.

Bei der Schlussveranstaltung am „Antikriegstag“ (Tag des Gedenkens an den Überfall deutscher Truppen auf Polen als Beginn des Zweiten Weltkrieges) appellierte der Staatssekretär des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein, Ulrich Lorenz, an alle Bürger- und gesellschaftlichen Institutionen: „Wir müssen unsere Jugend gegen die Gefährlichkeit des rechtsextremistischen Gedankengutes wappnen.“ Den Unbelehrbaren jedoch werde man mit aller Entschlossenheit und Härte gegenüberreten. Die Referenten des Tages sprachen beide zur Teilausstellung „Keine Bilder des Vergessens.“ Dr. Stephan Linck, Historiker im Nordelbischen Kirchenamt, zeigte an Hand eines während des Zweiten Weltkrieges an die Beamten verteilten „Mitteilungsblattes der Schutzpolizei Flensburg“ auf, welche Mentalität und Selbstwahrnehmung die Beamten erkennen ließen, die in den Polizeibataillonen mit dem Personal des Holocaust stellten. „Sie waren keineswegs psychopathische Killer und fanatische Nationalsozialisten, sondern gaben sich zumeist als ganz ‚normale Männer von nebenan‘.“ Was sie von anderen unterschied habe, sei ihre Pervertierung der Tugenden wie „Pflichttreue“, „Ordnung“ oder „Gesundheit“. Sie fühlten sich bei ihren Menschenjagden als Erhalter oder Wiederhersteller der „Volksgesundheit“

im rassistischen Sinne und waren stolz darauf, als „ganze Kerle“ ihrer Heimat zu dienen. Psychisch bewältigen sie dies, indem sie emotional geladene Begriffe total versachlichten, was ihnen Gewissensbisse ersparte. Zum Beispiel wurde aus Vertreibung „Evakuierung“ oder „Umsiedlung“, aus Erschießung „Ausschaltung“ und aus Massenmord „Säuberung“.

Als zweiter Referent des Tages verdeutlichte der Leitende Pädagoge der Landes-Polizeischule Hamburg, Wolfgang Kopitzsch, allgemein gehaltene Aussagen über Massenerschießungen durch eine erschütternde Zahl: „Allein Hamburger Polizisten waren zwischen 1939 und 1944 an der Erschießung von mindestens 38 000 Juden beteiligt.“ Die Mehrheit der Täter hätten nach dem Ende des Krieges eine „Flucht in die Lebenslüge“ betrieben. Einige hätten bis zu ihrem Tode seelisch extrem gelitten, die meisten aber alle Aktionen verdrängt oder als „harte Einsätze“ glorifiziert. Aufgrund der von den Gerichten praktizierten „Gehilfenrechtsprechung“ sei ihnen zumeist nur eine geringe Schuld an den Tötungsdelikten beigemessen worden. Entsprechend harmlos seien in der Regel die Strafen ausgefallen. Nicht wenigen Beamten sei es später sogar ermöglicht worden, wieder in den Polizeidienst einzutreten.

Ulrich Jeß